

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Samstagen und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 24. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Ballestreem.

Graf Ballestreem, „bisher“ Präsident des deutschen Reichstages, wünscht sich einer Tugendprobe anzusetzen. Am Freitag verließ der Vizepräsident Graf Stolberg zu allgemeiner Ueberraschung im Reichstage vor Eintritt in die Tagesordnung die folgende Vorlesung: „An den deutschen Reichstag. Das führende Organ der konservativen Partei, die „Neue Preussische (Kreuz-) Zeitung“, veröffentlicht in ihrer Nummer 34, Abendausgabe vom 21. d. M. einen Artikel, welcher meine Geschäftsführung als Präsident des deutschen Reichstages wenn auch mit verbindlichen Worten, so doch sachlich sehr scharf kritisiert und mißbilligt. Da es ausgeschlossen erscheint, daß dieser Artikel ohne Vorwissen der konservativen Partei veröffentlicht sein sollte, muß ich annehmen, daß er die Anschauung dieser Partei richtig wiedergibt. Da nun die konservative Partei eine jener großen Parteien ist, welche meine Berufung auf den Präsidentenstuhl des Reichstages herbeigeführt und meine Geschäftsführung bis jetzt vertrauensvoll unterstützt haben, so geht für mich aus dem oben angeführten Artikel hervor, daß ich dieses Vertrauen nicht mehr in dem Maße besitze, wie ich es für nötig halte, um die Geschäfte des Reichstages mit Erfolg zu führen. Daher lege ich hiernit das Amt des Präsidenten nieder und in die Hände derjenigen zurück, welche mir es vor länger als vier Jahren übertragen, indem ich für alle mir während dieser Zeit gegebenen Beweise des Vertrauens ganz ergebenst danke. Berlin, 22. Januar 1903. gez. Graf Ballestreem, bisher Präsident des Reichstages.“

Was alle Parteilichkeiten, Rechtsbrüche und Hinterhältigkeiten des vornehmen Jesuitenzögling nicht bewirkten, hat eine Ungeheuerlichkeit zutage gebracht. Die schändliche, bewußte Verletzung der präsidialen Pflicht zu Gunsten der Zollmehrheit hat ihm seinen Präsidentensessel nicht verleidet. Doch er aber im Ueberreife, einen fremden Auftrag auszuführen und einer fremden politischen Mission zu dienen, arg fehlgegriffen hatte, das veranlaßte ihn plötzlich, die Vertrauensfrage zu stellen. Nicht weil er sein Amt streifen wollte, sondern weil er in der Ausübung des Mißbrauches sich getraut, so daß er die schändliche, denen er zu dienen strebte — darum fand er es geraten, zu demissionieren. Mit dem Charakter war ihm schließlich auch das Talent abhanden gekommen. Das Gehälde des Grafen Ballestreem entbehrt nicht der Tragik, obwohl es reichlich verdient ist. Noch bis vor kurzem genoss er die aufrichtige Achtung aller Parteien, nicht zum mindesten der Socialdemokratie, die ihn 1898 — das sei gegenüber einer Unwahrscheinlichkeit der „Freisinnigen Zeitung“ festgestellt — ihre Stimmen zugewandt hat. Man war nicht immer mit ihm einverstanden, besonders nicht, wenn er in der Ausübung schulmeisterlicher Cenjur allzu weit ging. Aber man hatte das feste Vertrauen zu ihm, daß er in unantastbarer präsidialer Ehrenhaftigkeit nur das eine Streben habe, ein Präsident des Reichs und der selbstgegebenen parlamentarischen Gesetze zu sein. Zugleich war der Präsident von unseugbar großen Fähigkeiten. Er verfügte über die geistigen Mittel, um durch eine knappe Bemerkung erregte Wirren zu lösen. Eine Mischung von Energie und Humor in seinem Wesen erleichterte ihm sein Amt bedeutend.

In den Zankämpfen brach sein Ruf elend zusammen. Es hätte noch eine mindere Verfehlung bedeutet, wenn er von Anfang an offen die Diktatur der geistlosen Mehrheit unterstützt hätte. So aber behielt er die Miene des Wiedermauns, der nur das Rechte sumt, und überließ seinen Vizepräsidenten den peinlichen Beruf, die Gewaltthaten der Hölzer zu deden. Erst im letzten Augenblick warf er die Maske ab und ward zum kein Gesetz mehr achtenden Verräther der Mehrheit. Seitdem war Graf Ballestreem gerichtet und abgethan.

Alle seine „Erfolge“ bewerteten seinen Eifer, in der Rolle des Präsidenten den Staatsretter zu spielen. Bei der Krupp-Affaire gedachte er ein weiteres Meisterstück zu verrichten, und dabei ist er jämmerlich zu Fall gekommen. Ihn hatte mit der Reichstagskassenheit auch die Fähigkeit verlassen. Dem bösen Willen gesellte sich ein schlimmes Können. Er hatte allzu plump in die Redefreiheit des Parlaments hineingegriffen und so kam es, daß er sich selbst zu Falle brachte. Doch er vollzog in einem vorwegenen Akte der Willkür an der Kritik kaiserlicher Reden hinderte, rief die allgemeinste Empörung hervor, nicht weil man die Ungerechtigkeit mißbilligte, sondern weil man sich über die Ungeheuerlichkeit ärgerte. Eine Dummheit ist in Nachlabellis Katechismus schlimmer als ein Verbrechen.

Graf Ballestreem hatte schon am Donnerstag das Gefühl seiner unheilbaren Lage. Daß er Webers Kritik duldet, weil er sie dulden mußte, war eine Selbstkorrektur demütigendster Art. Die Weite seines arg verspäteten Rücktritts vollendete die Reihe seiner unsicheren tastenden Mißgriffe. Man sollte es kaum für möglich halten, daß dieser gewandte Grand-Seigneur kein andres Motiv für seine Demission fand als die Berufung auf eine harmlose „Kreuz-Zeitungs“-Notiz, die in ihren Hauptstellen lautete:

„Wir müssen doch der Auffassung Ausdruck geben, daß Graf Ballestreem durch das gegen den Abg. v. Vollmar gerichtete Verbot sich in Widerspruch gesetzt hat mit den Grundsätzen, die er früher aufgestellt hatte. Auch der Versuch, diesen Widerspruch durch Hervorkehrung neuer Unterschiede bei kaiserlichen Rundgebungen zu lösen, scheint uns nicht geglückt. . . Jedenfalls läßt sich einem Teile der öffentlich bekannt gegebenen Äußerungen, die Se. Maj. der Kaiser an den Heimgang Krupps und an dessen unerhörte Verdächtigung durch die socialdemokratische Presse geknüpft hat, der politische Charakter nicht absprechen.“

Allem Anscheine nach hat Graf Ballestreem die Besorgnis gehabt, daß die Besprechung der Krupp-Affaire von ein-

zelnen Rednern zu tendenziösen Angriffen auf das monarchische Gefühl der großen Mehrheit des Reichstages und des deutschen Volkes gemißbraucht werde. . . Aber es läßt sich nicht leugnen, daß bei der Besprechung des Steinmünder Telegramms die gleiche Gefahr obgewaltet hat. Nach unserer Auffassung läßt sich diese ungleichartige Stellung des Präsidenten zu der Besprechung dieses Telegramms und derjenigen der Krupp-Affaire schwer rechtfertigen.“

Die gesamte Presse hatte sich ungleich scharfer geäußert. Selbst Centrumsblätter hatten mit ihrem Tadel nicht zurückgehalten. Graf Ballestreem aber grämte sich nur über die Mißbilligung der „Kreuz-Zeitung“ — und darum ging er.

Es ist unverständlich, daß der ehemalige Präsident die kritische Bemerkung einer konservativen Zeitung zum Vorwande seiner Demission nahm. Daß ihm die zweitälteste Fraktion des Reichstages, die ihn gewählt hatte, ihren Protest offen ins Gesicht schleuderte, kümmerte ihn nicht. Aber er erträgt es nicht, daß die „Kreuz-Zeitung“ ihn rügt. Es scheint zum starren Princip des Grafen geworden zu sein, daß er seine Befehle und Antriebe nur noch von Elementen außerhalb empfängt.

Als im Reichstag die Rücktritts-Debatte verlesen war, führten die Konservativen und Nationalliberalen in dankbarer Erinnerung an die Goldhülse eine wenig glückliche Komödie auf. Herr v. Romanen beienerte namens der Konservativen, die Fraktion sei unschuldig an der „Kreuz-Zeitungs“-Notiz. Herr Sattler aber versicherte dem Grafen für die Nationalliberalen sein ferneres Vertrauen. Die Socialdemokratie machte das unwürdige Spiel nicht mit. Jedem Singer sein den Stil des Ballestreemischen Briefes ironisierte, erklärte er offen, daß der Präsident unser Vertrauen in der That verloren habe.

Die Beschlußfähigkeit des Reichstages nötigte heute zu einer längeren Vertagung. Erst am nächsten Donnerstag wird die Präsidentenwahl stattfinden. Es geht die Rede, die Mehrheitsparteien wollten „ihren“ Grafen wieder wählen und man hat so wenig Glauben an den Ernst und die Ehrlichkeit des bisherigen Präsidenten, daß man ihm zutraut, er würde die Wahl wieder annehmen; er habe sich in der Demission nur ein wenig rein baden wollen.

Für und bietet die Lösung der Präsidialkrise kein sonderliches Interesse. Auch der wiedergewählte Ballestreem wird kein Präsident sein, der das Vertrauen des Hauses besitzt. An der Beschließung der Socialdemokratie ist der Graf für immer zu Grunde gegangen. Es ist ihm übel bekommen, den starken Mann zu spielen. Er ward nur das, was Herr v. Kröcher als unentbehrliches Attribut eines zeitgemäß starken Mannes empfand. Bäre die Socialdemokratie sentimental, so würde sie dem traurigen, selbstverschuldeten Untergang des einst so verheerenden Mannes ihr Mitleid nicht verlagern. Wir aber haben keine Mühe Enttäuschungen zu beklagen. Der Fall Ballestreem beweist uns nur das eine, daß das Masseninteresse der Herrschenden allzu hart und gebietend ist, als daß es Gerechtigkeit und Parteilosigkeit ermöglichen würde. Es gelingt ihnen höchstens nur für einige Zeit die Larve des strengen Rechts zu tragen.

Aus München wird uns geschrieben:

Das hiesige offizielle Centrumsorgan beurteilt den neuesten Gewaltreich des Grafen Ballestreem entschieden und bemerkt über die Kaiserrede in Essen: „Der Kaiser hat mit ihr in das schwebende Prozeßverfahren zu Gunsten der einen Partei eingegriffen, das ist doch ein Vorgang, der ernste parlamentarische Würdigung verdient, denn wenn das öfter geschehe, was der Kaiser in Essen gethan, kämen wir zu sehr mißlichen Rechtszuständen. Der Kaiser hat aber noch eine zweite Rede in Breslau gehalten. . . Wenn auch der Fall Krupp der Ausgangspunkt war: Alles, was der Kaiser sagte, berührt ausschließlich öffentliche Angelegenheiten, und es mußte nach unserer Meinung zugelassen werden, daß diese Kaiserrede ganz unbeschränkt im Reichstage behandelt würde. Die Präsidialführung des Grafen Ballestreem gab uns in dieser Affaire ein Rätsel auf, das wir nicht lösen können. Wir erblicken in dieser Präsidialentscheidung eine Verkürzung der Redefreiheit, vor deren Wiederholung wir dringend warnen möchten.“

Im übrigen ähert sich auch in München in allen Kreisen nur eine einstimmige Entrüstung und kein Mensch bezweifelt, daß Graf Ballestreem bestellte Arbeit lieferte. Die Empörung über sein Verhalten ist so groß, daß selbst die eifrigen Partikularen — vorläufig wenigstens — über die interessante Behauptung Bilowskis hinweggehen, Prinz Ludwig von Bayern habe anlässlich seines Aufenthaltes in Polen im Auftrage seines Vaters dem Kaiser für die Steinmünder Depesche noch besonders mündlich gedankt. Die „Augsb. Postzeitg.“ bemerkt heute dazu, wenn Prinz Ludwig diesen Dank wirklich wiederholt habe, so liege darin „keine Anerkennung derjenigen Wendungen, an welche einzig und allein die staatsrechtlichen Verwahrungen sich angeknüpft haben.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Januar.

Der letzte Tag der Staatsdebatten.

Gestern war die Schlacht geschlagen und der Sieg für uns gewonnen worden, heute gehörte das Schlachtfeld den Troßrechten und den politischen Narodenren, die sich den größeren Parteien anschließen. Herr Dextel, der erste Redner des Tages, macht darin allerdings eine gewisse Ausnahme, er ist eine geistige Hauptfigur der Konservativen und befriedigt ihre geringen Ansprüche. Sein Witz war in der

Polemik gegen Bebel eingefroren. Er fand nicht einmal eine Wendung in der Beschimpfung der Socialdemokratie, die ihm wie dem Witzelberger nur als Objekt und nicht als Subjekt der Gesetzgebung gilt. Dies Kröcherische Wort läuft selbstverständlich auf die Befestigung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts hinaus, aber Herr Dextel wagt nicht die offene Darlegung seiner Gesinnung, er sagte vielmehr in vorsichtiger Wendung, noch liegt die unerlässliche Notwendigkeit nicht vor, das Wahlrecht zu beseitigen. Sehr ehrlich aber war seine Wut auf die von der Regierung angeführte größere Sicherung des Wahlgeheimnisses und jeder seiner kindischen Einwände gegen den „Kofettantrag“ wurde von dem ausbrüchlichen Beifall der gesamten Rechten unterstrichen. Diese Angriffe und die Bemerkungen des Redners über die mangelhafte Mittelstandspolitik der Regierung gaben dem Grafen Posadowsky Anlaß zu einer sehr eindringlichen Erwiderung, die von der Rechten mit Murren und tadelnden Zwischenrufen, von der gesamten Linken aber mit demonstrativem Beifall aufgenommen wurde. Redter Hand, linker Hand war vertauscht als der Staatssekretär des Innern die Sicherung des Wahlgeheimnisses als eine Maßregel bezeichnete, die nur dem wahren Geiste und Sinne des verfassungsmäßigen Wahlrechts entspreche. Und einmal im Zuge äußerte Graf Posadowsky auch über die Mittelstandspolitik außerordentlich verständige und moderne Ansichten.

Eine Rede des Staatssekretärs des Auswärtigen Frhr. v. Richtigofen gab einige Aufklärungen über die Streitigkeiten mit Venezuela, wenn die Darlegungen auch nicht als erschöpfend gelten können. Ueber die Vorgänge bei Maracaibo hat das Auswärtige Amt auffälligerweise noch immer keine Nachrichten erhalten.

Mit diesen beiden Reden vom Regierungstisch wurde das sachliche Interesse an der Sitzung erschöpft. Graf Driola rit sein altes Stedenpferd, die Forderung eines Militär-Pensionsgesetzes. Herr Dr. Sahm suchte die kleinen Landkramer und Handwerker durch Schimpfen auf die Socialdemokratie zu gewinnen und machte vertrauliche Mitteilungen über die Entstehung des Bundes der Landwirte.

Den Schluss machten der Arendt und der Stöcker. Der erste streifte die Grenze des Idiotismus mit dem Worte, daß jeder, der einen socialdemokratischen Stimmgabel abgibt, damit das Reichstags-Wahlrecht gefährdet, der andre trug einen langen Schwanz gegen die Socialdemokratie und den „Vorwärts“ in Stile der Hülleschen Sonntagsblätterchen vor. Nett war, daß er Eugen Richter lobte — das hat der Mann gerade noch verdient — und nett war auch das Kaiserprogramm des abgetakelten Hofpredigers. Er stellte den Grundged auf, daß der Kaiser gegen die Socialdemokratie reden und telegraphieren könne, so viel er wolle, aber mehr sei vom Uebel und der Uebel drohtes sei das Protegieren der jede Möglichkeit der Offenbarung leugnenden Professoren.

Mit diesem bunten Karrenspiel endeten die überaus bedeutungsvollen Staatsdebatten. Der größere Teil des Etats wurde der Budgetkommission überwiesen.

Erst am Donnerstag tritt das Haus wieder zusammen, da vorher auf Beschlußfähigkeit nicht zu rechnen ist, um die Präsidentenwahl vorzunehmen. Hieran schließt sich die Beratung des Phosphor- und Kinderschuh-Gesetzes. Die Polen-Interpellation, die Graf Posadowsky nunmehr beantwortet will, soll am Freitag auf die Tagesordnung kommen.

Die große Abrechnung

Unser Bebel beherrscht vollständig das öffentliche Interesse. Wie gewaltigen Eindruck die Vorgänge in der Donnerstagsitzung des Reichstages hervorgerufen haben, dafür zeugt vor allem die entfesselte Verlegenheit der konservativen und scharfmacherischen Presse. Einige Zeitungen der Parteien, welche stets die Monarchie als Werkzeug ihrer habhaftigen Sonderinteressen auszunutzen trachten, haben bereits wieder soweit Fassung gewonnen, daß sie durch johndes Geschimpf gegen die antimonarchische Socialdemokratie ihre eigene Bekommenheit zu verbergen versuchen. Doch diese Bemühungen verlagern gänzlich an dem geradezu allgemeinen Empfinden aufatmender Befreiung, das Bebel's Rede ausgelöst hat.

Matt und schal ist der Versuch der „Post“, die Reden von Essen und Breslau dennoch neu zu feiern und gegen die Socialdemokratie zu hegen:

„Noch immer thut ein kräftiger Mahnruf von der Berufenen Stelle not, und die energischen Kaiserworte von Essen und Breslau haben sicher nicht nur in allen patriotischen Herzen Wiederklang gefunden, sondern dem kaiserlichen Redner den Dank der weitesten Kreise seines Volkes eingetragen. Aber wie mächtig auch das Wort von solcher Stelle gegenüber einer gegen die Grundfesten unsrer Monarchie und unsres Staatswesens gerichteten Partei sein mag, so darf es doch bei Worten nicht sein Verwenden haben. Der Gedanke, daß wir in der Socialdemokratie den Todfeind der Monarchie und unsrer gesamten Einrichtungen zu bekämpfen haben, muß die gesamte Regierungshandlung einheitlich beherrschen und ihr den Stempel aufdrücken, sonst werden noch so kräftige Worte mit der Zeit wirkungslos verhallen.“

Weiter spricht die „Post“ von der „an dreifachen Schamlosigkeit so reichen Rede des Abgeordneten Bebel“ und muß sich schließlich, um Gefährten ihrer Wut zu finden, auf den „edlen patriotischen Zorn“ des Bildler-Mattes zurückziehen, das entsetzt ist, daß auf den Strohen Berlins Bildler-Reden nicht das Recht alleiniger Verbreitung haben, sondern daß auch der „Vorwärts“ verkauft wird, obgleich er,

„ohne irgendwie befehligt zu werden, systematisch immer nur von Wilhelm II. schreiben, also geflissentlich die dem Kaiser schuldige Ehrfurcht außer acht lassen darf“. Das Pädler-Blatt weist aber — es sei dies angeführt, weil damit thatsächlich eine wichtige Bemerkung gemacht wird — auf die völlige Entfaltung der bürgerlichen Reichstags-Parteien gegenüber den Bebel'schen Anklagen hin; es sagt:

„Noch bedauerlicher aber ist das Verhalten der bürgerlichen Parteien. Warum meldete sich kein Mitglied derselben Parteien zum Wort, die sonst für sich in Anspruch nehmen, Hüter und Pfleger des monarchischen Gedankens zu sein? Warum meldete sich niemand aus dem Hause, um das Verfahren des „Vorwärts“ in Sachen Krupp gebührend zu brandmarken? Warum besprach man nicht das Verfahren der Staatsanwaltschaft, die unter unzutreffenden Gründen das bereits eingeleitete Verfahren einstellte und damit dem „Vorwärts“ Anlaß zu der Behauptung gab, die Regierung sei zurückgewichen, hinter dem Falle Krupp stehe eine Geheimgeschichte, die man ängstlich hüten und nicht der Öffentlichkeit preisgeben wolle?“

Das Pädler-Blatt hätte weiter fragen können: Warum hat der Reichskanzler den einzig denkbaren Trumpf gegen Bebel nicht ausgespielt? Warum hat er zugestanden, daß an sich alles, was Bebel über die Reden von Essen und Breslau gesagt hatte, richtig sei, ohne die Ursachen zu bezeichnen für die Schärfe der kaiserlichen Reden und dadurch ihre Rechtfertigung zu sähren? Warum? Es hätte Pädler'scher Geistesgegenwart bedurft, um so im Reichstags-Verfahren, wie es das Pädler-Blatt von den bürgerlichen Parteien fordert!

Die parteiunabhängige „Konf. Korresp.“ findet bereits die ganze Entrüstung ihres heuchlerischen Monarchismus:

„Unter dem Schutze der parlamentarischen Immunität hat der Abgeordnete Bebel am Donnerstag eine Rede gehalten, die jedem monarchisch gesinnten Manne die Hornesrinde ins Gesicht treiben muß. Nicht daß es Bebel gewesen, der sich unterstand, in einer unerhörten Tonart gegen die Person des Kaisers zu polemisieren, ist in Betracht zu ziehen, sondern daß es überhaupt möglich war, eine solche Rede öffentlich zu Gehör zu bringen, und daß es möglich ist, diese Rede nun durch die Presse und in Broschürenform ungehindert in der Bevölkerung zu verbreiten.“

Das sozialdemokratische Zentralorgan bezeichnet die Bebel'sche Rede als eine „nationale That“. Wir wollen dem Blatte sagen, was sie in Wirklichkeit war: die schamlose Dreistigkeit eines Volksaufwieglers, der den traurigen Mut besitzt, unter dem Schutze der Immunität unehrerbietige Worte gegen den Kaiser zu richten. Die Bebel'sche Rede ist ein weithin leuchtendes Fanal, das zum konzentrischen Kampfe gegen die Socialdemokratie aufruft, zu einem Kampfe, in dem die Regierung die Führung zu übernehmen hat — und zwar nicht bloß mit Worten, sondern mit Thaten.“

Die „Konservative Korrespondenz“ wünscht als erste der „Thaten“ gegen die Socialdemokratie, zu der sie die Regierungen auffordert, die Zurückziehung der Absicht, das Wahlgeheimnis zu sichern. Sie zeigt damit nur, daß ihre monarchistische Begeisterung nichts ist als der Vorwand für reaktionäre Zwecke.

Thatsächlich hat das Gemahne und das Geschimpfe der reaktionären Umsturzpresse nicht einmal Anspruch auf ernsthafte Beachtung. Die Situation ist nicht danach, daß jetzt dieses Geschimpfe irgendwo Aufnahme findet. Es ist die allüberall gemeinsame Ueberzeugung, daß das völlige Versagen des Reichskanzlers in seiner Antwort auf Bebel und das Schwelgen der bürgerlichen Parteien sich erklärt aus der Unmöglichkeit, sich der zwingenden Gewalt der Bebel'schen Ausführungen zu entziehen. Nicht intellektuelle Unfähigkeit hindert den Reichskanzler, sondern die Empfindung, daß er gegen Anklagen sprechen solle, deren Verächtlichmachung er selbst anerkennen mußte.

In weit überwiegender Zahl muß selbst die bürgerliche Presse den gewaltigen Triumph der Socialdemokratie zugestehen.

Selbst die „Deutsche Tageszeitung.“ sagt deutlich genug: „So lange Se. Majestät der Kaiser in wichtigen, geradezu programmatischen Reden und Kundgebungen zu seinem Volke spricht, wird der Reichstag kaum stillschweigend an derartigen Reden und Kundgebungen vorübergehen können. Das liegt klar auf der Hand und sollte allenthalben erwogen und gewürdigt werden. Je weniger die Person des Monarchen in die politische Tageserörterung und damit in den Kampf der Parteien hineingezogen wird, um so besser für die Monarchie. Daran aber, daß diese Hineinziehung nach Möglichkeit unterbleibt, müssen alle Faktoren mitarbeiten.“

Die „National-Zeitung“ führt u. a. aus: „Wir fragen: soll es dahin kommen, daß alljährlich im Reichstag, sei es bei der Staatsberatung oder in anderer Form, eine Abrechnung großer Parteien mit dem Kaiser stattfindet? Das Unheil, welches sich aus einem derartigen Stande der Dinge ergeben müßte, könnte auch durch die geschicktesten und geistreichsten Kanzler-Reden nicht abgewendet werden. Gestern hat Graf Bülow bei der, wie jedermann anerkennen wird, unabweisbaren Aufgabe, auf den thatsächlichen Teil der Bebel'schen Rede mit Erfolg zu erwidern, sich an die Socialdemokratie mit der Frage gewandt: „Sie suchen mit allen Mitteln das Ansehen der Monarchie zu schädigen, und da wundern Sie sich, daß ein von seinem

Wert durchdringender Monarch sich gegen Sie zur Wehre setzt? Wir sehen ganz ab davon, ob diejenigen kaiserlichen Aeußerungen, welche in den letzten Tagen der Gegenwart der Erörterung waren, durch Angriffe auf das Ansehen der Monarchie veranlaßt waren. Aber der Frage des Reichskanzlers gegenüber müssen wir sagen: Es ist nicht die Aufgabe eines Monarchen, sich persönlich im Kampfe der Parteien zur Wehre zu setzen; Angriffe auf die Monarchie sind, je nach der Beschaffenheit dieser Angriffe, von den monarchischen Parteien, von den Ministern oder von den Gerichten abzuwehren, nicht von dem Monarchen persönlich. Und gegen die Folgen seines persönlichen Eingreifens kann niemand ihn „bedenken“, weder Graf Bülow noch irgend ein anderer Reichskanzler.“

Die „Voss. Zig.“ sagt: „Was der Abg. Bebel über den Kaiser und seine Reden gestern sagte, ist das Stärkste, was je über ihn in einer deutschen Volksvertretung gesprochen worden ist. Seine Ausführungen werden allen halbwegs Ansehens machen; die sozialdemokratischen Blätter, die nicht ernanget werden, sie im Wortlaut zu veröffentlichen, können auf einen ungeheuren Absatz rechnen, zumal da manche Mitglieder der bürgerlichen Parteien und Gesellschaftskreise, die sich besonderer Königsstreue berühmen, seit geraumer Zeit den „Vorwärts“ durch Mittelsmänner beziehen, um sich heimlich an seinen Deutlichkeiten zu ergötzen.“

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „In der Sache aber war Bebel — das bewies unter anderem der Mangel jeglichen Widerspruches aus dem Hause — in seinem Recht. Ein Monarch, der in so scharfen Worten gegen eine große politische Partei öffentlich Stellung nimmt, wie es der deutsche Kaiser gegenüber der Socialdemokratie thut, kann sich nicht wundern, wenn diese Partei sich ihrer Haut wehrt. Sagt der Kaiser seine Meinung frei heraus, so müßten die Männer, die er in den scharfsten Ausdrücken ihrer politischen Ueberzeugungen wegen angreift, seine Männer sein, wenn sie das ruhig hinnehmen wollten. Mit Recht betonte Bebel, der Kaiser sei nicht, wie Graf Bülow es hingestellt hatte, ein Privatmann, dem nach der preussischen Verfassung das Recht zustehe, seine Meinung frei zu äußern. Nur einmal ging die politische Leidenschaft mit dem Redner durch: als er für die Redeweise des Kaisers gegenüber der Socialdemokratie eine das Maß des Zulässigen überschreitende Bezeichnung anwandte. Und selbst diese zweifelhafte formell zu weit gehende Kritik der kaiserlichen Kundgebungen fand im Hause kein „Oho“, keine Jurechtswellung.“

Ueber die Erwiderung des Reichskanzlers sagt das selbe Blatt:

„Es war eine echte Bülow-Rede, die man da zu hören bekam. Glat war der Redefluß, aber die Rede selbst ließ eine hündige Antwort auf Bebel's Kritik der kaiserlichen Kundgebungen völlig vermissen. Bei den Hörern, auch bei seinen Freunden, ließ der Reichskanzler das Bedauern darüber zurück, daß es ihm so gar nicht gegeben war, wenigstens etwas vorzubringen, was den Angriffen Bebel's auf die kaiserlichen Kundgebungen einigermaßen wirksam begegnet hätte.“

Und endlich in der „Volks-Zeitung“ wird der Eindruck der Bebel'schen Rede also geschildert:

„Die gestrige Rede Bebel's war eines der bedeutendsten parlamentarischen Ereignisse in der ganzen, jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode. Sie war äußerst geschickt in ihrer Wirkung gesteigert. Sie wurde, namentlich in ihrem letzten Teile, mit einer glänzenden Beredtheit, mit einem hinreißenden Temperament vorgetragen. Sie protestierte gegen die antisocialdemokratischen Kundgebungen des Kaisers und des Kronprinzen mit einem Freimuth, einer ehrlichen Offenheit, welche die Bewunderung jedes objektiven Denkers finden muß, mag er politisch selbst auf der äußersten Rechten stehen. Dieser faszinierende Eindruck muß der socialdemokratischen Partei neue, ungeahnte große moralische Erfolge sichern, während der parlamentarische Wortführer der freisinnigen Volkspartei, ersichtlich geschwächt durch die wochenlangen Schimpfereien gegen die Socialdemokratie, gänzlich auf die Erzielung solcher Erfolge verzichtet zu haben scheint. Der Wucht der Bebel'schen Rede vermochte sich niemand im Hause zu entziehen. Nicht der Präsident, der Starr aufrecht da stand, bereit, die Glode zu rühren — aber es blieb bei der Bereitschaft; nicht der Reichskanzler und die Minister; nicht die Mehrheit des Hauses, die nicht den leisesten Zwischenruf wagte; nicht das Publikum, das in engerer Stunde um Stunde ausstarb. Mäusendstill war es im Saale; atemlos hingen alle an des Sprechers Munde; besänimt und schuldberührt senkte sich der Blick manches Volksvertreters zu Boden, als Bebel während am Ende seiner Rede die Charakterlosigkeit, die Streberei und Kriecherei, die Stellen- und Mammonsügerei, die Jammerfertigkeit vor Königsthronen gekelte, die leider das Charakteristikum für einen großen Teil unserer Zeitgenossen bilden.“

Herr v. Richthofen über Venezuela. Die Regierung hat sich in der heutigen Reichstags-Sitzung endlich veranlaßt gesehen, auf die völkerrechtliche Seite des deutschen Vorgehens gegen Venezuela einzugehen. Herr v. Bülow hat sich als vorsichtiger Mann gehalten, diesen heißen Gegenstand anzuschneiden. Und doch hätte gerade er, der seiner Zeit über die Mängel des herrschenden Seerechts so schmerzliche Klage geführt hat, in erster Linie Veranlassung gehabt, sich über diesen Gegenstand mit der ihm so wohl anstehenden, jovialen Offenherzigkeit auszusprechen.

chiedenen Stellen den Rohrstod niedersinken zu sehen. Ich sah einmal einen fünfzehnjährigen Junger, der wegen eines geringfügigen Vergehens einen mehr als fünfzig Jahre alten Grenadier vortreten ließ und ihm mit dem Stoß aus Leibestrafte, ich weiß nicht wie viele Schläge auf Arme und Schenkel verabfolgte. Dem armen Kerl liefen die Thränen über das Gesicht, aber er durfte nicht wagen, auch nur ein Wort zu äußern. Ich konnte den Anblick nicht ertragen und entfernte mich schleunigst.“

Die unmenntliche Strafe, erzählte Thibault weiter, brachte viele Soldaten zur Verzweiflung; es hatte sich unter ihnen ein fürchtbarer Aberglaube ausgebreitet. Sie sagten sich, es wäre am besten zu sterben. Um aber nicht durch diese Sünde in die Hölle zu kommen, müßte man ein unschuldiges Kind ermorden, das auf diese Weise ins Paradies läme. Wenn man sich dann selbst anzeigte, so hätte man Zeit genug, zu Gott um Verzeihung zu beten, ehe man zum Tode geführt würde. Ich habe viele Hinrichtungen gesehen, die sich zu diesem Glauben bekannten.“

Charakteristisch ist, wie „der große König“ diesem schauerlichen Mordmord zu steuern suchte. Das Beste wäre wohl gewesen, eine menschlichere Behandlung der Soldaten anzunehmen, aber dies fiel Friedrich II. gar nicht ein, sondern er — wir lassen jetzt wieder Thibault reden — „befahl, es dürfe sich kein katholischer oder evangelischer Priester einem solchen gewissermaßen von Religionen wahnwitzigen Befehlen nähern. Auch dieses Heilmittel hatte anfangs nicht viel Wirkung; mit der Zeit aber stellte sich doch ein, denn es grante den Soldaten davor, ohne geistlichen Beistand zu sterben und sie bestärkten, auf diese Weise noch sicherer als durch jede andere Todesart der Verdammnis anheimzufallen.“

In einer andern Stelle berichtet und Thibault folgendes Erlebnis: „Ich war erst seit einigen Wochen in Berlin und wohnte noch in gemieteten Zimmern, als ich eines Mittags, die Treppen hinaufsteigend, vor mir drei Soldaten in Pfeffertopf sah, die zu meinem Wohnungsnaehbarn, ihrem Regimentskommandeur, gebracht wurden. Zwei von ihnen, beide verwundet, stützten den Dritten, der einen Schuß im Bein hatte. Ich hörte, wie einer von ihnen zu diesem, der offenbar große Schmerzen litt, in französischer Sprache

Was Herr v. Richthofen als Dolmetsch der Regierung vortragen hat, war freilich auch noch herzlich wenig und herzlich schwach. Ueber den letzten aufseuerregenden Vorfall, das Bombardement des Forts von San Carlos bei Maracaibo, erklärte er, noch keinerlei offizielle Nachricht von der Blockadeflotte erhalten zu haben. Das ist in der That auffallend, um so auffallender, als nach einer offiziellen Mitteilung der „Nordd. Allg. Zig.“ ein Verdict über die am Dienstag Begonnene zweite Beschießung von San Carlos eingelaufen ist! Ueber die Vorgänge vom Sonnabend voriger Woche ist aber noch keinerlei Nachricht eingegangen! Das ist doch höchst sonderbar, daß über Vorkommnisse Nachrichten einlaufen, die am 21. Januar stattgefunden haben, während man von Vorkommnissen, die am 17. Januar passiert sind, in Berlin noch nicht das mindeste weiß! Die vorgebliehen Schwierigkeiten der Depeschenbeförderung können dies Rätsel doch wahrhaftig nicht lösen! Dem wenn England und Frankreich bereits in der Lage sind, alle möglichen Details zu veröffentlichen, so sollte doch auch die deutsche Regierung in die Möglichkeit gesetzt sein, authentische Mitteilungen zu machen! Es giebt deshalb nur eine plausible Erklärung für die wunderbare Unwissenheit der deutschen Regierung: die, daß man nichts wissen will. Die Beschießung des Forts läßt sich nach allen bis jetzt vorliegenden Meldungen ebenso wenig völkerrechtlich rechtfertigen, wie die mutwillige Zerstörung der wehrlosen winzig venezolanischen Kriegsschiffe, die der Marine-Offizier des „Tag“ als „Kladderadatsch“ bezeichnete. Das Gefühl der Scham, sich an diesem „Kladderadatsch“ zu vergreifen, ist dem deutschen Volk nicht im geringsten zum Bewußtsein gekommen, auch ein Beweis des Ehrgefühls unserer modernen Wälinger. Wobei festgestellt werden muß, daß Herr v. Richthofen sich gleich seinem Chef, dem Grafen Bülow, über diese Heldenthat der deutschen Marine völlig ausgehieben hat! Wollen die Herren nicht endlich ihre Kladderadatsch-Theorie entwickeln?!

Eine originelle Völkerrechts-Theorie hat ja Herr v. Richthofen bereits verhandelt. Die nämlich, daß zwischen Deutschland und Venezuela thatsächlich der Kriegszustand bestehe, da die Verhängung der Blockade mit der Kriegserklärung gleichbedeutend sei. Eine ganz neue Theorie! Eine Theorie, die der „Verbündete“ England auf keinen Fall teilt! Die Blockade war ursprünglich als „Friedensblockade“ geplant, erst auf Amerika's Einpruch, daß es die Blockade nur dann dulden werde, wenn sie als „Kriegsblockade“ proklamiert werde, wurde ihr dieser sonderbare, einzigartige Charakter einer „friedlichen Kriegsblockade“ aufgeprägt! Trotz dieser eigenartigen Blockade besteht aber kein Krieg mit Venezuela! Herr v. Richthofen hat diesen Zustand nur deswegen erfunden, um die völkerrechtswidrigen Handlungen Deutschlands in milderem Lichte erscheinen zu lassen. Und die bürgerliche Opposition, die die Unmöglichkeit einer solchen Auffassung, die rechtliche Unmöglichkeit des ganzen deutschen Vorgehens ganz genau erkannt hat — man vergleiche die feinerzeit von uns reproducierte Auslassung der „Vossischen Zeitung“ — läßt sich durch derartige plumpe Ausreden willig, allzuwillig abspieren!

Auf das Gebiet des Märchenzählers begab sich, so könnte man annehmen, der Regierungsvertreter mit seiner Mitteilung, daß bereits 1901 die deutsche Regierung Venezuela den Vorschlag gemacht habe, den Streitfall dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. Warum giebt man erst jetzt der ungläubigen Welt die Nachricht dieses deutschen Entgegenkommens? Und warum hat Deutschland, wenn es so für das Haager Tribunal schwärmt, nicht auch diesmal gleich den Vorschlag Castro's, die Angelegenheit dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, vortweggenommen?!

Deutsches Reich.

Die Sicherung des Wahlgeheimnisses. Der dem Bundesrat vorliegende Antrag des Reichskanzlers auf Sicherung des Wahlgeheimnisses entspricht, wie verlautet, im wesentlichen dem Antrag Aldert. Die Stimmentafel müssen 9 Quadratcentimeter und die Umschläge 12 Quadratcentimeter groß sein. Den bereitgestellten Nebenstück (?) oder Nebenraum muß jeder Wähler benutzen, wenn sein Stimmentafel gültig sein soll. —

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags

beschloß in der Sitzung am 22. Januar, im Plenum zu beantragen, die Wahlen der Abgeordneten Haber (3. Oberfranken), und Wehl (14. Hannover) für gültig, dagegen die Wahl des Abgeordneten Sieg (3. Marienwerder) für ungültig zu erklären. Der letztere Beschluß wurde mit 7 gegen 6 Stimmen gefaßt. Der Abg. Schwarz (Centrum) war bei der Abstimmung nicht anwesend und der Abg. Ernst, freisinnige Vereinigung, stimmte mit den konservativen und Nationalliberalen gegen die Ungültigkeitserklärung.

Aus der Beratung ist als bemerkenswert hervorzuheben, daß die Abgeordneten Arendt (freil.) und Semmler (nat.) ihrer Erregung über die Haltung der Mehrheit der Wahlprüfungs-Kommission in heftigen Angriffen Ausdruck gaben und drohten, sie würden im

sagte: „Mut, Mut, mein lieber Kamerad. Morgen haben alle unsere Leiden ein Ende.“

„D, warum nicht heute schon“, rief der andre mit einem Schmerzensschrei.“

Neuerlich bezeichnend für das Preußen des „großen Königs“ ist eine Antwort, die Thibault von mehreren aus Frankreich stammenden Soldaten auf seine Frage, wie sie denn in ein Land gehen möchten, in dem sie täglich geprügelt würden, erhielt. „D, meinten die Deutschen lachend, hier in Preußen ist es keine Schande, Prügel zu bekommen.“

Betrachtet man die heute noch geltende preussische Gefolde-Ordnung, die gelinden Strafen, die aber prägende Schulschläge, Offiziere und Unteroffiziere im Deutschen Reich verhängt werden, so muß man die Ueberzeugung gewinnen, daß auch in unren Tagen noch sehr viele Angehörige der Nation der Dämonen und Kritiker die nämliche Anschauung haben wie die oben erwähnten Franzosen. Nur bekommen die Betroffenen nicht selbst die Prügel, sondern überlassen das Vergnügen den Dienstboten, Arbeitern und Soldaten.

Kun ist es allerdings richtig, daß Friedrich II. später etwas mildere Saiten in der Behandlung der Soldaten aufziehen ließ. Aber das war sehr, sehr spät, nämlich erst 1785, also ein Jahr vor seinem Tode. Und wenn Friedrich auch sonst über das zu starke Prügelweitere, so gefaßt es nicht aus Humanität, sondern nur aus finanziellen Gründen. Wurde „ein Kerl“ zum Krüppel geschlagen, so mußte eben ein anderer gekauft werden.

Das Bild, das die Armee Friedrichs II. dem genaueren und objektiven Beschauer zeigt, ist, abgesehen von der taktischen und kriegerischen Leistungsfähigkeit, ein geradezu widerliches: Offiziere und Unteroffiziere nur zu oft weislich verbohrt, die Mannschaften verbittert, verzweifelt, auf jeden glänzigen Moment zum Entweichen lauernd, ein nicht kleiner Teil davon ausgemachte Verbrecher und dazu als oberster Kriegsherr ein Mann, der so gefürchtet war, daß seine Inspektionen als Schreckenstage galten und die Frauen und Kinder aller jener, die an einer solchen Inspektion beteiligt waren, stundenlang auf den Knien lagen, um Gott zu bitten, daß dem Gatten und Vater kein Unglück zustoße. Wir glauben daher, daß es wirklich besser wäre, an die Armee Friedrichs II. nicht unübrig zu erinnern.

Unnötige Verhimmelung.

In der preussischen Armee ist bekanntlich Friedrich II. Trumpf. Namentlich in neuerer Zeit wird er ganz besonders verherrlicht, an seinem Geburtstag (24. Januar) bringt das „Militär-Wochenblatt“ alljährlich einen ellenlangen Lobeshymnus auf ihn und seine Armee, und außerdem erhält bald jedes bald jenes Regiment zur Erinnerung an „den großen König“ ein neues Abzeichen, ja neuerdings wurde die Garde sogar mit einem Gedenkgriff aus der friedericianischen Zeit bedacht. Wir sind nun der Meinung, daß zu all dem eigentlich kein Anlaß vorhanden ist, denn mag Friedrich II. dank seiner Feldherrngabe große Siege erfochten haben, die Zustände, die er mit seiner Grausamkeit und Härte in seiner Armee herbeiführte, waren derart, daß gewichtige Gründe vorlägen, die Erinnerung an jene angeblich auch so glorreichen Tage nicht unnötig aufzufrischen.

Zum Beweise des Gesagten wollen wir einem Manne das Wort geben, der sogar ein großer Verehrer des Königs war und ihn einschätzte, wo er nur konnte. Es ist dies der Franzose Dieudonné Thibault, der von 1765 bis 1784 als Lehrer der französischen Literatur an der „Academie militaire“ zu Berlin fungierte und 1804 seine Erlebnisse in Preußen in einem Werke „Friedrich der Große und sein Hof“ (deutsch bei Robert Euy, Stuttgart) erzählte.

„Ich sprach“, schreibt Thibault, „oftmals mit preussischen Offizieren über die unmenntliche Prügelfel.“

„Sie haben Unrecht, sich darüber zu beklagen, antwortete man mir, wenn wir nicht so streng wären, würde man Sie in Ihrem eignen Hause erorden. Ein Drittel unserer Armee besteht aus Laugenichtsen, die man nur mit der Fuchtel im Zaum halten kann. Die geborenen Preußen brauchen wir nicht so scharf anzufassen, weil sie im allgemeinen gutmütig sind, aber das andre Pack muß man entweder verprügeln oder aus dem Lande jagen.“ Leider, fährt Thibault fort, hatten die Offiziere recht. Trotzdem boten aber diese Szenen einen sehr peinlichen Eindruck, besonders wenn man zu einer Zeit ausging, wo die Truppen exerzierten; man konnte keine W Schritte weit gehen, ohne auf ver-

Plenum des Reichstages die Anregung geben, die Wahlprüfung der Kompetenz des Reichstages zu entziehen und ein Richterkollegium damit zu betrauen. Im Widerspruch damit beklagten sich dieselben Abgeordneten, daß die entscheidenden Aussagen der im Wahlprotest angeführten und richterlich vernommenen Zeugen juristisch zu spät definiert würden. Natürlich wurden diese im Vorgesicht überflüssigen Meeresprüche mit gebührender Gelehrtheit von der Mehrheit aufgenommen.

Die Prüfung der Wahl des Abg. Volk (S. Frier, natl.) mußte wegen vorgerückter Zeit verschoben werden; der Vorsitzende Abg. Espan, schlug vor, eine Sitzung am 23. Januar abzuhalten. Dagegen erhob der Abg. Semmler Einspruch; er habe als Korreferent die Akten noch nicht prüfen können. Aber auch gegen die Prüfung der Volk'schen Wahl am 23. Januar erhob Semmler denselben Einspruch, obgleich der Referent, Abg. Wellstein, erklärte, die Prüfung der vorliegenden Akten erfordern höchstens einige Stunden Zeit. Ferner wurde konstatiert, daß die Akten der Volk'schen Wahl seit Weihnachten im Zimmer der Wahlprüfungs-Kommission jederzeit zur Einsicht ausgelegt haben. Aber Abg. Semmler gab auch keine Zusage, daß er bis nächsten Donnerstag die Akten prüfen könne; offenbar ist es auf eine Verschleppung der Prüfung abgesehen. Bei der Volk'schen Nachwahl sind nämlich dieselben Ungeheuerlichkeiten vorgekommen, die zur Stöckerung der Wahl vom Jahre 1898 geführt hatten. Der Vorsitzende wies gegenüber dieser Verschleppungstaktik Semmlers darauf hin, daß die Kommission den dringenden Auftrag des Plenums zu erfüllen habe, die ihr aufgetragene Arbeit zu erledigen. Wahrscheinlich wird es aber diese Vorkommnisse in der Kommission bei der Beratung im Plenum zu scharfen Auseinandersetzungen kommen. —

Der Stöcker hat am Freitag im Reichstag sich mit dem „Vorwärts“ eifrig beschäftigt. Im Reichstag hat man den Mann mit Recht seiner Antwort gewürdigt, weil jedermann weiß, daß es dem ehemaligen Hofprediger eine unglückselige Naturanlage verbietet, Wahrheit von Unwahrheit zu unterscheiden.

Stöcker hat die Vermehrung der „Vorwärts“-Ausgabe darauf zurückgeführt, daß unser Blatt vielfach gratis verteilt würde; so erhalte er es seit acht Tagen gratis. Da die Expedition des „Vorwärts“ das Blatt an niemand umsonst verbreitet, so ist die Behauptung des Stöcker derart, daß man vermuten könnte, er würde sie bekräftigen. Sollte er aber dennoch zufällig die Wahrheit gesagt haben, so hat vielleicht ein um seine Aufklärung bemühter Gönner für ihn ein Exemplar abonniert. Wir halten das allerdings für eine Geldvergeudung; denn zur Wahrheit ist Stöcker doch nicht mehr zu erziehen.

Ferner hat Stöcker behauptet, die Unwahrheit der Gunnenbriefe sei gerichtlich festgestellt. Wenn Stöcker insofern ist, einen Beweis für diese Behauptung zu geben — das Gegenteil ist die Wahrheit —, so sind wir bereit, den — Scheiterhaufenbrief für eine Fälschung zu erklären. —

Kaisers Geburtstag. Wie ein Berichterstatter meldet, soll der Kaiser bei einem Gespräch über die Feier seines Geburtstages kurzlich folgende Äußerung gethan haben: „Gewiß freut es mich, wenn mein Volk mir dadurch Liebe und Verehrung bezeugt, daß es zu meinem Geburtstage Extrafeste veranstaltet und die Fenster mit brennenden Lichtern besetzt. Ich meine aber, die wirtschaftliche Not und der Mangel an Arbeitsverdienst ist so groß, daß man der Armen gedenken möchte. Ich würde mich freuen, wenn ein Teil der zu Extraausgaben bestimmten Gelder im Interesse der Armen verwendet werden würde, sei es in direkter Anwendung oder zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Namentlich die Gemeinde-Verwaltungen sollten das Wohl der ärmeren Ortsinsassen aus Anlaß meines Geburtstages pflegen. Seit einigen Jahren wird diesem meinem Wunsche etwas entprochen, ich wünschte aber, die Beachtung des Wunsches wäre eine ausgedehntere. Mir wäre wohlter und freundiger zu Mute, wenn ich wüßte, daß die Armen an meinem Geburtstage nicht darben, als wenn das schöne Geld schließlich in nichts zerfließt.“

Die Mitteilung ist nicht recht glaubwürdig, denn sie widerspricht der in den herrschenden Kreisen geltenden Ansicht, daß ein Vergleich zwischen den unendlichen Festausgaben und der Not des Volkes eine sozialistische Verheerung bedeute; sie widerspricht auch der sonst geläufigen, freilich ganz inhaltlosen Anschauung, daß derlei Ausgaben das Geld in Umlauf bringen und „schließlich“ doch den Arbeitern zu gute kommen.

Wäre die Mitteilung aber richtig, wäre der Kaiser wirklich so gut beraten über die schwere Not der Zeit, unter der die Arbeiterschaft leidet, so muß gesagt werden, daß die gewünschte andersartige Verwendung des für die kaiserliche Geburtstagsfeier ausgetragenen Geldes gegenüber dem Umlauf des wirtschaftlichen Kreislaufes gänzlich belanglos bleiben müßte. Es müßten anstatt der unzulänglichen und entwürdigenden Wohlthätigkeitspflege ernsthafte Maßnahmen der Gesetzgebung zum Schutze gegen Not und Arbeitslosigkeit getroffen werden. Immerhin wäre es nicht zu verwerten, wenn das Festschmecken und das unnütze Lichtverbrennen gründlich beseitigt würde. Doch vorläufig haben wir keinen Glauben daran. —

Ein Offizier über Soldatenuhntun. Die liberale „Augsb. Abendzeitung“ bringt heute eine sehr bedeutungsvolle Aufschrift „aus Offizierskreisen“, in welcher die Schuld für die noch immer vorfindenden Soldatenuhntun den unteren Kommandostellen zugeschoben wird. Diesen „wolle“ es oft nicht gelingen, den Mannschaften über Rechte und Pflichten der Vorgesetzten bezw. Untergebenen sogleich Verständnis beizubringen, daß jeder Mann darüber klar sei, wie er sich zu verhalten habe, wenn er „einem verrückten oder gemeinen Verlangen“ eines Vorgesetzten gegenüber steht. Der Einsender knüpft an die Mendeburger Vorgänge an und bemerkt dazu, daß der Untergebene in einem solchen Falle nicht nur den Gehorsam verweigern muß, sondern auch passiven oder, in Notwehr, sogar aktiven Widerstand leisten darf. Besonders wird getadelt, daß im Unterriecht oft äußerst vorsichtig um das Befehlsverwehren herumgegangen werde, während die Mannschaften erfahren müßten, daß ein Weigerer unbedingt gestraft wird und schonungslos anzugehen sei.

Sogenannte „Hunzer“ seien im Interesse der Armee möglichst schnell zu befeitigen und auf Soldaten solle man einwirken, damit sie sich weger eine entehrende Behandlung, noch körperliche oder seelische Mißhandlungen bieten lassen.

Solche christlichen Worte verdienen gewiß alle Anerkennung. Aber sie werden wohl so lange keinen fruchtbareren Boden finden, als man an den deutschen Kriegsgerichten noch die nichtschmerzenden Ohrfeigen und die nichtfränkenden Peleldigungen gelten läßt! —

Ausland.

Lynch zum Tode verurteilt.

Das in Irland gewählte englische Parlamentsmitglied Lynch, gegen das wegen seiner Beteiligung an dem südafrikanischen Kriege auf Seiten der Boeren wegen Hochverrats vor einem Ausnahme-Gerichtshof verhandelt wurde, ist nach einem Telegramm aus London heute, Freitag, zum Tode verurteilt worden.

Lynch war im Jahre 1900 als Berichterstatter einer französischen Zeitung nach Südafrika gegangen, hatte sich dort als Bürger Transvaals naturalisieren lassen und dann den Feldzug gegen England mitgemacht. Er war dann in einem irischen Wahlkreis als Parlamentskandidat aufgestellt und auch gewählt worden. Trotz der Drohung, daß er bei seiner Rückkehr nach England sofort verhaftet und wegen Hochverrats in Anklagezustand versetzt werden würde, hatte er die Ausübung seines Mandats übernommen. Er wurde verhaftet und in den letzten Tagen fand die Verhandlung gegen ihn statt. Trotzdem er sich für unschuldig erklärte und sein Verteidiger für ihn geltend machte, daß er durch seine Naturalisation

in Transvaal Bürger des Freistaates geworden sei, wurde er des Hochverrats für schuldig befunden und zum Tode verurteilt!

Die Haltung Lynchs und seine Wahl zum Parlamentsabgeordneten entsprangen dem alten Haß Irlands gegen England, einem Haß, der von England nur zu sehr verdient ist. Hat doch England in Irland stets wie in einem eroberten Lande gehaust, hat es Irland doch seit all den Jahrhunderten politisch, religiös und social mit Füßen getreten. Die englische Aristokratie hat Irland stets als Ausbeutungsbjektiv betrachtet. Irlands Bevölkerung hat sich seit 1841 infolge der ständalösen agrarischen Mißwirtschaft der englischen Gutsherren um die Hälfte vermindert. Vergebens versuchte die vergewaltigte Insel immer von neuem, sich politische und religiöse Gleichberechtigung zu erringen. Es war alles vergebens. Alle Verzweckungsaussprüche des brutal vergewaltigten Landes — so noch die Fenierattentate zu Anfang der 80er Jahre — wurden brutal unterdrückt; das Recht der Selbstverwaltung wurde Irland nicht eingeräumt. Kein Wunder, daß der Haß der Irländer gegen England der alte geblieben ist. Diefem national nur zu berechtigten Haß entsprang die Parteinahme Lynchs für die Boeren, entsprang die Wahl Lynchs. Und auf diesen neuesten Vergeekungsakt Irlands antwortet England nun durch sein Todesurteil! Irland wird durch diesen barbarischen Justizakt natürlich nicht pacifiziert, das jahrhundertalte Unrecht Englands, gegen das auch zeitweise die englischen Arbeiter Protest erhoben, nicht ausgerottet werden. Vielmehr wird es künftig heißen: Auge um Auge, Zahn um Zahn! —

Marokko.

Tanger, 22. Januar. Briefe aus Fez vom 16. d. M. berichten, daß dort der Oberbefehlshaber der Truppen des Sultans mit 36 Gefangenen, den Köpfen 16 getöteter Feinde und 1000 Stück Vieh eingetroffen ist. Dies sei das magere Ergebnis der am 15. Januar in zwei Bezirken der Westhainas unternommenen Operationen, bei denen die Dörfer der Hainas niedergebrennt wurden. Diese unbedeutenden Scharmügel seien als vollständige Niederlage der Hainas dargestellt worden, in Wirklichkeit aber nur ein kleiner Teil dieses Stammes in unmittelbarer Nachbarschaft von Fez an den Kämpfen beteiligt und der Erfolg der Truppen keineswegs vollständig gewesen. Die Lage werde von Kennern der Verhältnisse nach wie vor ernst beurteilt.

Oesterreich-Ungarn.

Der **Geschenkklub** nahm mit 34 gegen 6 Stimmen folgenden Antrag des Abgeordneten Derold an: Der Klub beschließt, bei seinem Beschluß vom 16. Oktober 1902 zu verharren, demzufolge gegen die jetzige Regierung des Ministerpräsidenten v. Koerber mit allen zulässigen parlamentarischen Mitteln anzukämpfen ist, und behält sich vor, die Mittel von Fall zu Fall zu wählen. Aus taktischen Gründen räumt der Klub die Priorität vor seinen Dringlichkeitsanträgen ein: der Erledigung der Jadervorlage, der ersten Lesung des Wehrgesetzes und der Dringlichkeitsanträge betreffend die Mängel der Prager Hochschule und betreffend die Geschäftsordnung. Die parlamentarische Kommission wird mit der Ausarbeitung der bei der ersten Lesung der Wehrvorlage abzugebenden Erklärung und einer an das Volk zu richtenden Denkschrift über die Stellung des Klubs im Parlament beauftragt. —

Das Bombardement von San Carlos.

Die Lage vor San Carlos scheint nach den bis jetzt vorliegenden Gerüchten die zu sein: Es ist dem Feuer der deutschen Kriegsschiffe gelungen, das Fort San Carlos zu zerstören. An dem Bombardement scheint sich außer der „Vineta“, dem „Panther“ und der „Gazelle“ auch der „Falke“ beteiligt zu haben. Nachdem man das Fort durch zweitägige heftige Beschießung zum Schweigen gebracht hat, ist der „Panther“ in die Lagune von Maracaibo eingelaufen und hat das letzte dorthin geschickte venezolanische Kriegsschiff „Miranda“ gelapert.

Der Sieg der ungleich besser armierten deutschen Kriegsschiffe war voranzuziehen. Bewunderungswürdig ist nur der so lange und verzweifelte Widerstand des venezolanischen Forts. Der venezolanische „Pöbel“ hat sich allem Anschein nach heldenmütig geschlagen. Der moralische Erfolg liegt nicht auf deutscher Seite, selbst wenn man von dem Völkerehrwürdigem des deutschen Angriffs absieht.

Ueber das Bombardement liegen folgende Nachrichten vor:

Die „Nord. Allg. Ztg.“ meldet offiziös: „Ueber die Ereignisse vor Maracaibo ist nunmehr die erste Meldung aus deutscher amtlicher Quelle eingetroffen. Der Kommandant von S. M. S. „Falke“ telegraphiert unter dem 22. d. M. aus Curacao, daß nach einer ihm dorthin zugegangenen zuverlässigen Mitteilung aus Maracaibo S. M. S. „Vineta“ und „Panther“ am 21. d. M. das Fort San Carlos in Brand geschossen und zerstört haben.“

Wir sind in der Lage, hinzuzufügen zu können, daß dies die einzige bis jetzt eingegangene amtliche Meldung ist. Ueber den Anlaß des Vorgehens S. M. Schiffe liegen noch keine Nachrichten vor.“

Diese „einzige amtliche Meldung“ ist insofern unrichtig, als das Fort San Carlos nicht am 21. Januar zerstört worden ist, sondern erst am 22. Januar. Nichtoffizielle Telegramme melden nämlich:

Maracaibo, 22. Januar. Das Bombardement des Forts San Carlos durch die deutschen Schiffe „Vineta“, „Panther“ und „Falke“ (?), welches gestern seinen Anfang nahm, wurde heute fortgesetzt. Das Fort erwiderte das Feuer und leistet noch Widerstand.

Die Wiederaufnahme der Beschießung des Forts San Carlos erfolgte heute bei Tagesanbruch. Sieben oder acht aus weiter Entfernung abgegebene Schiffe erreichten das Fort nicht. Um 6 Uhr rückte der „Panther“ näher und nahm heftig am Kampfe teil. Das Fort erwiderte sein Feuer. Um 8 Uhr war der Kampf so scharf wie am Mittwoch im Gange.

Die Beschießung von San Carlos hat gestern den ganzen Tag angehalten. Das Fort litt fürchterlichen Schaden. Heute früh wurde die Beschießung, bei der das Fort noch Widerstand leistete, wieder aufgenommen, weil die Kriegsschiffe mit Ausnahme des „Panther“ die Barre nicht passieren können.

Paris, 23. Januar. Aus Maracaibo wird berichtet, daß die Behörden einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen haben und alle Wehrpflichtigen zum aktiven Dienst einberufen sind, um die deutsche Invasion zurückzuschlagen. Wie es heißt, ist das Fort San Carlos vollständig zerstört und die Ortschaft selbst zum größten Teil abgebrannt. Das Bombardement dauert noch fort; die Tragweite der venezolanischen Geschütze hat sich als unzureichend erwiesen. Der Kommandant des Forts San Carlos, Vello, hat sich sehr tapfer gezeigt. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist eine sehr große. In letzter Stunde wird berichtet, daß der „Panther“ durch die Passage in den Hafen eingebrungen sei, die übrigen Kriegsschiffe konnten jedoch wegen ihres großen Tiefganges nicht folgen.

London, 23. Januar. „Bureau Reuter“ meldet aus Maracaibo: Am 21. Januar ging der „Panther“ von seiner Stellung, nicht beim Fort San Carlos, zum „Falke“, der fünf Meilen vom Fort entfernt lag. Das Feuer auf lange Schußweite dauerte bis 6 Uhr. Bei Eintritt der Dämmerung zogen sich die Deutschen nach der See zurück, nachdem sie zum zweitenmal vergeblich versucht hatten, Truppen beim Fort zu landen. Das Fort fand der Korrespondent um sieben Uhr schrecklich zugerichtet.

Zwölf Tote und fünfzehn Verwundete lagen darin, das Pulvermagazin war von zwei Granaten beinahe durchbohrt, aber nicht explodiert. Der Kommandant schätzte die Zahl der deutschen Granaten auf 1800. Die Mauer nach dem See-Eingang zu litt besonders, auch das Dorf San Carlos. Mehr als sechzig Prozent Granaten explodierten im Dorf; viele Granaten freierten nicht, die Geschütze im Fort reichten nicht bis zum „Falke“ und zur „Vineta“ und erwiderten das Feuer nicht. Ein Teil der Artillerie im Fort wurde zerstört, doch verblieben fünf brauchbare Geschütze.

Den Einbruch des Bombardements

in New York und Washington schildert der „Tag“:

Hier ist die Stimmung unter dem Eindruck dieser Nachrichten eine erregte. Regierungskreise sollen der Ansicht sein, daß das Bombardement unter allen Umständen unnötig und unweise sei, etwaige Peleldigungen müßten bei der gegenwärtigen Schläge übersehen werden. Man befürchtet, Castro könnte jetzt sein Einverständnis mit einer friedlichen Lösung des Konflikts zurückziehen, und besorgt ernstliche Verhandlungen.

Ferner wird der „Post. Ztg.“ aus London vom 23. Januar gemeldet:

Der Washingtoner Berichterstatter des „Morning Leader“ drückt über die Union-Regierung die amtliche Festätigung der Beschießung von San Carlos erhalten. Allenthalben mache sich ein Gefühl der Entrüstung gegen Deutschland bemerklich. Daß die Deutschen dem Rückschaden nach ihre Rechte in der Ausübung der Zwangsmahregeln gegen Venezuela nicht überschritten haben, werde von der Union-Regierung zugestanden, indes werde doch behauptet, daß sie den Geist der Versicherungen verlegt hätten, welche sie der Regierung hinsichtlich der milden Handhabung des gegen Venezuela anzuwendenden Zwanges erteilten. Man erkläre in den Regierungskreisen der Union in den drastischen Operationen des deutschen Geschwaders die Absicht, den Grundsätzen der Monroelehre Troß zu bieten. Der Washingtoner Berichterstatter der „Daily News“ dröhrt, durch die zweite Beschießung von San Carlos sei tiefste Entrüstung verursacht worden. Die Mitglieder der Regierung mißbilligen die Beschießung im Privatgespräch als brutal, unnötig und nicht zu verteidigen. Ein Mitglied des Kabinetts habe dem Berichterstatter des Blattes mit Bedeutung gesagt, die Volkstimmung lenke die Hände der Regierung genau so, wie sie Mac Millens Hand zur Kriegserklärung gegen Spanien lenkte. Eine Kleinigkeit könnte eine Erregung entflammen, die nicht so leicht gelöscht werden könnte. Es verlautete auch, daß die britische Regierung die Union-Regierung halbamtlich verständigt habe, sie billige das Bombardement nicht, hätte keine vorherige Kenntnis davon gehabt, und die britischen Schiffe würden nicht bombardieren, falls sie nicht angegriffen werden, sondern lediglich den Status quo aufrecht erhalten. Der Londoner „Standard“ erachtet es als möglich, daß die deutschen Kapitäne technisch im Rechte gewesen seien, Gewalt zu gebrauchen, um die Einfuhr von Lebensmitteln in den blockierten Nächtraum zu verhindern, der Zwischenfall müßte jedoch die ohnehin wachsende Erbitterung, welche das deutsche Eindringen in die politischen Angelegenheiten der neuen Welt bereits verursacht hat, noch verstärken. Was auch immer das schließliche Ergebnis des Venezuela-Zwistes sein möge, würden die Deutschen wenig Ursache haben, sich dazu zu beglückwünschen, da die Ereignisse die Amerikaner endgültig in die Reihe jener Nationen drängen, welche die deutschen Handlungen mißfällig und deren Verwegnisse mit Mißtrauen betrachten.

Partei-Nachrichten.

Der Umsturz im Reichstag. Die brutale Vergeekung der Reichstags-Mehrheit durch eine stumpfsinnige Majorität und deren willkürliche Präsidenten wird in ihren Wirkungen noch lange im Lande nachhallen. Deshalb hat unter obigen Titel die Buchhandlung Vorwärts eine Darstellung der Kämpfe um den Posttarif herausgegeben.

Nach dem amtlichen Stenogramm giebt die Broschüre eine allemnähliche Darstellung des Umsturzes der Geschäftsordnung im Reichstage. Unbarmherzig deckt der Verfasser das völkerverräterische Treiben Eugen Richters auf und gehtelt die Komödie des agrarischen Bruderkriegs, die den Mantel abgeben mußte, hinter dem der Volkshader ungeführt betrieben werden konnte. Eingehend wird geschildert, daß alle diese Vergeekungen nicht hinreichen, die Opposition zu ersticken, bis schließlich die heutzutage Mehrheit die nackte Willkür an Stelle des Gesetzes proklamierte und damit den Präsidenten des Reichstages zum Büttel der Mehrheit degradierte. Am Schluß folgt eine nach den Wahlkreisen geordnete Zusammenstellung der wichtigsten namentlichen Abstimmungen, aus der zu ersehen ist, wie jeder einzelne Abgeordnete gestimmt hat.

Zur Kennzeichnung des Verhaltens der Gegner wird die Broschüre unschätzbare Dienste leisten.

Der Einzelpreis ist 20 Pf. Eine für die Massenverbreitung hergestellte Agitationsausgabe wird pro 100 Stück mit 6.— M. abgegeben. Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69 zu richten.

Die Wahl des Genossen Emmel in den Landesauschuss von Elsaß-Lothringen ist, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, vom Bezirksrat in Colmar für ungültig erklärt worden. Man scheint demnach wirklich der Meinung zu sein, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Gemeinderates von Rülhausen nicht aus freier Ueberzeugung sozialdemokratisch wählen.

Partei-Presse. Das „Sächsische Volksblatt“ in Zwickau hat seit dem 1. Januar 500 neue Abonnenten gewonnen.

Der nächste Schweizerische sozialdemokratische Parteitag, der wahrscheinlich im September oder Oktober stattfindet, wird zum erstenmal mehrere Tage, nämlich drei Tage lang dauern, was sehr zu begrüßen ist, da die bisherige Praxis, die wichtigsten Geschäfte in wenigen Stunden zu erledigen, nicht als eine gesunde betrachtet werden konnte. Auf die Tagesordnung sollen u. a. die Aufstellung eines neuen Parteiprogramms und der Militarismus kommen. Das jetzige Parteiprogramm datiert aus dem Jahre 1888, sein Verfasser war der seither verstorbene Berner Genosse Sted. Zur Ausarbeitung eines Parteiprogramms bestellte der 1901 stattgefundene Solothurner Parteitag eine besondere Kommission.

Sozialdemokratische Wahlstimmen.

Das sozialistische Organ von San Francisco „The Advance“ veröffentlicht eine Zusammenstellung der sozialistischen Stimmen, die in den bedeutendsten Kulturländern bei der letzt stattgehabten Wahl abgegeben worden sind:

Deutschland (1898)	2 107 000 Stimmen.
Frankreich (1902)	860 000
Oesterreich-Ungarn (1900)	780 000
Belgien (1900)	460 000
Bereinigte Staaten (1902)	394 000
Italien (1900)	215 000
Schweiz (1902)	100 000
Schweden (1902)	48 000
Dänemark (1901)	43 000
Holland (1901)	39 000
England (1900)	37 000
Spanien (1901)	25 400
Bulgarien (1900)	10 000
Norwegen (1901)	7 000
Kanada (1902)	1 628
Irland (1902)	1 063

Dazu kommen einige Länder wie Rußland, Argentinien, Brasilien, Japan und Australien, in denen die Sozialdemokratie ebenfalls aber eine teilweise sehr bedeutende Macht besitzt, wo es aber nicht möglich ist, eine Zählung der Stimmen vorzunehmen, wie z. B. in

Rußland, oder aber es handelt sich um Länder, von denen eine exakte Statistik nicht zu haben war. Im Verhältnis zur Bevölkerung weist Belgien die größte Stimmenzahl auf; es folgt darauf Dänemark, sodann Deutschland und die Schweiz.

Aus Industrie und Handel.

Die Leipziger Hypothekbank hat nach ihrem Geschäftsbericht im Jahre 1902 einen Reingewinn von 834 807 M. erzielt. Der Aufsichtsrat beschloß, eine Dividende von 6 Proz. (im Vorjahre 3 Proz.) auf 10 Millionen Mark (im Vorjahre 7 1/2 Millionen Mark) Aktienkapital in Vorschlag zu bringen, 41 715 M. (im Vorjahre 39 670 M.) dem Special-Reservefonds I, 100 000 M. dem Special-Reservefonds II zuzuführen und 39 570 M. (im Vorjahre 25 497 M.) auf neue Rechnung vorzutragen.

Gründungstätigkeit während der letzten Jahre. In welchem Maße der Druck der Krise die Gründungstätigkeit lähmte, zeigt sich darin, daß während in dem Jahre der Hochkonjunktur 1899 im Deutschen Reich 364 neue Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 544,4 Millionen Mark gegründet worden sind, in dem Jahre 1902 die Zahl der Gründungen nur 87 mit einem Kapital von 118,4 Millionen Mark betragen hat. Nach einer Zusammenstellung des „Deutschen Volkswirtschaftlers“ ergibt sich für die letzten vier Jahre folgende Gründungstätigkeit in den verschiedenen Gewerben:

Bezeichnung	1899		1900		1901		1902	
	Anzahl	Kapital 1000 M.	Anzahl	Kapital 1000 M.	Anzahl	Kapital 1000 M.	Anzahl	Kapital 1000 M.
Landwirtschaft, Viehzucht	1	500	2	1 140	2	7 000	—	—
Bergbau, Hütten, Salinen	11	23 849	14	23 219	7	11 300	2	7 000
Industrie der Steine und Erden	29	25 430	33	22 837	17	13 998	14	7 795
Metallverarbeitung, Maschinenbau	75	109 220	59	87 390	19	19 010	6	12 235
Chemische Industrie, Holz- und Leuchtstoffe	21	15 005	11	15 960	11	4 355	6	18 614
Elektrizitäts-Gesellschaft, Textil-Industrie	32	34 599	15	27 870	10	6 450	10	13 690
Papier-, Leder-, Holz- und Schnitzstoffe	13	18 450	16	23 965	8	15 270	3	9 075
Nahrungs- u. sc. Mittel	18	18 405	18	21 067	7	4 810	4	1 941
Darunter:	47	42 517	31	21 140	23	17 643	11	19 985
Zuckerfabriken	—	—	2	1 338	—	—	—	—
Brauereien	32	25 087	21	61 616	13	10 253	6	2 495
Sonstige Nahrungs- u. Genussmittel	15	16 530	8	3 186	10	7 390	5	17 490
Baugewerbe	19	37 520	22	31 340	9	7 036	7	6 701
Poligraphische Gewerbe	8	13 262	4	3 600	1	100	3	780
Verkehrs-Gesellschaft	16	29 211	5	6 050	6	12 000	2	2 200
Eisenbahnen	5	9 300	—	—	2	1 700	—	—
Sonst. Transportanstalten	9	71 383	2	6 203	3	15 754	2	1 500
Beherberg. u. Erquickung	29	65 986	17	33 847	9	17 065	8	8 143
Diverse	6	3 040	5	4 250	2	4 701	1	100
	25	26 595	13	7 180	12	4 296	8	7 600
Summe	364	544 398	261	340 458	158	158 257	87	118 429

Der größte Rückgang in der Zahl der Gründungen hat danach in denjenigen Branchen stattgefunden, in denen während der Prosperitätsjahre die stärkste Gründungstätigkeit herrschte: in der Metall- und Maschinen- sowie der Elektrizitätsindustrie, dem Brau- und Transportgewerbe.

Amerikanische Werksanlagen in Deutschland. Eine Folge des verstärkten Zollschutzes für industrielle Erzeugnisse, wie ihn der neue Zolltarif bietet, wird voraussichtlich sein, daß die ausländischen Fabrikanten zur Errichtung von Fabriken innerhalb des deutschen Zollgebietes schreiten. Die Amerikaner zeigen sich auf dem Gebiete wieder als die schnellsten. Daß große amerikanische Maschinenfabriken schon zur Errichtung von Fabriken in Deutschland übergegangen sind, dürfte schon bekannt sein. Aber auch auf anderen Gebieten zeigt sich dasselbe Vorgehen. So ist eine große amerikanische Eisengießerei, die American Radiator Company, im Besitz, in der Nähe von Magdeburg ein großes Eisenwerk zu errichten, in welchem sie Radiatoren für Centralheizungen herstellen will. Eine Central-Verkaufsstelle errichtet die Firma in Berlin.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

„Die Einigkeit“, das Organ der sogenannten Lokalfisten, beschäftigt sich in ihrer neuesten Nummer mit unserem Artikel „Zur Gewerkschafts-Debatte“ im „Vorwärts“ vom 15. d. M. In diesem Artikel hatten wir den gewerkschaftlich organisierten Genossen beider Richtungen nahegelegt, dem bedauerlichen, für die Arbeiterbewegung schädlichen Streit im gewerkschaftlichen Lager dadurch ein Ende zu machen, daß sie sich vereinigen, um den für beide Teile notwendigen Frieden auf die Dauer zu sichern. — Die „Einigkeit“ sucht nun unseren Vorschlag dadurch bei ihren Lesern in Mißkredit zu setzen, daß sie ihn als den guten Rat des „lieben Onkels im „Vorwärts“ bezeichnet, den zu befolgen die „Einigkeit“ entschieden ablehnt. „Wir lassen uns“ — so schreibt die „Einigkeit“ am Schluß ihres Artikels — „durch die Maske der Wiederholerei im „Vorwärts“ nicht von unserer wohlüberlegten Taktik abblenden, wir erkennen die verbündlerische Woffsklaue unter dem Schafspelz des Onkels.“

Es scheint hiernach, als ob die Redaktion der „Einigkeit“ den gewerkschaftlichen Zwiespalt unter allen Umständen aufrecht erhalten sehen will, obgleich sie einige Sätze vor dem vorkommend citierten sagt, daß auch die von ihr vertretene Richtung bereit sei, die Streitigkeit zu begraben. Wir zweifeln allerdings nicht daran, daß die Arbeiter, welche den durch die „Einigkeit“ vertretenen Gewerkschaften angehören, zu einem ehelichen Frieden mit der andern Seite bereit sind. Diesem Friedensbedürfnis leistet die „Einigkeit“ aber einen sehr schlechten Dienst, wenn sie die Redaktion des „Vorwärts“, von welcher der Rat, Frieden zu schließen, ausging, durch nicht gerade von gutem Geschmack zeugende Bezeichnungen zu verunglimpfen sucht. Unser Vorschlag verdient gewiß eine ernstliche Erwägung, und wir hoffen, daß die hierbei in Frage kommenden Gewerkschaftsmitglieder denselben vorurteilslos prüfen und die Frage der Einigung sachlich erörtern werden. Mag auch die Redaktion der „Einigkeit“ die Aufrechterhaltung des Zwiespaltes wünschen, die Arbeiter haben ein dringendes Interesse am Ausgleich der Gegensätze, an ungehört, gemeinsamen Zusammenwirken, und wir zweifeln nicht daran, daß sie den Weg finden werden, auf dem dies zum Wohle der gesamten Arbeiterbewegung zu erstrebende Ziel erreicht werden kann.

Deutsches Reich.

Ein Brauerstreik ist in Bamberg ausgebrochen. Der Aktiengesellschaft „Hofbräu“ wurde vom Centralverband der Brauer ein Tarif vorgelegt, worin 10 1/2 stündige Arbeitszeit, Regelung der Lohnverhältnisse auf Grund eines Anfangslohnes von 19 M., Begabung der Arbeiter mit 35 Pf., Freigabe jedes dritten Sonntags, Abschaffung des Wohnens in der Brauerei und Entschädigung hierfür gefordert werden. Die Direktion antwortete auf diese Forderungen damit, daß sie 5 organisierte Brauer entließ. Daraufhin stellten auch die übrigen Arbeiter die Arbeit ein.

Ein Streik der Drahtarbeiter ist auf dem Werke der Oberschlesischen Eisenindustrie in Kattowitz ausgebrochen. Den Arbeitern wurde eine Lohnherabsetzung von 50 Pf. pro Schicht zum 1. Februar angekündigt. Darauf erfolgte die Arbeitsniederlegung. Die Arbeiter verlangen, daß es bei den bisherigen Löhnen bleibt.

Der Streik der Stahl- und Walzwerksarbeiter in Bexdorf (Rheinland) ist beendet. Die Ursache des Ausstandes war die Forderung einer Lohnerhöhung von 10—15 Prozent. Die Arbeiter haben nichts weiter erreicht wie die Einsetzung eines ständigen Arbeiterausschusses.

Ausland.

Dem Streik der Wiener Konfektionsarbeiter haben sich jetzt auch 500 Arbeiter und 150 Meister der Uniformbranche angeschlossen.

Die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Abgeordnetenhauses hat mit Bezug auf den Streik eine Interpellation eingebracht, welche folgende Anfragen an die Regierung stellt:

1. Ist die Regierung bereit, alsogleich eine Gesetzesnovelle zur Gewerbe-Ordnung einzubringen, durch welche die Arbeitszeit auch beim Kleingewerbe gesetzlich eingeschränkt wird?

2. Will sie durch eine mit erforderlicher Strenge gehandhabte Sanitätspolizei dafür sorgen, daß die ungesunden Wohnungsverhältnisse der Konfektionsarbeiter dauernd gebessert werden?

3. Will sie dafür sorgen, daß endlich die Krankenversicherung auch auf die heimarbeitenden Konfektionsarbeiter, ob sie sich nun Meister oder Gehilfen nennen, durchgängig angewendet werde?

4. Ist die Regierung bereit, zur Regelung der Lohnverhältnisse in dieser Branche beizutragen, indem sie im Einvernehmen mit den beteiligten Arbeiter- und Meistervertretungen die obligatorische Führung von Lohnbüchern anordnet?

5. Will schließlich die Regierung den ruhigen und geschäftigen Verlauf des gegenwärtigen Volkskampfes dadurch fördern, daß sie die Wiener Polizeibehörde streng anweist, jeden Uebergriff gegenüber den Arbeitern zu vermeiden und sie in ihrem schweren und gerechten Kampfe in keiner Weise durch die sonst üblichen Chikanen zu behindern?

Ausperrung der Lederwarenarbeiter in Wien. Die Vereinigung der Lederwaren-Industriellen wollte in ihren Betrieben eine neue Arbeitsordnung einführen, mit der die Arbeiter, weil dadurch ihre Verhältnisse erheblich verschlechtert werden, nicht zufrieden sind. In drei Werkstätten wurde aus diesem Grunde die Arbeit niedergelegt. Die übrigen Fabrikanten verlangten nun von den bei ihnen beschäftigten Arbeitern, daß diese ihre streikenden Kollegen zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlassen. Als dieser Erfolg nicht eintrat, wurden in 16 Werkstätten 168 Arbeiter ausgesperrt. Nach Angaben der Unternehmer sollen sogar in 38 Werkstätten 300 Arbeiter ausgesperrt sein.

Sociales.

Unfälle und Unfallentschädigung.

Nach den dem Reichstage soeben zugegangenen Heberichten über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften hat sich die Zahl der Betriebsunfälle im Jahre 1901 wieder beträchtlich vermehrt. Es wurden insgesamt 476 260 Unfälle angemeldet gegen 454 341 im Jahre 1900. Den Berufsgenossenschaften fällt aber nur ein Bruchteil dieser Unfälle zur Last; die übergroße Mehrzahl davon müssen die Krankenkassen entschädigen, zu denen die Unternehmer nur ein Drittel der Beiträge leisten. Entschädigungen zu Lasten der Berufsgenossenschaften, Aufsichtungsbehörden und Versicherungsanstalten wurden ausgeworfen für 117 336 Unfälle gegen 107 054 im Jahre 1900.

Tödliche Unfälle ereigneten sich 8501 gegen 8387 im Jahre vorher; dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit hatten 1440 zur Folge gegen 1390.

Wie sich die Unfälle von Jahr zu Jahr vermehren, das zeigt an den Zahlen die für die gewerbliche Unfallversicherung angeführte Verhältnissberechnung der entschädigungspflichtigen Unfälle auf 1000 Vollarbeiter (300 000 Arbeitstage ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeiter). Danach wurden Entschädigungen ausgeworfen auf 1000 Vollarbeiter

im Jahre	1898	1899	1900	1901
für Unfälle	8,18	8,47	8,54	9,16

Das bedeutet eine relative Vermehrung der Unfälle um 12 Proz. in 4 Jahren. Weiter läßt sich diese Entwicklung nicht zurückverfolgen, da diese Berechnung vorher nicht ausgeführt wurde. Seit dem Jahre 1886 ereigneten sich insgesamt 1 032 054 entschädigungspflichtige Unfälle, von denen 98 692 tödlich verliefen, 31 952 dauernde völlige und 531 787 dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten. Dazu ist jedoch zu bemerken, daß darin die Unfälle nicht enthalten sind, die sich bei den Versicherungsanstalten der Bauerngenossenschaften ereigneten und die auch eine ganz stattliche Zahl bilden.

Die Unternehmer jammern über die großen Kosten, die ihnen die Unfallversicherung auferlegt. Ja, sollen die Hunderttausende Verunglückten, die ihre gesunden Knochen im Dienste der Industrie liegen, vielleicht hungern? Wie groß sind denn aber diese Kosten? Man operiert immer mit den Millionen, man sagt aber nichts von der Zahl der Opfer. Die „Lassen“ waren allerdings noch nie so groß wie im Jahre 1901, weil die Zahl der Unfälle noch nie so groß war. Und doch betrug die ganze Last nach der amtlichen Feststellung auf einen versicherungspflichtigen Arbeiter im ganzen Jahre nur 6,58 M. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften allein ist die Leistung allerdings höher infolge der höheren Beiträge, sie erreichte aber auch nur den geringen Betrag von 12,89 M. und auf einen Betrieb ganze 183,48 M., während auf 1000 M. anrechnungsfähiger Jahre 16,03 M. entfielen. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften betrug die schwere Last der Unternehmer auf einen versicherungspflichtigen Arbeiter im ganzen Jahre nur 2,35 M. und auf einen Betrieb 5,59 M.

Es gehört die ganze dreifache Unerschämtheit unsrer Unternehmertums dazu, angesichts solcher Lappalien von schweren oder gar unerschwinglichen Lasten zu jammern.

Zum Krankenversicherungs-Gesetz verlaute, daß der dem Bundesrat zugegangene Entwurf sich in der Hauptsache darauf beschränke, die Dauer der Krankentüchtigkeit auf 20 Wochen und die Unterstützung für Wöchnerinnen auf 6 Wochen auszubehalten sowie die Zulässigkeit der Nichtunterstützung der Geschlechtskrankheiten zu beseitigen. Es wäre sehr zu bedauern, wenn die Novelle nichts weiter bringen sollte. Die Krankenversicherung muß in allgemeinen leistungsfähiger gestaltet werden; diese Hauptaufgabe erwartet man von einer Reform des Gesetzes. Das als Inhalt der Novelle Angebotene wäre nur armseliges Fläwerg.

Zum Reklenschutz. In Gera wurden zwei Gastwirte von der Auflage der Uebertragung der Reklenschutzverordnung freigesprochen, weil die Leute, denen sie die vorgezeichnete Ruhezeit nicht gewährt hatten, „Waffentiers“ und nicht Reklener seien. Dabei wurde in einem Falle sogar festgestellt, daß der „Waffentier“ auch die Waffe bediente. Diese Waffentiers sollen angeblich selbständige Gewerbetreibende sein, da sie das Bier auf eigene Rechnung verschänken.

Die Lebenshaltung der Arbeiter.

Ein Berliner Maurer hatte im Jahre 1902, das für ihn ein sehr gutes Jahr war, bei 05 Pf. Stundenlohn 1532,36 M. verdient. Seine Frau verdiente mit Schneidern 89,60 M. Aus dem vorigen Jahre hatte die Familie 31,60 M. übrig, so daß sie eine Gesamteinnahme von 1666,56 M. hatte, eine Einnahme, die der größte Teil der Arbeiter nicht erreicht. Sehen wir, wo das Geld bleibt. Die Familie hat einen Knaben von 12 Jahren. Für das wöchentliche Kostgeld der Frau, wovon sie die tägliche Nahrung zu bestreiten hat und außerdem einen Teil der Feuerung (pro Woche 1/4 Scheffel Coaks) gingen 823,20 M. auf, so daß auf die Woche im Durchschnitt 15,83 M. entfielen. Für Wohnungsmiete — eine sehr kleine Stube

mit Küche in einem Vorort — 183 M. Für Wäsche, Kleidung, Schuhwerk und Wirtschaftsgüter (ausnahmsweise einen Anzug für den Mann, alles übrige fertig) die Frau selber an) 194,35 M. Winterheizung 21 M. Fahrgehalt des Mannes zur Arbeitsstätte 37,50 M. Steuern, Versicherungen gegen Krankheit, Invalidität, Sterbefall und Feuer, Gewerkschaft und politische Organisation 102,82 M. Abonnement auf den „Vorwärts“ und die „Modenwelt“, einige Broschüren und Schulbücher 24,90 M. Vergnügungen, Bier und Tabak für den Mann, Pasteten und Gaarfischchen, Unterhaltung einer alten Mutter 174,70 M. Persönliche Hilfeleistung und Medikamente 13,16 M. Insgesamt demnach 1574,52 M., so daß 91,74 M. übrig bleiben.

Dabei sind aber die Verhältnisse ungetöschlich günstig. Die Familie ist nicht groß, der Mann hatte verhältnismäßig guten Verdienst, die Wohnung ist billig und es kamen keine langen Krankheiten vor. Wie aber, wenn Arbeitslosigkeit eintritt, wenn statt eines Kindes drei oder vier vorhanden sind, wenn langwierige Krankheiten der Frau oder der Kinder eintreten, wenn für die Wohnung das Doppelte bezahlt werden muß, wie es in Berlin der Fall ist?

Wie sich die Ernährung der drei Personen gestaltet, das zeigt die nachfolgende Aufstellung, die ein typisches Wochenbudget giebt. Danach wurden verbraucht:

	M.	Hafermehl, Reis und andre	M.
Schwarzbrot	1,00	Gälsenfrüchte	0,70
Weißbrot	1,30	Kartoffeln	0,30
Fleisch	3,10	Grüne Gemüse	0,40
Wurst	2,80	Milch	1,60
Schmalz	1,05	Zucker	1 Pf. 0,30
Butter	0,90	Kalz- und Weizenmehl	0,33
Falg	0,40	Zwiebeln, Gewürz	0,05
Käse	0,32	Salz	1,10
Starkoffeln	10 Pf. 0,25	Seife, Petroleum, Streich-	
Weizenmehl	1 Pf. 0,19	hölzer	0,70

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 23. Januar. (B. T. V.) Eine aus Bismarck hier eingegangene von Maracibo, den 21. datierte amtliche Meldung des Kommodore Scheerer lautet: Am 17. wurde beim Passieren des Maracibo-Baars „Panther“ von Fort San Carlos unerwartet mit lebhaftem Feuer angegriffen. „Panther“ führte eine halbe Stunde lang Geschützfeuer durch, doch dann aber den Kampf wegen unangenehmer Schwierigkeiten ab. Um sofortige Strafe für Angriff folgen zu lassen, habe ich, zumal die venezolanische Regierung denselben als Erfolg proklamiert hat, mit „Vineta“ am 21. Fort San Carlos bombardiert und zerstört.

Jaurès über den europäischen Frieden.

Paris, 23. Januar. (B. T. V.) Deputiertenkammer. La Jaurès erklärt, die Regierung könne nicht gegen die Internationalisten einschreiten, denn diese bildeten einen wichtigen Bestandteil ihrer Mehrheit; Redner fragt schließlich Jaurès, den Führer der Sozialisten und Vizepräsidenten der Kammer, wie er sich verhalten würde im Falle eines Krieges mit Deutschland. Jaurès führt nunmehr aus, auf dem internationalen Gebiete gebe es viele Dinge, welche phantastisch zu sein scheinen, die aber jetzt Gehalt annehmen anfangen. Der thätigste und entgeltliche Friede beginne in Europa möglich zu werden. Es gebe nur drei Dinge, welche das Volk ärgerten: die Lüge, die Trägheit und das Fehlen von Idealen. Die Franzosen besäßen die Eigenschaften, die diesen Fehlern entgegengesetzt seien. Seit 33 Jahren habe es keinen großen Krieg in Europa gegeben. Es sei das erstemal, daß man einen so langen Frieden genieße, Frankreich hoffe, daß er noch lange andauern werde. Es gebe in Europa zwei große Bündnisgruppen; beide wünschten den Frieden und schon zeige sich der Keim der europäischen Alliance, die durch Arbeit und Frieden geschaffen werden würde. (Beifall links.) Es bestände eine fortschreitende Tendenz, ein friedliches Bemühen, welche man sowohl auf Seiten des Dreibundes wie des russisch-französischen Bündnisses feststellen könne. Redner hebt sodann hervor, der Dreibund sei geschaffen ohne eine ausgesprochene offensive Tendenz gegen Frankreich, sondern nur, um die für Frankreich schmerzlichen Ergebnisse des letzten Krieges unwiderstehlich zu machen. Marquis de Dion, welcher Jaurès unterbricht, wird zur Ordnung gerufen. Jaurès fährt alsdann fort, er glaube nicht mehr, daß der Dreibund in seiner Gesamtheit gegen Frankreich gerichtet und daß seit 31 Jahren überhaupt ein Angriff gegen Frankreich geplant worden sei. (Protestrufe auf der Rechten und in der Mitte des Hauses: mehrere Abgeordnete rufen: Und im Jahre 1875... Jaurès erwidert, bei Prüfung der Ereignisse von 1875 glaube er, daß diese ein gefährliches und tödliches Doppelspiel Bismarcks gewesen seien, um Frankreich zu beunruhigen.

Jaurès fährt fort: Bismarck war aber nicht entschlossen, diesen aggressiven Gedanken bis zum äußersten durchzuführen; Frankreich habe also nicht vor einer ausgesprochen aggressiven Organisation gestanden, sondern vor einer Organisation, welche den erworbenen Vorteil mehr mit Prudenz als mit einem direkten Angriffsplan festhalten wollte. (Mikrophon ruft dazwischen, er werde das Gegenteil beweisen.) Jaurès fährt fort, das würde beweisen, daß die Kraft des Friedens so stark war, daß sie über eine Organisation, welche den Kampf wollte, triumphiert hat. Warum suchte Deutschland heute mit uns friedliche und fast heraldische Beziehungen herzustellen? Warum habe Italien, welches seinen Vertrag erneuert hat, erklären können, daß dieser Vertrag nichts kriegerisches in sich befinde? Es giebt auch eine französische-türkische Allianz, fährt Jaurès fort: Prinzipiell habe ich nichts gegen dieses Bündnis. Wir haben nicht das Recht, uns durch die Unterschiede beeinflussen zu lassen, welche in politischer und sozialer Hinsicht zwischen beiden Ländern bestehen. Es handelt sich um ein Defensivbündnis, dazu bestimmt, den Frieden in Europa zu wahren. Man darf aber auch den Wert des Bündnisses nicht überschätzen. Frankreich hat in den Jahren von 1870—1892 auch ohne Bestand keine Macht wiederherstellen, seinen Rang bewahren und sich ein Kolonialreich schaffen können. Das Bündnis mit Rußland, das uns retten sollte, ist erst gekommen, als man sah, daß wir fähig waren, uns selbst zu retten. (Beif. Beifall links und in der Mitte. Mikrophon ruft dazwischen: Sie richten zur Zeit im Lande das größte Unheil an! Lärm.) Jaurès fährt fort: Es giebt nur eins das dem Lande Unheil zufügen kann, das ist, wenn man die Mißverständnisse fortpflanzen läßt, aus denen die Ueberrollungen, die Leiden entstehen. (Beifall links.) Die Nationalisten wollten sich der Alliance bedienen als einer Waffe im inneren politischen Leben. Das können wir nicht zugeben. Die französische Revolution wollte den allgemeinen Frieden, sie verabschiedete den Krieg. Heute ist der allgemeine Friede in Europa geschlossen. Ich habe volles Vertrauen zu seiner Dauer. Allerdings befindet sich Frankreich in einer schmerzlichen Lage, es hat eine Verurteilung erlitten, welche eine Rechtsverletzung war. (Beifall.) Wir werden den Triumph der Gewalt über das Recht niemals acceptieren können. (Beifall.) Aber die Heilung und die endgültige Lösung müsse von dem Frieden gebracht werden, der sich auf die gleichzeitige allgemeine Abrüstung stützt. Auf diese Weise würden die Elch-Köthlinger ihr Vaterland wiederfinden. (Beifall links.)

Berlin, 23. Januar. (B. T. V.) Das Gesamt-Ergebnis der Reichstags-Ergebnisse im 3. hannoverschen Wahlkreis ist folgendes: Engelen (C.) 14 724, Zholen (natl.) 2121, Gerlach (national-social) 1068, Schumann (Soz.) 112 Stimmen.

Hannover, 23. Januar. (B. T. V.) Seit 5 Uhr nachmittags steht die Gummifabrik The Dunlop Pneumatic Tyre u. Co. in Flammen. Das Fabrikgebäude ist rettungslos verloren.

Reichstag.

245. Sitzung. Freitag, den 23. Januar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitzung. Reichstanzler Graf Bülow, Freiherr v. Thielmann, Graf Posadowsky, v. Söfler, v. Tirpitz, Riederding, Kräfte.

Vizepräsident Graf Stolberg-Wernigerode: Es ist folgende Erklärung an den Reichstag von dem Herrn Grafen v. Ballestrem eingegangen. Die Erklärung lautet wie folgt:

In den deutschen Reichstag. Das führende Organ der konservativen Partei, die Neue Preussische Kreuz-Ztg., veröffentlicht in ihrer Nr. 34, Abendausgabe vom 21. Januar d. J. einen Artikel, welcher meine Geschäftsführung als Präsident des Reichstages, wenn auch mit verbindlichen Worten, so doch sachlich sehr scharf kritisiert und mißbilligt. Da es ausgeschlossen erscheint, daß dieser Artikel ohne Vorwissen der konservativen Partei veröffentlicht sein sollte, muß ich annehmen, daß er die Anschauungen dieser Partei richtig wiedergibt. Da nun die konservative Partei eine jener großen Parteien ist, welche meine Berufung auf den Präsidentenstuhl des Reichstages herbeigeführt und meine Geschäftsführung bis jetzt vertrauensvoll unterstützt haben, so geht für mich aus dem oben angeführten Artikel hervor, daß ich dieses Vertrauen nicht mehr in dem Grade besitze, wie ich es für notwendig halte, um die Geschäfte des Reichstages mit Erfolg zu führen.

Daher lege ich hiermit das Amt des Präsidenten nieder und in die Hände derjenigen zurück, welche es mir vor länger als vier Jahren übertragen, indem ich für alle mir während dieser Zeit gegebenen Beweise des Vertrauens ganz ergebenst danke.

Berlin, den 22. Januar 1903.

gez. Graf Ballestrem, bisheriger Präsident des Reichstages.

Vizepräsident Graf v. Stolberg: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete v. Normann.

Abg. v. Normann (L.): Ich erkläre namens der deutsch-konservativen Fraktion des Reichstages, daß der vom Herrn Grafen Ballestrem in seinem Schreiben erwähnte Artikel der Kreuz-Zeitung erschienen ist, ohne daß die Fraktion davon vorher Kenntnis genommen hat. Die Fraktion hat überhaupt niemals die Geschäftsführung des Grafen Ballestrem in ihren Sitzungen einer Kritik oder einer Besprechung unterzogen.

Abg. Dr. Sattler (natl.): Nach dieser Erklärung kann ich doch nicht unterlassen, meinerseits der Ansicht Ausdruck zu geben, daß der Artikel irgend eines Blattes nicht Veranlassung geben kann zu dem Schritt, den der Herr Präsident getan hat.

Vizepräsident Graf v. Stolberg: Ich werde bei Verlesung der nächsten Tagesordnung auf diese Erklärung zurückkommen, um die Wahl des Präsidenten des Reichstages für die nächste Tagesordnung vorzuschlagen. Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abg. Singer.

Abg. Singer (Soc.): Herr Präsident, ich bitte um die Erlaubnis, mit einigen Worten auf den soeben stattgehabten Vorfall einzugehen zu dürfen. Herr Graf v. Ballestrem hat in seinem Schreiben hervorgehoben, daß ein Artikel der Kreuz-Zeitung, von dem er annimmt, daß die konservative Fraktion davon Kenntnis hatte, ihn veranlasse, sein Amt niederzulegen, und zwar weil ihm scheinbar, daß er nicht mehr das Vertrauen der konservativen Fraktion habe. Herr Graf v. Ballestrem hat in seinem Schreiben ausdrücklich darauf Bezug genommen, daß die konservative Fraktion eine von denjenigen ist, die ihn gewählt und wiedergewählt haben. Zu diesen Fraktionen, die den Herrn Grafen v. Ballestrem gewählt und wiedergewählt haben, gehört auch die sozialdemokratische Fraktion. Ich bin, nachdem die übrigen Herren aus dem Hause gesprochen und den Eindruck erweckt haben, als ob sie der Meinung sind, daß sich in ihrem Verhältnis zum Herrn Grafen von Ballestrem nichts geändert habe, doch verpflichtet, meinerseits namens meiner Fraktion zu erklären, daß allerdings Herr Graf von Ballestrem durch die Präsidialführung bei den letzten Vorgängen unser Vertrauen verloren hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Bewegung.)

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Die Generaldebatte über den Etat wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Dertel (L.):

Auf die gestrigen Ausführungen des Abg. Bebel werde ich nicht ausführlich eingehen. Das wäre bedenklich, denn wozu sollte es führen, wenn wir nicht bloß über die Person des Kaisers, sondern „wissenschaftlich“ mit dem Kaiser selber persönlich hier diskutieren wollten. Außerdem ist eine Debatte mit Herrn Bebel doch aussichtslos, da er sich nicht überzeugen läßt. Wer die Institution der Monarchie bekämpft, stellt sich nach allen Gesetzen der Logik außerhalb der Verfassung, und wer sich außerhalb der Verfassung stellt, der hat nach allen Gesetzen der Logik hier nicht mitzuraten. (Lebhafte Zustimmung bei den Konservativen.) In dieser Beziehung siehe ich ganz auf dem Standpunkt des Herrn v. Kröner. Nun hat Herr Bebel gestern gesagt, wir bekämpfen nicht die Person des Fürsten, sondern die Institution der Monarchie. Das mag theoretisch ganz richtig sein. Das Volk aber denkt konkret. Es kann sich eine Institution immer nur in der Person des Trägers vorstellen. In den sozialdemokratischen Blättern finden sich die scharfen Angriffe nicht nur gegen die Form der Monarchie, sondern auch gegen die Person des Monarchen. Der Gegensatz zwischen uns und der Sozialdemokratie ist unüberbrückbar. Die konservative Partei sieht unverrückbar auf dem Boden der Monarchie, aber gerade aus diesem Grunde kommen wir im Interesse der Monarchie manchmal zur Opposition gegen die Krone. Zur Majestätsbeleidigung aber ist ein konservativer Mann nicht fähig, ist er dazu fähig, dann ist er kein konservativer Mann (Heiterkeit links). Sehr wahr! rechts.) Herr Bebel hat ein distanzes Bild vom Byzantinismus in Deutschland entworfen, es giebt aber auch einen Byzantinismus nach unten hin gegenüber den Massen (Sehr richtig! rechts). Er meinte, bei uns kriecht alles. Nun ich weiß nicht, ob Sie mich dieser Bewegung für fähig halten. (Große Heiterkeit.) Wir stehen stets aufrecht und werden uns stets mit Entschiedenheit dagegen wehren, daß die Grundlagen der Monarchie erschüttert werden. (Bravo! rechts.)

Nun ein paar Worte an meinen Nachbar Herrn v. Kardorff. Seine Abrechnung mit dem Bund der Landwirte ist ja recht milde ausgefallen. Ich erlaube ja den Vorwurf an Jahren, den Herr v. Kardorff vor mir hat, gern an, aber wenn er einem Mann wie mich, dessen hässliche Haare bereits weiß zu werden beginnen, nachsagt, er wäre noch grün, so macht das einen fast wehmütigen Eindruck. (Heiterkeit.) Ich wünschte wirklich, ich wäre etwas grüner als ich in der That bin.

Der Etat selbst bedarf dringend der Arbeit des Reichstages in der Kommission. Freilich so gerechte Forderungen, wie z. B. das erwartete Militärpensions-Gesetz, dürfen darunter nicht leiden. Manche Ausgaben, wie die für die Weltausstellung in St. Louis mögen erwünscht sein, aber sie sind nicht notwendig. Daß aus der Reform des Vorkriegesetzes in dieser Legislaturperiode noch etwas wird, glauben wir nicht, kommt aber die Novelle, so werden wir alles thun, um durch Einführung verschiedener Strafbestimmungen aus einer lex imperfecta eine lex perfecta zu machen. Aber auch das Berliner Tageblatt, das in diesen Sachen eine leistungsfähigere Rolle hat als Abg. Dr. Sattler (Heiterkeit), glaubt nicht an die baldige Vorlegung einer Vorkriegesgesetz-Novelle.

Für eine Reichs-Finanzreform wird in der jetzigen Legislaturperiode keine Zeit mehr sein. Ob später daraus etwas wird — theon en gounasi keital (das liegt im Schoße der Götter.)

Was die äußere Politik anlangt, so gehöre ich zu denjenigen, die die Festsetzung in China nicht besonders freudig begrüßt haben. Wir müssen möglichst bald aus China — abgesehen von Kiautschou — mit heiler Haut herauszukommen suchen. Die erwähnte Steigerung des Handels mit China ist nicht eingetreten. Von einer Deckung der Kriegsschuld träumen nur noch die größten Optimisten. Die Räumung Shanghai war für uns keine angenehme Sache. Sie hat bewiesen, daß der Yang-tse-Vertrag und sehr wenig genügt hat. Selbst die Köln. Ztg. bezeichnet das Resultat dieses Vertrags für uns als eine Art diplomatische Schlappe.

Betreffs Venezuela siehe ich auf einem ganz andern Standpunkt als Abg. Bebel. Während der Normalmenschen sich in vielen Fällen auf die Seite des Vaterlandes stellt, ist Abg. Bebel fast stets auf der Gegenseite zu finden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) So gerade bin ich nicht — ich stehe in Zweifelsfällen auf der Seite meines Vaterlandes. Manche Bedenken sind durch die Reden des Reichstanzlers beseitigt worden. Heute sprechen dort die Kanonen — es wäre sehr erwünscht, wenn der Herr Reichstanzler uns etwas über den heutigen Stand der Dinge sagen möchte. (Sehr richtig! rechts.) Die Zeitungen erhalten lange Kabeltelegramme. Man hört förmlich die Schiffskanonen donnern und sieht das Fort rauchen. Aber das auswärtige Amt weiß von nichts. Wenn es möglich ist, möchte ich den Reichstanzler oder den Staatssekretär des Auswärtigen bitten, uns Klarheit über die Situation zu geben. Ich rate den verhandeltenden Regierungen, nicht zurückzuweichen, ehe wir unsere Forderungen durchgesetzt haben. Man glaubt im Volke vielfach, daß wir mit Paulen und Trompeten in eine Sache hineingehen und nachher still und betroffen bei Seite weichen. (Sehr gut!) Was unser Verhältnis zu Großbritannien anlangt, so sind trotz der hübschen Rede des Reichstanzlers diese englische Mächtigkeiten nicht freundlicher geworden. Das „Wolffsche Bureau“ schweigt ganz von diesen Unfreundlichkeiten, aber man erfährt es auf andere Weise. Selbst die größten Liebeswörterlichkeiten haben diesen Herren gegenüber keinen Erfolg. Der Reichstanzler selbst hat die deutschfeindliche Kundgebung eines „wildgewordenen Poeten“ erwähnt. Nach meiner Meinung ist dieser Poet, als er noch zehn war, niemals besonders begabt und besonders trefflich. Aber freilich, es gab maßgebende Persönlichkeiten, die ein andres Urteil darüber hatten als ich. (Heiterkeit.)

Die Herren Felix Dahn und Willdenbruch hätten sich nicht erst in dichterische Unkosten zu fügen brauchen gegenüber einem solchen wildgewordenen Poeten. Aber die Aufnahme, die das Gedicht in England gefunden hat, ist der beste Beweis für die dortige Volkstimmung, und die Volkstimmung ist eine imponderabile, mit dem gerechnet werden muß. Der Herr Reichstanzler sprach von den Ächzeln. Citate sind gewiß ein schöner Schmuck der Rede, aber manchmal sind sie auch gefährlich und die Umkehrung des Citats von den Ächzeln war gefährlich. Ein Delirium war unsere Stimmung im südafrikanischen Kriege nicht, im Gegenteil der Ausdruck einer allgemeinen sittlich gerechten Empörung, und wir würden geradezu — verzeihen Sie den scharfen Ausdruck — Hundsdörter sein, wenn wir dieser Stimmung nicht Ausdruck verliehen. Wer sind denn aber die Ächzeln, die den Groll der Engländer erregt haben? Wir befinden uns da in holländiger Gesellschaft. Der Herr Reichstanzler ist selbst ein Ächzeln, ein Oberächzeln. Nach seiner bekannten Grant-beiherede hat die englische Presse auch gezuckt, nach alter Weiber Art, wie jetzt. Und es giebt noch andre Ächzeln. Wer hat denn den Groll Englands mehr erregt als der, der seiner Zeit das hochherzige Telegramm nach Jamesons Einfall fortbande, und als der, der den hochherzig schönen Entschluß faßte, die Boerengenerale hier zu empfangen? Gefährlich worden ist auch bei uns, aber drüber unendlich viel mehr. Ich empfehle dem Reichstanzler die Revüire der englischen Blätter bis heute.

Ich komme mit wenigen Worten zur inneren Politik. Die Vorgänge der letzten Tage haben in uns allen den Wunsch erweckt, daß es möglich sein möge, recht bald zu der alten Gesploggenheit zurückzukehren, daß die Verion des Kaisers der parlamentarischen Kritik entzogen wird. (Sehr wahr! rechts.) Dazu muß auf allen Seiten das Geschehen, was die Voraussetzung für diesen Entschluß sein muß. Wenn politische Erörterungen in programmatischer Weise, in specialisierter Form, wenn Kritik an einzelnen Parteien und Vorgängen, wenn Gesetzgebungsarbeiten und Absichten erörtert werden, breit, eingehend, dann kann der Reichstag beim besten Willen an einem derartigen Conciliabulo nicht vorbeigehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es also werden soll, muß der Reichstag und andre Stellen Hand in Hand arbeiten. Ich möchte, daß das den Stellen ans Herz gelegt werde, die in Betracht kommen. Dem Herrn Reichstanzler kann ich den Vorwurf nicht ersparen, daß die Art, wie er gestern Angriffe auf die Person des Kaisers zurückwies, die Dineinbeziehung dieser Person nicht gehindert, sondern vielleicht noch gefördert hat. Das war der Eindruck unserer Seite. Von seiten der Linken wurde diese Dineinbeziehung auch beklagt, aber die Presse der Linken kolportiert nicht nur authentische bekante Reden, sondern auch ungeliebte Worte, wenn sie in ihrem Sinne ausgenutzt werden können. Auch das muß bleiben, wenn wir uns wieder auf guten konstitutionellen Boden stellen wollen. Freilich haben wir diesen Boden thatsächlich noch nicht verlassen. Es ist nichts geschehen, das als Verletzung der Verfassung erklärt werden könnte. Wähle, sage ich, nicht könnte. Wenn aber die Dinge so weiter treiben, so ist die Aufrechterhaltung unserer Verfassung und die Wahrung des verfassungsmäßigen Scheines außerordentlich erschwert. Das deutsche Volk will allerdings weder einen Bonapartismus nach französischem, noch ein Scheinkönigtum nach englischem Muster. Es will persönlich in seiner Seele erfüllt sein. Aber Wilhelm I. der große Kaiser, war auch durchaus kein Schattenkaiser. Selbst die härteste Individualität hat die Möglichkeit, sich zu betätigen und auszuleben innerhalb der Schranken der Verfassung. Der König soll die Seele der Regierung sein — wenn er die Regierung selbst sein will, so diminiert er seine Stellung. In seiner Hand sollen alle Fäden zusammenlaufen, wenn er aber die Fäden selbst spinnen will, so vermindert er seine Stellung. Das sage ich ganz theoretisch, ohne Bezug auf unsere Verhältnisse. Wenn demgemäß gehandelt wird, dann können wir jede Dineinbeziehung der Person des Kaisers in den parlamentarischen und politischen Kampf meiden. Wollte Gott, wir könnten es! Wir würden es mit Freunden thun und müssen es thun. Mag der Fürst noch so hoch stehen, mag das, was er sagt, noch so gut und klar und prächtig sein, die Dineinbeziehung seiner Person in den Kampf des Tages muß auf die Dauer die Festigkeit, das Ansehen und die hohe Stellung des Königtums schädigen. (Sehr wahr! rechts.)

Der Reichstanzler thut gewiß nicht nur, was seines Amtes ist, sondern mehr. Aber er mag es nicht übel nehmen, wenn trotzdem hier und da eine gewisse Sehnsucht nach dem Fürsten Bismarck Platz greift. Ich glaube, manchmal empfindet Graf Bülow selbst eine solche Sehnsucht nach den Zeiten Bismarcks. (Heiterkeit.) Der Reichstanzler steht viel zu hoch, als daß er sich dadurch persönlich beleidigt fühlte. Gewisse Imponderabilien kann man nicht schaffen, auch nicht, wenn man der Klugheit und begabteste Mann ist. Auch Abgeordnete Richter hat dieser Sehnsucht Ausdruck verliehen und selbst Herr Schröder sagte: „Wenn nur Bismarck wieder da wäre, der würde die vermaledeiten Agrarien ganz anders zur Raison bringen.“ (Heiterkeit.) Diese Sehnsucht bedeutet kein Misstrauensvotum gegen die jetzige Regierung, sondern nur den

dringenden Wunsch, daß man möglichst in den Bahnen des Fürsten Bismarck wandeln möge. Wir können aber die Individualitäten und Zeiten nicht ändern.

Gewundert habe ich mich darüber, daß der Reichstanzler vorgestern dem Reichstag das sogenannte Klotzgesetz auf dem Präsentierteller entgegenbrag. Das erinnert an die Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine unmittelbar nach dem Armenüberbegräbnis der sogenannten Fachhausvorlage. Ich bin gewiß ein Freund des Wahlheimnisses, aber sind die vorgeschlagenen Mittel, der Zfolterraum und die Wahlcouverts, würdig, zweckmäßig und durchführbar? Werden sie nicht zu unzähligen Wahlprotesten führen? (Lebhafte Zustimmung bei den Konservativen.) (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wer soll die Kosten tragen? (Lebhafte Zwischenrufe links.) Die Vorschläge müssen gründlich erwogen werden. Dazu ist jetzt kurz vor den Wahlen doch keine Zeit. (Lebhafte Zustimmung bei den Konservativen.) Warum ist man nicht früher damit gekommen. Mit dem Ziel, größere Sicherung der Wahlfreiheit, sind wir Konservativen einverstanden, mit den vorgeschlagenen Mitteln nicht. (Bravo! bei den Konservativen.) Mit einer befremdeten Fortführung der Sozialreform sind wir einverstanden. Dagegen lag, offen gelanden, kein genügender Grund vor, die Raubbewerkung des Kaisers über die deutsche Bourgeoisie hier mitzutheilen. (Zustimmung rechts.) Es ist das eine Bemerkung, die bei dem Teile der Bourgeoisie, der für die sociale Reform schwere und schwere Opfer gebracht hat, ein dumpfes Mißtrauen erregen muß. (Bravo! bei den Konservativen.) Diesem Teil der Bourgeoisie gegenüber war ein Wort größerer Anerkennung geboten. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Aber die Arbeiterbewegung ist nur ein letztes Mittel, um den sozialen Verfall zu verhindern. Das muß an der Quelle bekämpft, es muß verhindert werden, daß nicht immer wieder selbständige Existenzen ins Proletariat hinabsinken. (Abg. Singer: Wie wollen Sie denn das machen?) Eine sociale Reform ohne Mittelstandsbeschäftigung ist nutzlos. Leider geschieht sehr wenig für das Kleingewerbe. Wo bleibt der längst versprochene Schutz gegen das Ausverkaufswesen? Die selbständigen Existenzen, das ist der wirkliche Mittelstand, nicht das Professorenprodukt, der sogenannte neue Mittelstand. Der wichtigste Bestandteil des selbständigen Mittelstandes aber ist die Landwirtschaft. (Bravo! rechts.) Durch die Zustimmung zum Zolltarif hat man sich auf Gnade und Ungnade in die Hand der Regierung gegeben, weil der Termin des Inkrafttretens aus dem Gesetz gestrichen ist. Wir sind nun mißtrauisch geworden, weil der 1. Januar gekommen ist, ohne daß die Handelsverträge von der Regierung genehmigt worden wären. (Sehr richtig! rechts.) Weiter hören wir vom Bundesratsitzung und in der offiziellen Presse Versicherungen über unsere handelspolitischen Beziehungen, die das nötige Selbstbewußtsein vermissen lassen. Ich kam mir den Herrn Reichstanzler gewiß nicht in der Wüste des Indiens vorstellen, der mit dem Tomagawil herumspringt (Heiterkeit), wir können höflich sein, aber wir dürfen nicht immer betonen, daß wir unter allen Umständen Handelsverträge brauchen. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen uns und andere stets vor Augen halten, daß wir der beste Käufer in der Welt sind. Unser Mißtrauen hat auch die Art erregt, wie die Brüsseler Indexkonvention von uns zuerst und mit so großer Eile, als wollte man jemand einen besonderen Gefallen thun, ratifiziert wurde. Ein weiteres Mätklein aus dem Mätklein meines Vertrauens fiel, als ich gestern las, daß Amerika gegenüber die Untersuchung mit Chlor präparierten Fleisches bis zum 1. April nächsten Jahres nicht erfolgen solle. — Es ist sehr zweifelhaft, ob überhaupt noch für die Landwirtschaft günstige Handelsverträge mit dem angenommenen Tarif abgeschlossen werden können. Herr Handelsminister Müller hat in Köln von realen Modifikatoren gesprochen, die die Regierung nicht außer acht lassen dürfe. Es war nicht ganz klar, was er damit meinte. Der wirkliche, stärkste und realste Modifikator in unserem wirtschaftlichen und politischen Leben ist jedenfalls und bleibt die Landwirtschaft. Sie ist die Grundlage und Vorbedingung jeder kulturellen Entwicklung in Deutschland.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Der Herr Vorredner hat einen ziemlich scharfen Angriff gegen den Herrn Reichstanzler gerichtet, weil er in Aussicht gestellt hat, einer Forderung des Reichstages nachzugeben, die viermal mit großer Majorität in diesem Hause gestellt worden ist; nämlich darauf, das Wahlgesetz in der Weise zu ändern, daß jedes Mißtrauen beseitigt wird, als sei die Wahl, die gesetzlich geheim sein soll, keine geheime. Man kann zum allgemeinen Wahlsrecht stehen wie man will, wer ein Gegner desselben ist, hat die Verpflichtung, das offen auszusprechen (Sehr richtig! links) und daraus die politischen Folgerungen zu ziehen. Wer aber erklärt, auf dem Boden des Wahlsrechts zu stehen, wie es dem deutschen Volke bei Erlass der Verfassung gewährleistet worden ist, der kann daraus gegen seine Regierung einen Angriff herleiten, weil sie das Wahlsrecht so gestaltet hat, daß es wirklich ein geheimes ist. Es hat sich in weiten Kreisen unabweisbar — ich lasse dahingestellt, ob mit Recht oder Unrecht — der Verdacht eingebürgert, daß bei der jetzigen Handhabung des Wahlsrechts die Geheimhaltung der Stimmgabe nicht genügend garantiert sei (Lebhafte Zustimmung links), weil die Wahlvorsteher oder die Beisitzer aus der Farbe oder der Gestalt der Zettel ersehen könnten, für wen die betreffende Stimme abgegeben war. (Lebhafte Zustimmung links. Große Unruhe rechts.) Abg. Graf Hanig: Ist ja nicht wahr! Jurist bei den Sozialdemokraten: Sehen Sie sich doch die Wahllisten an! Volenz! Volenz! Dieses Mißtrauen hat sich eingeschlichen. (Wiederholte lebhafte Zustimmung links.) Die Wahrheit dieses Hauses hat in vier verschiedenen mit großer Majorität angenommenen Beschlüssen diesem Mißtrauen Ausdruck verliehen. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn daher eine Regierung, um die Gründe zu diesem Mißtrauen zu beseitigen, Vorschläge macht, die einfach dahingehen, daß der Wahlvorstand oder dritte Personen nicht mehr kontrollieren können, für wen eine Stimme abgegeben ist, so verfährt dabei die Regierung lediglich nach dem Geiste und Sinne des verfassungsmäßigen allgemeinen Wahlsrechts. (Stürmischer Beifall links.) Die Anträge des Reichstages sind jedes Jahr dringender geworden. (Sehr wahr! links.) Wenn die Regierung das allgemeine geheime Wahlsrecht wirklich zu einem geheimen gestalten will, so erfüllt sie damit lediglich eine sittliche Pflicht. (Lebhafte Zustimmung links. Große Unruhe rechts.) Forderungen, die man für berechtigt hält, soll man erfüllen, und die, die mit dem Staatsinteresse unvereinbar sind, soll man a limbo und für immer abweisen!

Es ist gesagt worden, wir trieben keine Mittelstandspolitik. Ein großer Teil der von der Regierung getroffenen Maßnahmen, namentlich auf dem Gebiete der Gewerbesteuer, liefert aber den Beweis dafür, daß wir gewillt sind, den Mittelstand zu erhalten und zu fördern, die der moderne Staat überhaupt nur bieten kann. Aber wir können den Mittelstand künftig nicht mit gesetzlichen Mitteln erhalten, das mit den Grundfragen des modernen Staates vollkommen unvereinbar sind. Wir können nicht belassen, was nicht mehr zu belassen ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir können keinen allgemeinen Beschäftigungsnachweis einführen (Sehr richtig! links), der mit der Gesamtgestaltung unseres Erwerbslebens unvereinbar ist. (Sehr wahr! links.) Höhere Einzelheiten will ich beim Etat des Reichsamtes des Innern vorbringen.

Es sind weiter lebhaftige Angriffe gegen den Reichskanzler gerichtet worden über die Neuerungen, die er über unser Verhältnis zu Russland abgeben hat. Ich halte es nicht für empfehlenswert, diese Verhältnisse fortgesetzt zum Gegenstand der parlamentarischen Kritik überhaupt zu machen. Wir wollen auch jetzt erst zeigen, ob wir die Kraft haben, das durchzusetzen, was wir für notwendig und richtig halten, was wir in den Verhandlungen mit den anderen Staaten durchzusetzen gewillt sind. Aber schon jetzt darüber große Vorschläge und Versprechungen zu machen, halte ich von meinem Standpunkt aus für falsch.

Weiter ist die Brüsseler Konvention herangezogen worden. Wenn wir alles so ideal gestalten könnten, wie einige Parteien das für notwendig und nützlich halten, so würden wahrscheinlich manche Verträge und Vorlagen wesentlich anders ausfallen. Noch heute steht die Regierung auf dem Standpunkt, daß der Beitritt zur Brüsseler Konvention für die Zuckerindustrie die bei weitem heilsamste Maßregel war. (Sehr richtig! links.) Daß man auch in anderen Staaten dieser Meinung ist, sehen Sie aus der Tatsache der einstimmigen Annahme dieser Konvention in anderen Parlamenten. Wenn auf gewisse Differenzen in den Erklärungen unserer Kommissare und anderer Regierungen hingewiesen wird, nun, so sind das verschiedene Ansichten, verschiedene Auslegungen, und was sie für praktische Wirkungen haben, wird die Erfahrung lehren. Es ist ja auch vor allem in Rücksicht auf die Ausgleichsprämien ein Schiedsgericht ausdrücklich eingefügt, und dieses Schiedsgericht wird über solche Differenzen zu entscheiden haben.

Noch einige Worte über die Landwirtschaft. Wenn man den redegehabten Herrn Vordredner zu reden hörte, dann müßte man angefaßt der jahrelangen Kämpfe um den Zolltarif und angefaßt alles dessen, was die Regierung für die Landwirtschaft zu Gunsten der Landwirtschaft getan hat, einen etwas eigentümlichen Eindruck gewinnen. Auch wir sind gerade so wie der Vordredner davon überzeugt, daß die Landwirtschaft die wichtigste Grundlage des Staates ist. Aber keine Regierung kann die Landwirtschaft einseitig schützen und das Interesse anderer Erwerbsstände vollständig außer acht lassen. Der Vordredner hat uns vorgelesen, daß der Zolltarif nicht die berechtigten Wünsche der Landwirtschaft erfüllt habe. Ich bin der festen Überzeugung, daß in absehbarer Zeit keine Regierung und keine politische Situation kommen wird, die Ihnen (nach rechts) jemals einen so weitgehenden Schutz der Landwirtschaft gewähren wird, wie es der Zolltarif getan hat. (Lebhafte Zustimmung links.) Es ist eine Täuschung, wenn man in Lande Auffassungen zu verbreiten sucht, die für alle Zukunft unrealisierbar sind. (Lauter rechts.) Die Verhältnisse werden fortgesetzt ungünstiger für die Landwirtschaft: die städtische Bevölkerung vermehrt, die ländliche Bevölkerung vermindert sich, die Relation zwischen beiden wird immer ungleicher, das findet in den Wahlen seinen Ausdruck. Die Regierung hat den letzten Moment ergriffen, der noch blieb, wenn man für die Landwirtschaft etwas thun wollte, und die landwirtschaftliche Bevölkerung sollte diese Tätigkeit anerkennen. Herr Dertel sagte, die Landwirtschaft sei der Regierung auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Ja, wollen Sie denn das, was bei den internationalen Verhandlungen schwieriger Natur, wo es sich um die Regelung unserer handelspolitischen Beziehungen handelt, der Majorität des Reichstags auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sehen. Das ist keine Auffassung, die dem Begriff von der Stellung der Exekutive im monarchischen Staate entspricht. Wir wollen allerdings mit vollem Bewußtsein volle Freiheit für die Verhandlungen haben, da wir allein dafür die Verantwortung tragen. Deshalb müßten wir im Interesse des Vaterlands den Zeitpunkt bestimmen können, wann wir neue Handelsverträge unterzeichnen können. An diesem Standpunkt mußte die Regierung selbst auf Gefahr des Scheiterns der ganzen Zollaktion festhalten. Die Regierung hat das gute Gewissen, daß sie für die Landwirtschaft getan hat, was überhaupt für die Landwirtschaft erreichbar ist. Wer draußen den Klagen den Glauben beibringt, daß die Regierung nicht alles für die Landwirtschaft getan habe, der thut der Staatsverwaltung im Reiche und in Preußen keinen guten Dienst. (Sehr wahr! bei den National-Liberalen.)

Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherr v. Richthofen:

Herr Dr. Dertel hat den Wunsch geäußert, vom Auswärtigen Amt nähere Mitteilungen über die Sachlage in Venezuela zu erhalten. Ich entspreche dem Wunsch gern. Daß wir mit kräftigem Eifer dort vorgegangen sind, acceptiere ich gern, daß wir mit Kanonen und Trompeten drauf gefahren hätten, kann ich in keiner Weise acceptieren. Wir sind vielmehr in dieser ganzen Angelegenheit in unsrer Langmut bis an die äußerste Grenze gegangen. Venezuela hat nicht nur Schulden gegenüber Reichsangehörigen nicht bezahlt, sondern es hat sich auch Gewaltthatigkeiten gegen Deutsche und deutsches Eigentum zu schulden kommen lassen. Auf diplomatischem Wege gelang es uns nicht, irgendwie vorwärts zu kommen, weil von seinen Venezuelas unsre Forderungen kurzweg als widersinnig, frevelhaft und ungewöhnlich bezeichnet wurden. (Hört! hört!) Wir haben bereits im Juli 1901 den Vorschlag gemacht, die Regelung der Ansprüche dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. (Hört! hört!) Es war damals zufällig keine Revolution in Venezuela und Präsident Castro hätte den Vorschlag ruhig annehmen können. Das geschah aber nicht. Es ist dann von einer völlerrechtswidrigen Aneignahme venezolanischer Schiffe gesprochen worden. Mit Eröffnung der Blockade war der Kriegszustand zwischen uns und Venezuela geschaffen. Unsere Marine hat also nach dem Völlerrecht vollständig recht, die venezolanischen Handelsschiffe mit Beschlagnahme zu belegen. Das gleiche haben England und Italien getan. Die gegenwärtige Sachlage ist so, daß der von Venezuela gewählte Bevollmächtigte und Unterhändler in Washington angekommen ist und schon Besprechungen mit den Vertretern Deutschlands, Englands und Italiens gehabt hat. Wir können nur wünschen, daß diese Verhandlungen baldmöglichst zum Ziele gelangen und daß die Blockade aufgehoben werden kann. So lange sie besteht, haben freilich die Blockadeträfte die unbedingte Verpflichtung, ihrer Blockade Achtung zu verschaffen. Das ist vorausichtlich auch der Zweck des jetzigen Vorgehens unsrer Schiffe im Hafen von Maracaibo. Wir sind ohne jede direkte Nachricht darüber, wir haben kein einziges Telegramm des Kommandanten Scheber erhalten. Das ist auch absolut erklärlich und kann gar nicht anders sein, denn unsre Schiffe sind kriegerisch engagiert und können keine Nachricht nach der Küste senden. Ich glaube aber, Ihrer aller Ansicht wird dahin gehen, daß wir das volle Vertrauen haben können, daß der Kommandant in voller und richtiger Würdigung der Sachlage gehandelt und lediglich die Wahrung der Ehre unsrer Reichsflagge im Auge gehabt hat. (Bravo!)

Abg. Graf Oriola (natl.) bestreitet gegenüber dem Abg. Liebermann v. Sonnenberg, daß einzelne nationalliberale Abgeordnete beim Zolltarif gegen den Fraktionsbeschluss gehandelt hätten. Die Anhänger der nationalliberalen Partei rekrutierten sich aus den verschiedensten wirtschaftlichen Kreisen und ihre Mitglieder würden stets genügende Freiheit zur Wahrung ihres Standpunktes in wirtschaftlichen Fragen haben. Redner wünscht des weiteren dringend die baldmöglichste Vorlegung eines Militär-Pensionsgesetzes. Eine Masse von Petitionen, selbst von Generalen z. D. kommen an uns, die sich über die unbilligen Zustände auf dem Gebiete des Militär-Pensionswesens beklagen. Die machtvollen Politik Amerikas, von der Herr v. Kollmar sprach, ist eine Folge seiner starken maritimen Bedeutung. Amerika hat uns nicht nur auf industriellem Gebiete überflügelt, sondern ist uns im Falle eines Krieges mit seiner großen Flotte sehr überlegen. — Redner verlangt im weiteren die baldige Vorlegung eines Militärpensions-Gesetzes.

Abg. Dr. Hahn (B. d. L.):

Die Fälle des neuen Zolltarifs sollen keine Finanzzölle sein, sondern Schutzzölle. Der Zolltarif soll die reichlich schaffenden Arbeiter, die für den Landmarkt arbeiten, in ihrer bedrängten Lage schützen. Gegenüber dem was Graf Pofadowsky über den

Mittelstand gesagt hat, möchte ich, in die ganze Mittelstandspolitik der Regierung mit einem Wort zu kennzeichnen, das Wort Wädereiberordnung nennen. (Lachen links.) Die sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung, die den arbeitenden Klassen helfen sollen, belasten überhaupt den Großindustriellen nicht so sehr, um so mehr aber den Kleinindustriellen und Handwerker. Der Beschäftigungsnachweis ist für eine große Reihe Gewerbe eine Notwendigkeit geworden. (Widerstand links.) — Die Ausführungen meines Freundes Dertel über die Brüsseler Konvention hat Graf Pofadowsky nicht widerlegen können. — Staatssekretär v. Thielmann schwamm 1899 buchstäblich im Gelde und gab auf die Prophezeiungen bedeutender Volkswirtschaftler, die die jetzt herrschende Krisis bereits damals ankündigten, nicht. Ich weiß nicht, ob die Flottenvorlage damals zu Kunde gekommen wäre, wenn die Regierung den wirtschaftlichen Niedergang und die damit verbundene schlechte Finanzlage in Betracht gezogen hätte. Wir haben zu der Regierung heute nicht mehr das Vertrauen, daß sie bei künftigen Handelsverträgen die Landwirtschaft in genügender Weise vertreten wird. Die Annahme des Zolltarifs sollte verhüten, daß die nächsten Wahlen unter dem Zeichen des Protektors vor sich gingen. Ich bezweifle, daß die Sozialdemokraten durch die Annahme des Tarifs schlechter abschneiden werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich leugne gar nicht, daß die Sozialdemokratie den einen oder andern Wahlskreis noch erobern könnte. Andererseits haben wir aber durch die verkehrte Mittelstandspolitik der Regierung den kleinen Bürgermann für uns bekommen. Dadurch ist unsre Position gegenüber der Sozialdemokratie ganz außerordentlich geschwächt worden. Durch eine vernünftige Sozialpolitik muß man der Sozialdemokratie das Wasser abgraben und wenn wir das Schindkatzenwesen bekämpfen und die damit verbundenen großen Preisschwankungen und Arbeitslosigkeit, so werden wir noch viele industrielle Arbeiter für uns gewinnen. Nur so ist eine wirkliche Bekämpfung der Sozialdemokratie möglich. Wir werden bei den kommenden Handelsverträgen einen ausreichenden Schutz der Landwirtschaft fordern und mit dieser Forderung in den Wahlkampf eintreten. Die wichtigsten Minimalzölle, die von der Kommission beschlossen waren, müssen in den Handelsverträgen enthalten sein. Ich konstatiere, daß die deutsch-konservative Fraktion sich in dieser Beziehung durchaus auf den Standpunkt des Bundes der Landwirte gestellt hat. (Hört! hört! links.) Bei den kommenden Wahlen werden unsre Vertrauensmänner sich besonders scharf die nationalliberalen Kandidaten ansehen müssen. Gegen die Nationalliberalen an sich haben wir nichts, habe ich doch im Jahre 1893 in Hannover zusammen mit Dr. v. Miquel an einem schönen Frühlingabend die Organisation des Bundes der Landwirte verabredet und vorbereitet! Aber neuerdings bringen es die Nationalliberalen fertig, Mitglieder des Handelsvertragsvereins und des Bundes der Landwirte in ihren Reihen zu vereinigen! Gegenüber solchen Wismarspartei ist ein gewisses Mißtrauen angebracht. Dem Centrum möchte ich raten, möglichst viel agrarische Kandidaten aufzustellen. Diese werden wir gern unterstützen. Die freisinnig angehauchten Centrumsmitglieder dagegen — auch solche giebt es ja leider — können natürlich nicht auf unsre Unterstützung rechnen. (Weißfall rechts.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Auch ich werde keinem Handelsvertrag zustimmen, der die Interessen der Landwirtschaft gegenüber den Interessen anderer Erwerbsstände zurücksetzt. Wenn wir dem Zollkompromiß nicht zugestimmt hätten, so hätten wir keinen besseren Tarif bekommen. Bei den Abänderungen der Geschäftsordnung handelte es sich nicht um wirtschaftliche Fragen, sondern um unser ganzes politisches und parlamentarisches Leben.

Ich habe die Art, wie Graf Pofadowsky heute hier gesprochen hat, lebhaft bedauert. Das war der Standpunkt des Manchesterismus. Die Hoffungslosigkeit des Staatssekretärs gegenüber der Erhaltung des Mittelstandes kann ich nicht teilen. Teilweise sind die Mißstände durch die Regierung selbst hervorgerufen. Ich erinnere an die Wädereiberordnung. (Sehr richtig! rechts.) Bezüglich der Zuckersteuer sind dem Reichstag falsche Informationen gegeben worden.

Das Wahlrecht wird nicht von uns, sondern von den Sozialdemokraten gefährdet. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Jeder, der einen sozialdemokratischen Wahlzettel abgiebt, gefährdet damit das Reichstags-Wahlrecht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Mehrheit der Wähler sozialdemokratisch wählt, kann das Reich nicht mehr bestehen, mit einer sozialdemokratischen Mehrheit ist das unmöglich. Dann entsteht die ernste Frage, ob das allgemeine Wahlrecht nicht verwirkt ist. Öffentlich bleiben wir vor der Verantwortung dieser Frage dauernd bewahrt. Abg. Veibel wies gegenüber dem Abg. v. Kardorff darauf hin, daß das Sozialistengesetz der sozialdemokratischen Partei nicht geschadet, sondern genützt habe. Das beweist aber nur, daß das frühere Sozialistengesetz nicht gut war, und nicht, daß auch jedes andre verfallen würde. Eine Partei, die sich außerhalb der Verfassung stellt, verliert auch die verfassungsmäßigen Rechte.

Abg. Stöcker (L.):

Auch ich halte eine Revision der Militärpensions-Gesetze für dringend notwendig. Ich gebe den Agrariern zu, daß nichts das Volk so proletariert, wie ein Juridizieren der Landwirtschaft. Aber die Erfahrung hat Ihnen auch gezeigt, daß nichts das Volk so sozialdemokratisiert, wie zu hohe Zölle auf Lebensmittel. (Hört! hört!) Daß wir den Zolltarif zur Annahme brachten, kann Sie doch (nach links) nicht wundern. Es hieß einfach: soll die Sozialdemokratie den deutschen Reichstag tyrannisieren oder sollen wir Herren bleiben in unsrem Hause? (Sehr wahr! rechts.) Damit hat die Sozialdemokratie zum erstenmal eine gründliche Niederlage erlitten, die auch ihre Wirkung in die Arbeiterkreise getragen hat. Jetzt wollen Sie die Scharte auswetzen. Es ist aber nicht gelungen. Der „Vorwärts“ brachte zu Neujahr ein Gedicht von so minderwertigem geistigem Gehalt und solchen Andeutungen, daß man nichts anderes thun konnte, als nach dem Kreisphosphus schiden. Herr Veibel behauptete, die Sozialdemokratie allein habe die Fortschritte der Sozialpolitik veranlaßt. Sie werden doch zugeben, daß Ihnen alles, was Sie getan haben, nur möglich war mit dem allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrecht und daß Sie dafür noch nicht ein Wort der Dankbarkeit gehabt haben, daß Ihnen ein solch gewaltiges politisches Mittel vertrauensvoll in die Hand gegeben worden ist, beweist, daß Sie keine Partei von politischem Verständnis sind. Die Sozialdemokratie ist keine deutsche Partei, sondern treibt in einem ganz fremden, unheimlichen Sinne geleitete Propaganda für die innere Revolution. Daß die Revolution ohne Antvergehen ablaufen wird, das glaubt Ihnen niemand. Was haben Sie denn der Sozialreform an Ideen gegeben! In England und Amerika, wo die Sozialdemokratie keine Rolle spielt, ist die soziale Litteratur gerade so bedeutend wie bei uns. Sie wissen ja gar nicht, was Sie wollen.

Von Ihren Grundrissen fällt einer nach dem anderen unter den Schlägen Ihrer eignen Parteigenossen. (Sehr richtig! rechts.) Gewiß Sie besitzen eine große Kenntnis der sozialen Notstände. Aber Sie tragen sie nie vor mit Liebe, mit Teilnahme, mit dem ernstlichen Wunsche, wirklich zu helfen, sondern immer nur mit der Tendenz, daß zu schämen. (Sehr wahr! rechts.) Alles muß verungütert werden, wie der Versiker sagt. — Die Unwahrheit der Hunnenbräute ist jetzt gerichtlich nachgewiesen, wenn Sie eine politische Partei wären, müßten Sie Ihre Bedauern ausdrücken, daß Sie auf die deutsche Armer mit Unrecht solche Schmach gekauf haben. Der Generalstab in Paris hat jetzt zugegeben, daß der siebenziger Krieg vom Anfang 1870 an von Frankreich beschlossene Sache war. Wenn Sie noch einen Funken deutschen Gefühls hätten, würden Sie jetzt sagen: wir haben das Vaterland beschimpft ohne Grund, wir rufen es zurück. So lange Sie das nicht thun, so lange Sie immer auf der Seite Frankreichs, der Pöbel, Venezuelas sind und niemals auf deutscher Seite, kann ich nicht zugeben, daß Sie eine deutsche Partei sind. Schon jetzt sind die Arbeiter des Terrorismus Ihrer Partei gründlich überdrüssig. Das merken wir

in Verlehr mit den Arbeitern in Berlin an unzähligen Beispielen. Wie soll eine Partei ohne jede Freiheit dauernd bestehen. Eine Frau sagte mir: „Ich würde mein Kind ja taufen lassen, aber ich darf es nicht“. Eine Frau muß die „Sonntagsfreude“ vor ihrem Mann verbergen, der ihr jede religiöse Betätigung streng untersagt. Christliche Arbeiter, die keine Lust haben, Sozialdemokrat zu werden, sind wirkliche Märtyrer, Märtyrer von einem hohen Rute, den man bewundern muß. Alle Ihre großen Reden von Ihrem Zukunftsstaat haben keine überzeugende Kraft. Im höchsten Grade wundern muß man sich darüber, daß immer wieder liberalpolitische Abenteurer aufstehen, die mit Ihnen zusammen eine große liberale Partei begründen wollen. (Große Heiterkeit und Beifall rechts.) Nichts spricht so sehr für die Thorheit gewisser mandmal ganz gelehrter Kreise unfres Volkes wie diese That. Herr Richter und die „Frei. Jg.“ hat diesen Leuten ja auch schon heimgelehrt. Sozialdemokratie und Liberalismus sind wie Feuer und Wasser, sind größere Gegensätze wie Liberalismus und Konservatismus. Gegen die kaiserliche Postkarte von 1881 und unsre Verfassungsgesetzgebung verschwindet Ihre ganze Partei und Agitation in nichts. Freilich, Sie haben 2180000 Menschen im Innern revoltiert; losgerissen vom Vaterlande, von der Kirche, vom bürgerlichen Leben, von jeder Freude und Zufriedenheit, wenigstens für die Zeit der Wahlen. Aber das ist doch keine lohnende Arbeit! Ich frage mich mandmal, wenn ich den „Vorwärts“ lese: wie ist es möglich, daß unser Volk, in dem es doch noch Gemüt, Vaterlands- und Heimatliebe giebt, solche Kost dauernd liebt? Darin ist eine Herabsetzung von allem, was Gemüt heißt, da ist kein Humor, keine Freude, sondern immer nur Säuren des Hasses und der Unzufriedenheit gegen die eine große, reaktionäre Masse. Wenn der „Vorwärts“ schreibt, Sie seien die einzige Hoffnung der Welt — ja, dieser Zauber kann nicht mehr lange dauern. Das muß einmal aufhören, und die ernüchterten Leute müssen Ihnen den Rücken kehren. Selbst die kaiserliche Postkarte von 1881 suchen sie schlecht zu machen. Aber diese Postkarte ist keineswegs, wie behauptet ist, aus Furcht vor der Sozialdemokratie entstanden. 1881 war das allerhöchste Maß für die Sozialdemokratie, es war nichts zu bewundern und nichts zu ächten, als der große Kaiser und der große Kanzler die monumentalen Gedanken der Postkarte niedergelegt. Die soziale Reformen auf korporativer Grundlage — sehen Sie, das ist doch ein Gedanke. Wir sind nur noch nicht reif für die Ausführung. Die Mißstimmung gegen das allgemeine Wahlrecht gilt nicht der Hinzuziehung der Arbeiter zur politischen Arbeit, sondern nur dem Gebrauch. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Machen Sie sich (zu den Sozialdemokraten) nicht zu hohe Vorstellungen von Ihrer Zukunft. Herr Veibel sagt, daß der „Vorwärts“ seit Weihnachten 10000 neue Abonnenten gewonnen habe. Wir wird er seit acht Tagen gratis ins Haus gebracht, da ist es nicht schwer, die Auflagenziffer zu erhöhen. (Große Heiterkeit rechts.) Die Sozialdemokratie lebt nur von den Fehlern der Gegner. Wenn wir alle einig wären, würden wir bald mit ihr fertig werden. Herr Veibel hat von der Monarchie gesprochen. Wir können das nur mit Ehrfurcht und Liebe thun. Wenn die Regierung auf Erden ein Abplanz der Weltregierung ist, so muß sie eine gewisse Ähnlichkeit mit der da droben haben. Aber in aller Weisheit muß man doch sagen, es sind da gewisse Unzulänglichkeiten. Ich erinnere an die Voerenfänge. Nun, das ist vergessen, ich will nicht alle Wunden aufreißern. Aber dann sieht man wieder, wie auf der einen Seite das Christentum mit allen Kräften gefördert wird und wie auf der andern Seite Professoren protegiert werden, die jede Möglichkeit der Dffenbarung leugnen. (Große anhaltende Heiterkeit links. Auf: Delijshh) König Albert hat ein sehr weises Wort gesprochen: Wirren sollen das letzte Wort haben, nicht das erste. Sollen wir von solchen Diskussionen, wie die der letzten Tage, frei werden, dann muß man etwas zurückhaltender im Reden und Telegraphieren werden. Wir wünschen uns einen König, der gegen vorkverderbliche Tendenzen in seiner Weise mitlämpft. Reden und Telegraphieren, ja — aber an der rechten Stelle. Es erhebt sich jetzt in den Reihen der Arbeiter eine Abneigung gegen den Terrorismus und die Wüßheit der Sozialdemokratie. Das sind die christlichen Arbeiter, die christlichen Gewerkschaften, eine stattliche Schaar, die der Sozialdemokratie die allerhöchste Opposition machen. Die Sozialdemokratie wäre hier in dem Augenblick verloren, wenn 10 bis 15 wirkliche Arbeiter hier in den Reichstag kämen, nicht Journalisten, Advokaten, Händler (Heiterkeit), sondern wirkliche Arbeiter. Wenn diese dann hier sagen würden: „Ihr seid ja gar keine Arbeiter, wir sind wirkliche deutsche königstreue Arbeiter und gegen Euch“, dann wäre es mit einem Schlag mit der ganzen Sozialdemokratie aus (Lauter Lachen links), daß das recht bald geschehen möge, das ist mein Wunsch und das ist auch die wichtigste Frage des inneren und äußeren Etats. (Weißfall rechts; Lachen links.)

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Fride, Dr. Hahn, Dr. Dertel, Liebermann v. Sonnenberg wird der größere Teil des Etats der Budgetkommission überwiesen.

Vizepräsident Böttig schlägt nunmehr dem Hause die Vertagung der Sitzung und die Auberäumung der nächsten Sitzung auf Donnerstag, den 29. Januar, sowie als Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, Phosphorgehese und zweite Lesung der Kinderschutzvorlage vor.

Abg. v. Jazdzewski (Polen) bittet den Präsidenten, sich zu erkundigen, ob die Regierung nicht bereit sei, die alte Interpellation der Polen betreffend die imparitätische Behandlung der Polen zu beantworten.

Staatsminister Graf v. Pofadowsky erklärt sich zu sofortiger Beantwortung bereit.

Abg. v. Jazdzewski (Polen) bittet nun die Polen-Interpellation auf die Tagesordnung der Donnerstagssitzung zu setzen.

Vizepräsident Böttig bittet den Vordredner von seinem Verlangen Abstand zu nehmen, die Interpellation werde voraussichtlich auf die Tagesordnung am Freitag kommen.

Abg. v. Jazdzewski (Polen) erklärt sich damit einverstanden. Es bleibt also beim Vorlesung des Präsidenten.

Schluß 6 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteiengenossen in den Vororten, stellt die Wählerliste nach! Wer nicht in der Liste verzeichnet steht, geht für das laufende Jahr seines Wahlrechts verlustig! Wähler, die selber keine Zeit haben, die Liste durchzugehen, wollen sich an den Vorstand der Partei-Organisation ihres Ortes wenden!

Charlottenburg. Am Montag, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3, die Protokollversammlung mit der Tagesordnung: Was sieht auf dem Spiele? statt. Da Referat hat Paul Singer übernommen. Da geistliche Hindernisse wegen der Versammlung am Donnerstag nicht stattfinden konnte, wird der Charlottenburger Arbeiterschaft Gelegenheit geboten, sich durch Massenbesuch dieser Versammlung dem Protest der Berliner Arbeiterschaft anzuschließen.

Charlottenburg. Die Kurse über die Technik der preussischen Landtagswahlen, die Genosse Paul Hirsch im Auftrage des Wahlvereins veranstaltet, beginnen am Sonntag, den 25. d. M., pünktlich um 10 Uhr vormittags im Volkshaus, Rosinenstraße 3. Zutritt hat jedes Mitglied des Wahlvereins.

Oranien. Die Versammlung des Wahlvereins fällt heute aus. Ober-Schöneweide. Die Parteiengenossen werden ersucht, rege für den Besuch der heutigen Versammlung bei Kaulholt, Wilhelmshoffstr. 18, zu agitieren. Anfang 6 Uhr abends. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Partels-Vorleser über: Deutschlands wirtschaftliche und politische Lage. Diskussion. Nach der Versammlung: Geselliges Beisammensein.

Brief. Montagabend 8 1/2 Uhr sprach Genosse Reichstags-Abg. Frster-Hamburg bei Gildner, Müllwerstraße, über die Frage „Was steht auf dem Spiel?“ Sonntag früh 8 Uhr findet eine Flugblattverbreitung zu dieser Versammlung statt. Zahlreiche Verteilung wird erwartet.

Steglich. Am Sonntagmorgen 7 Uhr findet eine Flugblattverbreitung (Gewerbegerichtswahl betreffend) statt. Die Parteigenossen, speziell aber auch die Gewerkschaftsmitglieder werden aufgefordert, sich zahlreich in folgenden Lokalen einzufinden: Schellhase, Whornstr. 15, Wolf, Schildhornstraße, Leeg, Flora und Dünsterstrahlen-Ede, Krüger, Seefstraße, Kramer, Marktstraße.

Lokales.

Arzt und Krankenkassen.

Zur Förderung des Einverständnisses zwischen diesen beiden Kategorien trägt das Verhalten eines Arztes wenig bei, von dem uns der Vorstand der Zunings-Krankenkasse der Drechler Mitteilungs macht. Die Zuschrift lautet:

Am 20. Oktober 1902 erkrankte ein der Zunings-Krankenkasse der Drechler angehörendes Mitglied an Diphtherie. Für geleistete schnelle ärztliche Hilfe in diesem Falle liquidierte der Arzt Dr. M. aus der Königsbergerstraße durch eine der Klasse am 1. November per Post zugestellte einfach frankierte Rechnung 4 M. Selbstredend wurde diese keine Sache, schon der Unkosten wegen, nicht sofort extra geregelt, sondern der Kassierer der Klasse sollte sie auf seiner Tour durch die Königsbergerstraße mit begleichen. Jedoch, man staune: am 24. November war bereits durch den Rechtsanwält Schneidermühl die Klage wegen dieser Schuld ausgefertigt worden, ohne jede vorherige Mahnung oder ohne jede Bemerkung der Dringlichkeit der Zahlung oder dergleichen auf der Rechnung selbst. Daraufhin sind dem Dr. Medauer am Tage nach der Zustellung der Klage durch den Mandanten der Klasse keine 4 M. überbracht worden. Einige Tage später lief sodann die Kostenrechnung des Anwalts über 5,87 M. mit dem Vermerk ein, den Betrag noch vor dem zum 15. Dezember angelegten Verhandlungstermin vor dem königl. Amtsgericht I zu begleichen. Die ersuchte Kostenverwaltung stand nun auf dem Standpunkte, keine Veranlassung zur Klage gegeben zu haben und es sei ihr daher auch gar nicht ein, dem Verlangen des Anwalts nachzukommen, sondern sie warte die richterliche Entscheidung am 15. Dezember ab. Die Klasse wurde verurteilt und zwar aus folgenden Gründen:

Die Beklagte erkennt an sich ihre Schuld an dem Kläger als Bringschuld an und verneint nur, daß sie dem Kläger zur Klage Veranlassung gegeben habe, weil er ihr vorher nur erst seine Liquidation zugehandelt habe. Allein die Zustellung einer ärztlichen Liquidation bedeutet im Verkehr nicht nur eine Kundmachung der Höhe der beanspruchten Vergütung, sondern auch eine Aufforderung zur Zahlung derselben, und indem die Beklagte dieser Zahlungsaufforderung bis zur Erhebung der Klage nicht nachkam, hat sie sich in Zahlungsverzug gesetzt und damit die Erhebung der Klage veranlaßt. Die Kosten des Rechtsstreits treffen sie deshalb nach § 91 der Civil-Prozessordnung.

Der Arzt erklärte bei der Quittierung der Rechnung, er habe zu traurigen Erfahrungen mit den Klassen gemacht; keine Klasse bezahle ihn, mit Ausnahme der königlichen, er müsse daher alle Klassen stets erst verklagen, um Geld zu erhalten. Uns will diese Behauptung nicht so ganz einleuchten. Auch der Rechtsanwält erlaube sich diese Begründung oder vielmehr Entschuldigung zur Klage im Termine herzubringen. Wegen einer Mark will er sogar schon gegen Klassen für den Arzt Dr. M. Klagen geführt haben. Wir fragen uns nun, wie ist es möglich, daß sich Klassen von dem Dr. M. wegen Arzthonorars, gegen dessen Zahlung sonst nichts einzuwenden ist, verklagen lassen konnten und noch dazu wegen so geringer Summen! — Uns will es scheinen, daß die Klagen den Klassen einfach plötzlich über den Kopf gehagelt kommen, und es ergoht den andern genau so, wie es uns leider ergangen ist, sonst dürfen wir uns in solchen Fällen gar nicht verklagen lassen, denn die Beiträge der Mitglieder sind nicht für die Rechtsanwält, sondern für eine geregelte Verwaltung und für die erkrankten Mitglieder da. Gewiß soll der Arzt, wie wir jetzt befehl werden sind, das Recht haben, 24 Stunden nach Einreichung seiner Liquidation ohne weiteres Klagen zu dürfen; schon ist dies Verfahren jedenfalls nicht und der Dr. Medauer scheint von diesem Rechte einen möglichst ausgedehnten Gebrauch zu machen. Da wollen wir doch dem unsren staunenverwaltungen raten, wenn sie mit dem Dr. M. in ähnliche geschäftliche Verührung kommen sollten wie wir, ihre Schulden in 24 Stunden zu begleichen, da ihnen eventuell jede Minute später vielleicht wieder durch den Rechtsanwält Schneidermühl der Prozeß gemacht werden kann, mit der hinterherkommenden obligaten Kostenrechnung. Daß der Dr. M. sein Verfahren auch in ähnlichen Fällen gegen seine Privatankundenschaft anwendet, möchten wir fast bezweifeln, denn dann dürften ihm wohl nicht viele Patienten wiederkommen, er müßte denn gerade für seine Segend eine ganz ungewöhnliche, unerklärliche Kraft in seiner Kunst sein, davon ist uns allerdings nichts bekannt. Für uns war der Dr. Medauer bisher überhaupt eine unbekannte Persönlichkeit.

Die Straße nach Döberitz. Die Budgetkommission des Abgeordneten-Hauses beschäftigte sich mit dem Posten 40 000 M., der gefordert wird für Vorarbeiten für eine im Zuge der Straße von Charlottenburg nach Döberitz auszuführende Brücke über die Havel bei Nischelsdorf. Es besteht der Plan, die Charlottenburger Bismarckstraße durch den Grunewald über die Havel als gradlinige Fortsetzung der Charlottenburger Chaussee und des zwischen der Charlottenburger Brücke und dem sogenannten Arnie liegenden Theiles der Berliner Straße fortzuführen und eine 50 Meter breite Straße herzustellen. Da diese Straße drei Kilometer lang den Grunewald durchschneiden würde, so hat die Fortverwaltung im Hinblick auf die Wertheigerung der angrenzenden Terrains großes Interesse daran, daß der Plan ausgeführt wird. Bei der Ausführung des Planes kommt eine Ueberbrückung der Havel in Frage und es ist zunächst erforderlich, Klarheit darüber zu gewinnen, welche Gesamtkosten mit dem Unternehmen einer solchen Ueberbrückung, wenn diese bis zum westlichen Ufer der Scharken Lante geführt würde, verbunden sein würden. Es muß weiter die Rentabilität des Unternehmens genau geprüft werden, und wie sich die Ausführungskosten auf den Fortstich und die außer ihm in Betracht kommenden Interessenten verteilen würden. Dazu bedarf es der Vornahme besonderer umfangreicher Vorarbeiten, zu deren Kosten der Fortverwaltung Mittel sonst nicht zur Verfügung stehen. Nach eingehender Darlegung seitens der Regierung erklärte sich die Kommission mit der Bewilligung der 40 000 M. einverstanden.

Eine Spende aus dem Himmelreich. Wo alles darauf summt, den Ruhm und die Erfolge der Sozialdemokratie zu mehren und gerade diejenigen, die uns am meisten hassen, am eifrigsten zu unserem „Schweineglück“ beitragen, da kann es auch nicht wunder nehmen, daß man in den Gefilden der Seligen an uns denkt. Gestern kam ein mit baren vierzig Mark beschwerter Brief auf der Redaktion an, der die Unterschrift eines alten, lieben Freundes, des Herrn Entschlösser Fräging, trug. Wir glauben dies für die Stimmung in höheren Regionen bezeichnende Dokument unsren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen:

Sehr geehrte Redaktions!
„Daß Du die Klasse ins Gesicht behälst!“ — Diesen meinen Lieblingsspruch nahm mit mein alter Freund Karl Havermann spawps vor die Nase weg, als wir neulich den Artikel im „Vorwärts“ über den mörderlichen Reinfall der Berliner politischen Polizei gelesen hatten. — „Daß Du die Klasse ins Gesicht behälst!“ — fachte ich Karl Havermann mit lauter Stimme zu überdönen und „Daß Du die Klasse ins Gesicht behälst!“ fachte auch unser Freund Fräging, der alte Demagoge, der bei uns auf Besuch war und mit uns 'ne Partie Posthorn gespielt hatte. Und ganz dasselbe sagte zu guter Letzt auch der alte Badder Ref., der unsern Fräging mal aus das verschulte Loch, die Berliner Handvogel, herausgeholt hat

und der ihm später in seiner letzten Stunde als Erlösungsbengel erschießen und dann auf Fräging seine Füßchen mit in den Himmel gelommen ist, wo er nu bei uns in der Etübe am warmen Ofen sitzt und Zilibissen macht, womit wir und die langen Beifien wieder andrennen, wenn sie uns bei der männiglich heilich lang ausgepönnenen Disputatichon ausgegangen sind.

Indessen, um wieder auf die Polizei-Geschichte zu kommen, so jagte unser Freund Fräging: „Dat is de Demagogensniffers ganz gesund, dat sei mal ornlich mit de Ras' an 'i Zeit lamen jünd.“ — „Was woll' es nich, Fräging!“ sag' ich, „aber das Beste dabei is,“ sag' ich, „sie verkeren ihr Geld noch obenin zu, denn die Noten wollen ja die sechzig Mark, wenn sie nicht abgeholt werden, in ihre Parteilasse fliehen lassen, denn die kann sie jetzt, wo die Wahlen vor der Thür stehen, am allerbesten gebrauchen.“ — „Kinnings!“ meinte Karl Havermann darauf, „wil' dor doch immer von en „Blauen“ de Red' is, um wil' de „Blauen“ dor so effich mit rimpfist fünd — wat meint si woll dortan, wenn wi den „Blauen“ bull maken dedert?“

„Kor!“ sag' ich, „Du trifft wieder ins Swarzel! So is die Sache richtig gehandhabt, denn in der Wichtigkeit warst Du uns immer über. Rachen wir also die hundert Mark voll, denn so 'ne kleine Refoljierung kann für die Parteilasse unter den jetzigen Umständen sehr von Nutzen sein. Und darauf lamen wir überein, daß Fräging, der sich einen nüdlichen Beutel voll Fische mitgebracht hat, 3 wanzig Mark beisteuern sollte, und Havermann und ich jeder 3 e h n, denn bei uns Hoch-Deconomiker is das Bargeld hier oben auch man knapp, und das wird durch den monstrosen neuen Holtarif woll auch nicht besser werden.“

Somit legten wir also die vierzig Mark zusammen, und da ich die andern Beiden im Eil bedeutend über bin, so haben sie mich mit das Abscheiden und die schriftliche Erklärung dazu beauftragt, welches angenehmen Auftrages sich hierdurch entledigt (diese letzte Wendung habe ich aus Karl Havermann seinen Briefsteller) Himmelreich, d. 23. Jan. 1903.

Ihr ergebenster
Insel Fräging.

Ueber die vierzig Mark quittieren wir hiermit dankend. Sie sind dem Parteifassierer zugefandt worden, der sie zu den übrigen legen wird. Daß der Partei diese Spende besonders erfreulich ist, versteht sich. Fräging Neuter stand uns ja im Leben schon durdhaus nicht so fern, und in einem Briefe an Engels äußerte er sich sehr sympathisch über die Sozialdemokratie. Jetzt hat er Fräging und Havermann für uns zu interessieren gewuht; ein Beweis, daß er sich weiter in unsre Lehren vertieft hat und dort oben wader Land-agitation treibt.

Aus der gestrigen Magistrats-Sitzung. Der Oberbürgermeister Kirchner führte gestern den Bürgermeister Reide in sein Amt ein und ließ ihn im Magistrats-Kollegium herzlich willkommen sein. Der Magistrat hat der Feststellung von Bauaufsichtlinien für die Anlage einer neuen Verbindungsstraße von der Chausseestraße nach dem Vorplatz des Stettiner Bahnhofes (Treffpunkt des Stettiner Vorortbahnhofs) durch das Schwarzloppische Grundstück, ferner von diesem Treffpunkt bis zur Schwarzloppstraße zugestimmt. In der Mitte dieser Straße soll alsdann ein Sidtunnel angelegt werden zur Aufnahme des Fußgängerverkehrs vom Bahnhof des Stettiner Vorortbahnhofs nach der Gartenstraße usw. Die Beschlußfassung über die Anlage einer neuen Straße quer über den Wilhelmplatz, wodurch dieser in zwei Teile geteilt wird, und eine direkte Verbindung zwischen der Mohren- und Vogtstraße hergestellt werden soll, wurde vertagt. Die Denkmäler des alten Zieten und v. Seydlitz müßten eventuell vertetzt werden.

Der neue Etat für das hädtische Armenwesen schließt mit einer Mehrausgabe von 9 263 500 M. ab, gegenüber 8 913 610 M. im vorigen Jahre. Die Gesamtausgaben betragen über 10 Millionen und erreichen mit den Unterstütungen aus Stiftungen und Spenden die Summe von beinahe 15 Millionen Mark.

Fremder Sprachunterricht in der Gemeindefschule. Um Aufnahme des Hebräischen in den jüdischen Religionsunterricht der Volksschule hatte der Vorstand der Berliner jüdischen Gemeinde das Provinzial-Schulkollegium ersucht. Dieser Antrag ist abgelehnt worden, und zwar mit Recht; das Hebräische ist ein unnützer Ballast für Kinder der Volksschule, gleichviel in welcher Religion sie unterrichtet werden mögen. Wohl aber wäre zu erwägen, ob nicht nach dem Beispiel Charlottenburgs auch in den Berliner Gemeindefschulen französischer Sprachunterricht erteilt werden könnte. Die Bevölkerung verlangt ja bei der Unlust der Berliner Kommunalbehörden, die Gemeindefschulen muntergültig zu gestalten, in diesem Punkte gewiß nicht zu viel. Aber man sollte denken, daß die Fortschritte, die in Charlottenburg gemacht werden, auch in Berlin möglich sind.

Die Kälte in den Markthallen. Mit einem Posten durch Frost verdorbenen Gemüses erschien gestern vormittag eine Frau im Rathaus, um Herrn Oberbürgermeister Kirchner von der Notwendigkeit der Heizung der Markthallen zu überzeugen. Der Oberbürgermeister lehnte es ab, in dieser Sache noch irgendwelche Anbieten zu erteilen, falls nicht von den Interessenten ein neuer und durchführbarer Vorschlag für die Heizung der Markthallen gegeben würde. Die Notwendigkeit der Heizung wird vom Magistrat anerkannt, da der durch die gegenwärtige Frostperiode verursachte Varenschaden auf durchschnittlich 3000 M. pro Tag zu schätzen ist.

Polizei und Streifposten. Unter dieser Stichtmarke könnte mit Leichtigkeit eine ständige Rubrik eingeführt werden, so unerschöpflich reich ist dies Kapitel. Sind da vor ca. 3 Wochen die Hofarbeiter der Firma Liezjewski am Küstriner Platz in den Streif getreten. Wie gewöhnlich, so erfreuten sich auch hier die Streifenden der rührenden Aufmerksamkeit der Polizei-Organen. Die Polizei ging sogar soweit, daß am Donnerstag hintereinander drei Streifposten nach der Wache sifstet wurden. Was die Leute verbrochen haben könnten, ist ihnen ein Rätsel, denn den Verkehr behinderten sie nicht, weil dort nur wenig Verkehr ist, und irgend eine andre Straftat begingen sie auch nicht. Es scheint also, als wenn ihnen die polizeilichen Pflichten nur deshalb bereitet werden, weil sie Streifposten sind. Diese Annahme ist um so gerechtfertigter, als man andre Zivilpersonen, ganz gleich ob sie dort gehen oder stehen bleiben, völlig ungeschoren läßt; auch ist den Streifenden verboten, sich so aufzustellen, daß sie den Thorweg der Fabrik überdecken können. Was nun die erwähnten drei Posten anbelangt, so wollte der erste vom Küstriner Platz nach einer Wirtschaf gehen. Plötzlich kam ein Schutzmann hinter ihm her gerannt, ergriff ihn am Arm und erklärte ihn für verhaftet. Als der Arbeiter darauf den fast atemlosen Beamten ersaunt anblickte, sah er, daß dieser bei dem eiligen Lauf sogar seine Säbelklinge verloren hatte. Vor einem derartig betätigten Dienstleister empfand selbst der rüchlose Streifposten summe Verwunderung. Er ging mit zur Wache, gab dort die verlangte Auskunft — und zog hernach wieder auf Posten. Wenige Minuten später wurde schon der zweite Sänder von zwei Schutzeuten sifstet. Dieser war noch gar nicht wieder von der Wache herunter, da kam ein Beamter bereits mit dem dritten an, der mit den freundlichen Worten empfangen wurde: „Na, schon wieder so'n Streifbruder!“

Merkwürdig, unter den Streifposten hat man noch nie einen Raubmörder oder Denkmalschänder gefunden, und doch sitzt man ihnen stets auf dem Rücken. Freilich, streifende Arbeiter üben ja auch nur das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht aus.

Feuersnot. Im Intimen Theater am Alexanderplatz wurden durch soeben ergangene Verfügung des Polizeipräsidiums wegen dringender Feuersgefahr und aus sicherheitspolizeilichen Gründen die Vorstellungen bis auf weiteres unterjagt.

Die Liebestragödie, über die wir vor wenigen Tagen berichteten, hat jetzt ein Opfer gefordert. Die 17jährige Marie Nachowski aus der Auguststraße 40, die in einer Gastwirtschaft zu Spandau eine Zeitungslesung trank und dann ihren Geliebten, dem 21 Jahre alten Photographen Hans Mübiger, die Flasche vom Stamme rih, als er sich ebenfalls vergiften wollte, ist jetzt im St. Hedwigs-Kranken-

hause den Wirkungen des Giftes erlegen. Ob die Ermittlungen der Kriminalpolizei zu einer Anklage gegen Mübiger, der das Gift besorgte, führen werden, sieht noch dahin.

Bisige Ware verlastete gestern Abend ein Hausierer am Stadtbahnhof Börje. Ein Kriminalbeamter, dem er auffiel, stellte ihn fest als einen mehrfach vorbestraften Schaulastendieb Ernst Krendl, der eben erst aus dem Gefängnis gelommen war. Sein Handel mit Tricolagen aller Art, Handschuhe, Strümpfen und Unterzeug für Kinder war das erste Unternehmen nach der Entlassung. In der Ungeübtheit hatte er vergessen, die Auszeichnungen von den Waren zu entfernen, und so verriet er gleich, welcher Art sein Geschäft war. Der Unbersehrliche wurde von der Kriminalpolizei wieder nach Moabit gebracht.

Orgelkonzert. Beim Orgelkonzert in der Marienkirche am Montag, den 26. Januar, abends 7 1/2 Uhr, spielt Herr Musikdirektor Otto Dienel Bachs G-dur-Präludium und Variationen über Unsers Kaiser Gott erhalte. Mitwirkende sind: Fräulein Mara Schettler (Sopran), Fräulein Margarete Lemmerhirt (Alt), Herr Michael Bourhunkel (Tenor), Fräulein Eise Daegling (Violine) und Herr David Ritter. Der Eintritt ist frei.

In der Versammlung, die Donnerstagabend im Eiseller abgehalten wurde, ist einer Dame ein Ruff abhanden gelommen. Es wird gesucht, den Fund bei Fahrom, Rabenstr. 6, abzugeben. Dort kann auch ein gesunderer Handhuh abgeholt werden.

Feuerbericht. In der Nacht zum Freitag hatte die Wehr wieder mehrere Alarmierungen zu verzeichnen. Gegen 10 Uhr wurde sie nach der Groh-Görtschenstr. 38 gerufen, wo in einer Küche ein Brand entstanden war, der in der Hauptsache Wäschestücke und Küchenmöbel beschädigte. Zur selben Zeit ging in der Grandenzerstr. 3 Stroh und andres Verpackungsmaterial in Flammen auf, während in der Samariterstraße, Ecke der Wirtschstraße Wäsche u. a. auf einem Wapflaz in Brand geraten war. Gardinen und Kleidungsstücke hatten eine Stunde später in der Reinholdsdorferstr. 2 in einer Wohnung Feuer gefangen, dessen Abföschung indes bald erfolgen konnte. In der Adolfsstr. 10 hatte die vierte Compagnie in einem Keller einen Brand zu beseitigen, der Brennmaterialien ergriffen hatte. Ein ähnlicher Brand beschäftigte die Wehr in der Stimmendörferstr. 88 kurze Zeit. Nach der Brunnenstr. 71 wurde die Wehr gerufen, weil hier in einem Kofett ein Feuer ausgekommen war. Außerdem liefen in den letzten 24 Stunden noch von einigen andren Stellen Alarmierungen ein, die indes nur auf ganz unbedeutende Brände zurückzuführen waren.

Gerichts-Zeitung.

Ein Polizei-Idyll.

Ein polizeilicher Mißgriff lag einer Anklage wegen Beleidigung zu Grunde, die gestern ein Fräulein v. Bardeleben und Fräulein Schürck vor das Schöffengericht am Amtsgericht I führte. Der Vorgang, um den es sich handelt, hat sich auf Wilmerdorfer Gebiet abgespielt. Eines Abends gegen 11 Uhr schickte Fräulein v. Bardeleben die Mitangeklagte nach der Polizei, um anzuzeigen, daß in der Wohnung des auf Reifen befindlichen Majors a. D. v. Verfen, Umlandstr. 143, ein Einbruch verübt sei und um die Entsendung eines Polizeibeamten dorthin zu bitten. Das Mädchen traf auf der Wache den Amtsdienner Weher, der aber gar keine Lust zeigte, der Sache nachzugehen, denn er soll dem Mädchen erklärt haben: „Das geht mich gar nichts an, das ist Sache der Kriminalpolizei!“ Nachdem 1 1/2 Stunden vergangen waren, ohne daß sich ein Polizeibeamter blicken ließ, machte sich Fräulein v. Bardeleben selbst auf den Weg, klingelte an der Wache und drückte ihr Ersuchen aus, daß noch ein Polizeibeamter der Anzeige irgend welche Folge geleistet habe. Die Behandlung, die ihr durch den Amtsdienner Weher zu teil wurde, hat ihr Anlaß zu einer Beschwerde gegeben, die ihre Vernehmung und die der Mitangeklagten zur Folge hatte. Sie wurden dabei ausdrücklich aufgefordert, anzugeben, welchen Einbruch sie von dem Verhalten des Weher gehabt hätten, und man gab ihnen an: Weher sei ihnen halb angeteilt entgegengekommen, habe sie unhöflich behandelt und den Einbruch gemacht, als ob er betrunken wäre. Wegen dieser Bemerkung sind nun beide unter Anklage der Beleidigung gestellt worden. In dem gestrigen Termin kam sowohl der Amtsdienner Weher als auch sein Kollege Wiskotta nicht besonders gut weg. Der letztere war an dem betreffenden Abend nach 11 Uhr auf die Wache zurückgekommen und hatte sich ins Bett gelegt. Ueber die Vorgänge hatten beide bei ihren polizeilichen Vernehmungen Angaben gemacht, die das Verhalten des Fräulein v. Bardeleben in einem ungünstigen Lichte erscheinen lassen mußten, die aber, wie der Vorsitzende in Uebereinstimmung mit dem Verteidiger Rechtsanwalt Schneider in wiederholten nachdrücklichen Vorhaltungen feststellte, den Thatsachen nicht entsprachen. U. a. war behauptet worden, daß schon eine Viertelstunde nach dem ersten Erscheinen auf der Wache Fräulein v. B. wiederum dort erschienen sei und heftig an der Klingel gezogen habe. Der Amtsdienner Weher habe sich dann nach dem Weggange des Fräulein v. B. nach dem Hause Umlandstr. 143 begeben, daselbst sei aber verschlossen gewesen und es habe sich nichts weiter ergeben. Auf energischen Vorhalt des Präsidenten mußte Weher zugeben, daß bis zum zweiten Erscheinen des Fräulein v. B. etwa 1 1/2 Stunden vergangen gewesen seien. Auch der Zeuge Wiskotta gab diese Möglichkeit zu, entschuldigte sich aber damit, daß er geschlafen habe und sich bezüglich der Zeit irren könne. Auch die Behauptung, daß Weher sofort nach dem Weggange des Fräulein v. B. nach der Umlandstraße gegangen sei, konnte nicht aufrecht erhalten werden. Wiskotta hatte seinen Kollegen damit entschuldigen wollen, daß dieser allein auf der Wache gewesen sei und diese nicht verlassen konnte, er mußte jedoch zugeben, daß nach seiner eignen Rückkehr auf die Wache dieser Grund nicht geltend zu machen war. Derartige Widersprüche ergaben sich während der Verhandlung wiederholt. Interessant war die Vernehmung des Anwärters Klein Schmidt, der die beiden Angeklagten auf ihre Beschwerde hin polizeilich vernommen hatte. Der Amtsdienner Weher hätte schon bei seiner polizeilichen Vernehmung Andeutungen gemacht, als ob Fräulein v. B. der Polizei gern Schwierigkeiten mache, und ähnliche Andeutungen hat auch der Anwärter in Registratur-Mandementen zum Protokoll gemacht. U. a. hatte er bemerkt: Fräulein v. B. gerate bei jeder Gelegenheit außer Fassung und sei im Revier dafür bekannt. Der Vorsitzende stellte dagegen fest, daß diese Bemerkung völlig grundlos und Fräulein v. B. der Polizei durdhaus nicht bekannt sei. Eine andre Registratur-Besage: „Sie ist der Polizei feindlich gesinnt.“ Diese Bemerkung ist lediglich darauf zurückzuführen, daß Fräulein v. B. bei der Erörterung der ihr zu teil gewordenen Behandlung etwas erregt war. Weiter hieß es in einer Randbemerkung: „Sie ist leicht mit Beschwerden bei der Hand.“ Dies ist hingeschrieben, weil ein Fräulein v. Bardeleben einmal in einer Bahngesellschaft einen Konflikt mit der Polizei gehabt hat. Es handelte sich damals aber durdhaus nicht um die jetzige Angeklagte. Ohne allen Grund war schließlich in einer Registratur auch bemerkt: „Die Angeklagte Schürck machte den Eindruck, als ob sie von ihrer Herrschaft beeinflußt sei.“ Der Vorsitzende sprach seine Verwunderung darüber aus, wie solche absolut unzutreffenden Bemerkungen registriert werden könnten. Die Angeklagten blieben bei ihren zu Protokoll gegebenen Angaben, während der Amtsdienner Weher die Berechtigung der Beschwerden bestritt. — Staatsanwalt Kay beantragte selbst die Freisprechung. Die beiden Damen hätten sehr wohl der Ansicht sein können, daß das Verhalten des Zeugen Weher nicht den Vorschriften entsprach, die ihm von seiner vorgesetzten Behörde für den Verkehr mit dem Publikum gegeben sind. Wenn man sich bezüglich des Weher mit dem Publikum gegeben sind. Wenn man sich bezüglich des Weher sehr vorurteilig ausdrücken wolle, müsse man doch sagen, es sei mindestens sehr zweifelhaft, ob er sich nicht, anstatt der Damen, ungehörig benommen habe. Den Angeklagten, die noch dazu aufgefordert worden waren, ihre Wahrnehmungstund zu geben, siehe der volle Schutz des § 193 zu. — Den Angeklagten standen Rechtsanwalt Schneider und Kammergerichtschmidt Schmitt-Bardeleben zur Seite. Ersterer erweiterte den Antrag des Staatsanwalts noch dahin, daß auch die den beiden Angeklagten etwaweisen notwendigen Auslagen der Staatskasse aufgelegt werden mögen. Wenn Fräulein v. Bardeleben zum Dank dafür, daß sie es unternommen, die Interessen eines auf Reifen

beidseitigen Hausgenossen, der bestohlen worden, zu wahren, nicht nur schlecht behandelt, sondern auch noch angeklagt werde, so sei dies doch ein sehr bedauerlicher Mißgriff. Er halte durch die Verhandlung für erwiesen, daß die ganze Art des Verfahrens der Polizeibeamten eine unerhörte gewesen sei und daß diese auch unpassende Angaben gemacht haben. — Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung, lehnte aber den weitergehenden Antrag des Verteidigers ab, da bis dahin der Kammergerichtspräsident Schmidt-Bardleben die Sache der Damen geführt habe und besondere Kosten daraus nicht erwachsen seien. Die beiden angeklagten Damen hätten bei ihrer Vernehmung nach bestem Wissen und Gewissen ausgesagt, ihnen scheide der § 193 zur Seite und es liege zweifellos ein Mißgriff der Polizeiverwaltung in Wismar vor.

Man sollte denken, daß die im Prozeß berührten Thatsachen dem Staatsanwalt wie auch den Vorgesetzten der so gerüffelt aus dem Prozeß hervorgegangenen Polizeibeamten schon vorher einigermaßen bekannt gewesen sind. Es muß daher wunder nehmen, daß diese Vorgesetzten es überhaupt zu einem Verteidigungsprozeß gegen die mit Recht empörten Damen haben kommen lassen und nicht gleich den in Betracht kommenden Polizeibeamten den Standpunkt gehörig klar gemacht haben.

Der Nord, der in der Nacht zum 16. November v. J. an Bord der „Vorelay“ begangen wurde, als dies Kriegsschiff in Piräus lag, ist gestern vor dem Kriegsgesicht in Wilhelmshaven abgeurteilt worden. In der erwähnten Nacht hat der Matrose Kohler den Unteroffizier Wiedrich ermordet, um einen im Rauchsalon des Kommandanten stehenden Geldschrank ungestört plündern zu können. Wie erinnerlich, ist ihm der Raub nicht gelungen, da er den Geldschrank selbst mit Hammer und Meißel nicht öffnen konnte. Um den Schrank zu erwidern, daß Wiedrich von fremder Hand ermordet worden sei, hat er sowohl die Leiche wie den Geldschrank ins Meer versenkt. Täuschung gelang es indessen sehr bald, den Leichnam wie auch den Schrank zu bergen. Der Thäter heißt mit Vornamen Konrad, ist am 10. Februar 1879 zu Oberpöfingen in Württemberg

geboren und der Sohn eines Zimmermanns. Kohler hat, nachdem er die Schule verlassen hatte, zwei Jahre bei einem Rechtsanwalt als Schreiber gearbeitet und ist alsdann in die amerikanische Flotte eingetreten, in der er viele Jahre thätig war. Infolgedessen ist er auch der englischen Sprache vollkommen mächtig. Ferner soll er große Fertigkeiten im Zeichnen besitzen. Da er sich nach seiner Gefangenahme mit den ihn verhörenden Personen nicht recht verständigen konnte, hat er die Einzelheiten des Nordes aufgezeichnet. Diese Zeichnungen befinden sich bei den Akten. Kohler, der noch unbestraft ist, soll ein tüchtiger Soldat gewesen sein. Kohler bekannte sich schuldig; einen bestimmten Grund für seine That wußte er nicht anzugeben.

Das Urteil lautet: Das Gericht hat dahin erkannt, daß der Angeklagte des Nordes und des thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten, des schweren militärischen Diebstahls und der Fahnenraub schuldig ist und daß derselbe mit dem Tode, 6 Jahren 4 Monaten Zuchthaus, Ausstoßung aus der Marine und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu bestrafen ist.

Vermischtes.

Die Roden in Altona? Die heute hier verbreiteten Altona-Nachrichten über eine Podenepidemie in Altona sind, der „Neuen Hamburger Börsenhalle“ zufolge, unbegründet. Die jede Woche erscheinende „Altonaer Medizinallstatistik“ habe vor vier Wochen über einen Todesfall an Poden berichtet, dem vorgefunden ein zweiter gefolgt sei. Im ganzen seien während dieser Zeit elf podenverdächtige Erkrankungen in Altona und Umgebung vorgekommen; doch sei eine vollkommene Isolierung der Kranken durchgeführt, so daß nach der Ueberzeugung der Altonaer Medizinallbehörde keine Gefahr einer Epidemie vorliege.

Kohheit. Aus Schöckow in Westpreußen wird berichtet: Ein schweres Verbrechen wurde im Stadtwalde bei Aufsmühl verübt.

Holzarbeiter banden in der Trunkenheit abends einen Kollegen an einen Baum fest und begaben sich dann nach Hause. Am folgenden Morgen wurde der Arbeiter erstoren aufgefunden. Die Thäter sind verhaftet.

Auf der Insel St. Vincent fand gestern ein neuer vulkanischer Ausbruch des Vulkans Souffrière statt, man sah Feuerfäden aufsteigen, die sich im Kreise drehen, gefolgt von einer tief-schwarzen Rauchwolke, die auf der ganzen Insel bemerkbar war. Es folgte dichter Regen, der besonders in Chateau Belleaire Beschädigungen hervorrief.

Eisenbahnkatastrophe. In der Nähe von Angers stieß der von Paris kommende Expresszug mit einem Güterzuge zusammen. Der Expresszug fuhr mit einer Geschwindigkeit von 85 Kilometern, so daß der Anprall überaus heftig war. Der Lokomotivführer und der Heizer des Expresszuges wurden sofort getötet, zwei weitere Zugbeamte schwer verletzt. Von den Passagieren erlitten zehn mehr oder minder schwere Verletzungen.

Witterungsübersicht vom 23. Januar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolkenlage	Temper. in C.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolkenlage	Temper. in C.
Emmendingen	764	SW	2wolken	-12	Daprun	764	S	6bedekt	-10
Hamburg	762	SW	3bedekt	-7	Petersburg	772	SW	1Schnee	-15
Berlin	764	SW	1wolken	-10	Coft	765	SW	4heiter	6
Reims	766	S	1bedekt	-8	Aberdeen	765	SW	2Regen	2
München	766	SW	2wolken	-15					
Wien	772	SW	2Schnee	-14					

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 24. Januar 1903. Zunehmende Erwärmung und Bewölkung mit Niederschlägen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Am Donnerstag, den 22. d. M., nachmittags 1/2 Uhr, starb nach schwerem Leiden meine liebe Frau, meine gute Mutter
Frau Martha Barth
geb. Zick
im 39. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen
Otto Barth und Kinder.
Friedrichshagen, 1703B
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Kreuzkirchlichen Gemeinde, Pappel-Allee 15/17, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer
Robert Dühring
am 20. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob- u. Wilsdorf, Niddorfer, Hermannstraße, aus statt.
Regie Beteiligung erwarret 110/19 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied
Robert Jentsch
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Helldamngemeinde in Wilsdorf aus statt. 110/20
Regie Beteiligung erwarret
Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, 18. Januar 1903, verunglückte auf einer Gistour nach dem Teufels-See unser lieber Kollege, der Schriftsetzer
Edmund Lupke.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kollegen der Buchdruckerei Gehr. Unger. 1706B
Berlin, 23. Januar 1903.

Taufanfang.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden, insbesondere dem Gesangsverein Note Note I, am Grabe meiner langgeliebten Frau **Louise Schnitz**, geb. Wüth, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank. 1784B
Die trauernden Hinterbliebenen.

Lichterfelder Kranken- und Sterbe-Kasse für sämtliche Berufsweige.
G. S. 54.
Verwaltung Hr. Lichterfelder.
Mitglieder-Versammlung
Sonntag, den 25. Januar 1903, vormittags 1/2, 10 Uhr.
im Lokale des Herrn Richter (früher Vogel), Hauptstr. 104.
1. Kassenbericht. 2. Arztwahl.
3. Wahl von Krankenschwestern.
4. Anträge zur Generalversammlung.
5. Wahl von 8 Delegierten zur Generalversammlung. 6. Verschiedenes.
270/6* Der Vorstand.

„Zur Klause“ Görtitzer-Strasse 43.
Allen meinen Bekannten u. Freunden empfehle ich mein neu erdichtetes **Lokal.** In jeder Tageszeit Kaffee, Bouillon, selbstgek. Kuchen, div. Biere, kalte und warme Speisen in bester Gabe. Pianino, Billard und Billardzimmer 40-50 Personen. Zahlreichem Besuch entgegengehend, zeichnet ergebenst
Max Pönitz. 1561B*

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen. (E. N. 86, Hamburg.)
Mitglieder-Versammlungen
finden statt:
Bezirk A. am Sonntag, den 25. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Nowak, Mantensfelstr. 9.
B. am Sonntag, den 25. Januar, vorm. 10 1/2 Uhr, im Rest. „Zur Gütte“, Stalinerstr. 30/31.
C. am Sonntag, 25. Jan., vorm. 10 Uhr, bei Augustin im Vorwärts-Haus, Lindenstr. 69.
D. am Sonntag, den 25. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Gänzel, Rosenhallerstraße 57.
Tagesordnung: 1. Geschäftsliches. 2. Kassenbericht vom vierten Quartal 1902. 3. Verschiedenes.
Die Zahlstellen, in denen an jedem Sonnabendabend von 8-10 Uhr neue Mitglieder (bis 45 Jahre) aufgenommen werden, befinden sich: Raunstr. 78 bei Grundmann; Al. Andreasstr. 15 bei Böber; Reichenbergerstr. 29 bei Schmidt; Stalinerstr. 69 bei Liebrandt; Alte Jakobstr. 69 bei Leng; Postenstraße 45 bei Stähler; Klosterstraße 11 bei Rodday; Georgenstraße 25 bei Rabitz; Siedingstraße 43 bei Trach.
Die Ortsverwaltungen.

Gewerbegericht zu Berlin.
V. Nr. 606 Gew.-Ger. 02.
Schiedsspruch.
I. Das Einigungsamt nimmt an, daß 1. nach § 1 Absatz 1 der Arbeitsbedingungen an und für sich sämtliche Naurearbeiten mit 65 Pf. stündlich zu bezahlen sind, daß jedoch 2. nach der Fassung der Bestimmungen des § 1 und bei der bisher geübten Art der Vergütung stündlicher Arbeiten einzelne Tiefbau-Unternehmer der Auffassung sein konnten, daß die Lohnarbeiten nicht unter § 1 Absatz 1 der Arbeitsbedingungen fallen.
II. Es empfiehlt sich deswegen, daß zur Klärung der Streitigkeit und zur Erläuterung des § 1 Absatz 1 der Arbeitsbedingungen im Sinne von I 1. dieses Schiedsspruches bis spätestens am 20. Januar 1903 von der bestehenden Schlichter-Kommission Bescheid gefaßt wird.
Gen. v. Schulz, F. Dietrich, Alt. Krichmar, Minin Köpfer, Alt. Waffner.

Vorsitzender Schiedsspruch, der in Anwesenheit der Kommissionsmitglieder nach Einigung der Einigungsamtes des Gewerbegerichts durch Vertreter beider Teile, des Zentralverbandes der Maurer (Zweigsverein Berlin) und des Verbandes der Baugesellen von Berlin und den Vororten, am 17. Dezember 1902 unter Mitwirkung der vorbezeichneten Herren und zwar:
1. des Gewerberschichters von Schulz als Vorsitzenden;
2. des Klempnermeisters Dietrich,
3. des Wüthners Krichmar, als Vertrauensmänner der Arbeiter;
4. des Formers Köpfer,
5. des Buchdruckers Waffner, als Vertrauensmänner der Unternehmer, gefaßt ist, und dem zu unterwerfen beide Parteien abgelehnt haben, wird auf Grund des § 78, Absatz 2, des Ortsstatuts für das Gewerbegericht der Stadt Berlin vom 6. Juni/25. Juli 1902 öffentlich bekannt gemacht.
Berlin, den 21. Januar 1903.
Sattner, Gerichtsschreiber.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter.
(Ortsverwaltung Berlin G.)
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 25. Januar etc., vormittags 10 1/2 Uhr, bei Kumpfe, Wilmstraße 69.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1902.
2. Verschiedene Massenanlegenheiten.
182/2 Die Ortsverwaltung.

Alle Gummitwaren!
Irrigatorbecher 0,45
do. Emalle u. 0,65
Irrigatoren kompl. 0,90
Gr. Unterlagen, rot, grau u. 0,50
Wasserbüchse, Oelfuch u. Wöchnerinnen
Kaffee 1,50
Inhalations-Apparate 1,25
Stechbecken u. 1,50
Damenblenden Hyd. 0,50
Zinnspritzen mit geb. Rohr 2,70
Auf Wunsch weißt. Bedienung.
Leiseygang, Reinholdsdorfer-Strasse 56B.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Bilderrahmenmacher.
Montag, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Stramm, Ritterstr. 123:
Branchen-Versammlung.
Der nächsten Tagesordnung wegen ist zahlreiches Erscheinen der Kollegen notwendig.
77/16 Der Obmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 363.
Sonntag, den 25. Januar 1903, vormittags 10 Uhr:
Versammlung d. Silberpolierer
im Gewerkschaftshaus, Saal II.
Tages-Ordnung: 1. Bericht und Neuwahl der Agitations-Kommission. 2. Der diesjährige Verhandlungstag. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Sonntag, den 25. Januar 1903, vormittags 10 Uhr:
Morgensprache der Schraubendreher
bei Wetzel, Drangelstraße 136.

Textilarbeiter-Verband.
Berlin III (Dekateure).
Sonntag, den 25. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Feuerstein, Alte Jakobstraße 75:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht der Kassierer und der Revisoren.
3. Verschiedenes.
Pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Maler!
Montag, den 26. Januar, in den Arminkallen, Kommandantenstr. 20, abends 7 1/2 Uhr:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Gefillen-Ausschusses. 2. Diskussion.
Abends 9 Uhr:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Neuwahl für die ausstehenden Mitglieder des Gefillen-Ausschusses gemäß § 41 des Innungs-Statuts.
Der Innungs-Vorstand.
F. Schnare, Grüner Weg 38. L. Jakobell, Altschule, Alt-Vorhagen 8.
Abends 10 Uhr:
Versammlung
sämtlicher im Malergewerbe beschäftigten Personen.
Tages-Ordnung:
Wahl der Arbeitnehmer-Beisitzer zum Innungs-Schiedsgericht und Stellvertreter für das Jahr 1903 (§ 2 Absatz 4 des Innungs-Statuts und §§ 3 und 4 des Nebenstatuts des Innungs-Ausschusses).
Der Gefillen-Ausschuss.
124/2 L. Jakobell, Altschule, Alt-Vorhagen 8.

Kufeke's Kinder-mehl
bewährteste Nahrung für gesunde, magen-darmkranke Kinder.
Verantwortlicher Redacteur: Carl Veid in Berlin. Für den Inzeratenteil verantwortlich: Th. Bloke in Berlin. Druck und Verlag: Hermann

Freie Turnerschaft Rixdorf-Britz.
Männer und Frauen!
Am Montag, den 26. Januar 1903, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Thiel, Bergstr. 150:
Volkerversammlung
aller Freunde der Turnerei.
Tages-Ordnung:
1. Die Maßnahmen der Restoren und Lehrer gegen das Vereins-Jugendturnen, um wie stellen wir uns dazu. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um regen Besuch bitten
283/5
Der Einberufer: Richard Felsch.

Verband der Möbelpolierer.
Montag, den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Admiralsstr. 18c:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Denker über: „Die politische und gewerkschaftliche Organisation“. 2. Diskussion. 3. Wahl. 4. Geschäftsliches.
Montag, 26. Januar, abends 9 Uhr, in Lichtenberg, Friedrich Karlstr. 11:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Delegierten. 2. Wahl der Begrüßung. 3. Verschiedenes und Ausgabe der Billets zum Rosenball, welcher am 7. März in Kellers Festsaal, Köpenickerstraße 23, stattfindet.
Die Kollegen werden ersucht, die Kontrollkarten auszufüllen und abzuliefern.
145/15 Der Vorstand.

In ca. 8 Tagen erscheint im Verlage von G. Birk & Co., München, Wittelsbacherplatz 2:
Der Fall Krupp.
Sein Verlauf und seine Folgen.
Eine Thatsachenammlung von
Preis 50 Pf.
Bestellungen auf diese sensationelle, auf Thatsachen beruhende Darstellung werden schon jetzt entgegengenommen. 4292*

I. Nachtrag
zu den Bestimmungen über die Krankmeldung, das Verhalten der Kranken und die Krankenaufsicht vom 26. August 1901.
Der Absatz 4 in § 1 erhält folgende Fassung:
Innerhalb derselben Frist ist ein während der Erwerbsunfähigkeit eintretender Wohnungswechsel, die vom Arzt gegebene Anweisung, sowie die Veränderung derselben und die Wiederaufnahme der Beschäftigung zu melden.
Ausgeführt auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung vom 30. September 1902. 270/8
Schöneberg, den 4. Dezember 1902.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse der Stadt
Schöneberg.
Unterschriften:
Genehmigt,
Schöneberg, den 9. Januar 1903.
Der Magistrat,
Kommissar für Arbeiterversicherung,
(L. S.) Hirsch.

Bekanntmachung
Gleichen bringen wir zur Kenntnis, daß für das Jahr 1903
a) der Ausschussmeister A. Wöller als Vorsitzender,
b) der Lagerhalter Hermann Melling als stellvert. Vorsitzender,
c) der Schlosser Christian Franks als Schriftführer,
d) der Sellar Franz Geist als stellvert. Schriftführer,
e) der Stempelknecht E. Flamme, Lagerhalter Reinhold Küter, Schlossermeister Behr, Schuhmacher Gust. Schädlich als Beisitzer
in den Vorstand der Kasse gewählt worden sind. 270/10
Schöneberg, den 17. Januar 1903.
Die Orts-Krankenkasse der Stadt Schöneberg.

Kapitalist zum Ausbau nachweislich gut einget. loc. Reitung Rabe Berlin gef. Tel. unt. J. A. 7637 bei Rudolf Mosse, Berlin SW.

Weimar Geld-Lotterie.
Ziehung 3., 4. Febr. cr.
Gewinne insgesamt:
190 000 M.
Hauptgewinne:
60 000 M.
30 000 „
10 000 „
Lose a 3,20 M. inkl. Porto und Liste 1700B
P. Hempel, Baugesellschaft, N. Dabstraße 11.

60 000 Ctr. Kohlen
verf. Josef Fischer billig ab sein. beid. Lagerplatz Brombergerstr. 19, Hauptgeschäft, Remintonstr. 10, Zweiggeschäft. 2433*
100 St. Centenb. Bräu. nur 50 Pf.
100 Kistenstößen 7* 60
Henkels Werke u. Stadler, Seiffenberg 100 St. Kistenstößen 7* nur 70 Pf.
1 Ctr. Bruchstücken nur 65 „
1 emal. Auftracht nur 1,75 Br.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41. Spezialarzt für [55/11*] Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.
Dr. Schünemann, Spezialarzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8, Sonnt. 9-11.
Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verfammlungen.

In der Bankower Volksversammlung am Donnerstag hat nicht Herr Kaumann — wie unser Bericht infolge eines Versehens an-

Charlottenburg. Am 19. d. M. fand eine Generalversammlung der hiesigen Zunft des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes statt, in welcher Beusch den Jahresbericht des Vorstandes erstattete, worauf die Neuwahlen folgten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 24. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Carmen. Schauspielhaus. König Laurin.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Ein Ehrenwort. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Renaissance.

Belle-Alliance-Theater. Cupido u. Co. — Am Telephon. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater.) Ein Ehrenwort.

Am Telephon. Drama in zwei Aufzügen. Hierauf gegen 8 1/2 Uhr: Cupido & Co.

Luisen-Theater. Die Tochter Helias. Morgen, nachmittags 3 Uhr: Die Cameliendame.

Central-Theater. Sonnabend, den 24. Januar 1903, zwei Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr halbe Preise, jeder Erwachsene ein Kind frei.

Central-Theater. Sonnabend, den 24. Januar 1903, zwei Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr halbe Preise, jeder Erwachsene ein Kind frei.

Casino-Theater. Hofringerstr. 37. Kur drei Aufführungen: Ein Sohn des Volkes.

Residenz-Theater. Direktion: Sigmund Lautenburg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Urania.

Taubenstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Das Land Tirol.

Sternwarte. Invalidenstrasse 57/62. Vorstellung. Anfang: Sonntags 3 Uhr.

Passage-Theater. Vorstellung. Anfang: Sonntags 3 Uhr. Wochent. 5 Uhr.

Adamovic. Nachmittags 7 Uhr. Abends 10 Uhr. Willy Prager.

CASTANS Panoptikum. Friedrichstrasse 185. Grosse Busch-Ausstellung.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr. Nacht-Asyl.

Apollo-Theater. Tägl. 8-9 1/2 Uhr: Spezialitäten u. auf dem Hängeboden.

Bernhard Rose-Theater. Badstr. 58. Sonntag, den 23. Januar 1903: Die Millionenbrant.

Cirkus Schumann. Sonnabend den 24. Januar 1903, abends 7 1/2 Uhr: High Life-Soirée.

Cirkus Busch. Sonnabend, den 24. Januar 1903, abends 7 1/2 Uhr: Dahomey mit Elefanten-Jagd.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Verfahrs-Kontrollkommission gewählt wurden. Den Bericht der Gewerkschaftskommission erstattete Gasse, sodann wurden Sager und Gammel als Delegierte zu derselben gewählt.

Französisch-Buchholz. Am 20. Januar fand im Lokal von Nähe eine Versammlung des Wahlvereins statt. L. Barthels-Berlin hielt einen Vortrag über das Thema: „Die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland“.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Morgen Sonntag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, Sitzungsfeier in den Gesammträumen des Gewerkschaftshauses, Engel-Str. 15: Künstlerkonzert, Recitationen, Gesang, Festrede.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: Ein Ehrenwort.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: Renaissance.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurter Straße 132. Nachmittags 4 Uhr Kinder-Vorstellung: Kleine Preise: 10, 25 Pf. zc.

Thalia-Theater. Dreßdenerstr. 72/73. Anfang 7 1/2 Uhr. Seine Kleine.

Palast-Theater. Burgstraße 22. Früher: Beem-Polast. Das phänomen. Januar-Programm.

Auf hoher See. Lebensbild m. Gesang u. Tanz in 3 Akten. The Atlantics, Kraft-Akt.

Winter-Garten. Das sensationelle Januar-Programm. Torijada Spanische Tänzerin.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Buntes Theater. Köpnickstrasse 68. Sonnabend, den 24. Januar: Erste Subskriptions-Redoute.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung: Neuestes! Allerneuestes!

Grandioses Ballett. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

W. Noack's Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnstrasse 16.

Gratweils Bierhallen. Theater u. Variété. Kommandanten-Strasse 77/79.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Buntes Theater. Köpnickstrasse 68. Sonnabend, den 24. Januar: Erste Subskriptions-Redoute.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Steidl-Theater.

Stürmischer Fach-Erfolg! Familie Humbert.

Verleih-Institut. Friedrichstr. 115 Ia. Oran. Th. El. Frack, Gehrock 1,50, Hosel, 60, West, 50 Pf.

W. Noack's Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnstrasse 16.

Gratweils Bierhallen. Theater u. Variété. Kommandanten-Strasse 77/79.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Buntes Theater. Köpnickstrasse 68. Sonnabend, den 24. Januar: Erste Subskriptions-Redoute.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Sanssouci.

Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Königstadt-Casino. Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. Täglich erfr. Spezialitäten-Vorstellung.

Verleih-Institut. Friedrichstr. 115 Ia. Oran. Th. El. Frack, Gehrock 1,50, Hosel, 60, West, 50 Pf.

W. Noack's Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnstrasse 16.

Gratweils Bierhallen. Theater u. Variété. Kommandanten-Strasse 77/79.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Buntes Theater. Köpnickstrasse 68. Sonnabend, den 24. Januar: Erste Subskriptions-Redoute.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Steidl-Theater.

Stürmischer Fach-Erfolg! Familie Humbert.

Verleih-Institut. Friedrichstr. 115 Ia. Oran. Th. El. Frack, Gehrock 1,50, Hosel, 60, West, 50 Pf.

W. Noack's Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnstrasse 16.

Gratweils Bierhallen. Theater u. Variété. Kommandanten-Strasse 77/79.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Buntes Theater. Köpnickstrasse 68. Sonnabend, den 24. Januar: Erste Subskriptions-Redoute.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Sanssouci.

Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Königstadt-Casino. Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. Täglich erfr. Spezialitäten-Vorstellung.

Verleih-Institut. Friedrichstr. 115 Ia. Oran. Th. El. Frack, Gehrock 1,50, Hosel, 60, West, 50 Pf.

W. Noack's Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnstrasse 16.

Gratweils Bierhallen. Theater u. Variété. Kommandanten-Strasse 77/79.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Buntes Theater. Köpnickstrasse 68. Sonnabend, den 24. Januar: Erste Subskriptions-Redoute.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Steidl-Theater.

Stürmischer Fach-Erfolg! Familie Humbert.

Verleih-Institut. Friedrichstr. 115 Ia. Oran. Th. El. Frack, Gehrock 1,50, Hosel, 60, West, 50 Pf.

W. Noack's Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnstrasse 16.

Gratweils Bierhallen. Theater u. Variété. Kommandanten-Strasse 77/79.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Buntes Theater. Köpnickstrasse 68. Sonnabend, den 24. Januar: Erste Subskriptions-Redoute.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Sanssouci.

Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Königstadt-Casino. Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. Täglich erfr. Spezialitäten-Vorstellung.

Verleih-Institut. Friedrichstr. 115 Ia. Oran. Th. El. Frack, Gehrock 1,50, Hosel, 60, West, 50 Pf.

W. Noack's Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnstrasse 16.

Gratweils Bierhallen. Theater u. Variété. Kommandanten-Strasse 77/79.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Buntes Theater. Köpnickstrasse 68. Sonnabend, den 24. Januar: Erste Subskriptions-Redoute.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Steidl-Theater.

Stürmischer Fach-Erfolg! Familie Humbert.

Verleih-Institut. Friedrichstr. 115 Ia. Oran. Th. El. Frack, Gehrock 1,50, Hosel, 60, West, 50 Pf.

W. Noack's Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnstrasse 16.

Gratweils Bierhallen. Theater u. Variété. Kommandanten-Strasse 77/79.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Buntes Theater. Köpnickstrasse 68. Sonnabend, den 24. Januar: Erste Subskriptions-Redoute.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Sanssouci.

Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Königstadt-Casino. Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. Täglich erfr. Spezialitäten-Vorstellung.

Verleih-Institut. Friedrichstr. 115 Ia. Oran. Th. El. Frack, Gehrock 1,50, Hosel, 60, West, 50 Pf.

W. Noack's Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnstrasse 16.

Gratweils Bierhallen. Theater u. Variété. Kommandanten-Strasse 77/79.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Buntes Theater. Köpnickstrasse 68. Sonnabend, den 24. Januar: Erste Subskriptions-Redoute.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Steidl-Theater.

Stürmischer Fach-Erfolg! Familie Humbert.

Verleih-Institut. Friedrichstr. 115 Ia. Oran. Th. El. Frack, Gehrock 1,50, Hosel, 60, West, 50 Pf.

W. Noack's Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnstrasse 16.

Gratweils Bierhallen. Theater u. Variété. Kommandanten-Strasse 77/79.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Buntes Theater. Köpnickstrasse 68. Sonnabend, den 24. Januar: Erste Subskriptions-Redoute.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmittags die reizende Pantomime Pierrots Weihnachten.

Die lustigen Heidelberger. Morgen nachmitt

Bock Sonnabend, den 24. Januar **Bock**
und die darauf folgenden Tage:

Gr. Bockbierfest nach Münchener Art

in der Original Bayrisch und Lichtenhainer Bierseiwemme
Linienstrasse 131 (dicht an der Friedrichstrasse) Linienstrasse 131.

fidele Bock-Musik.

Rettlich gratis. Warme Küche bis nachts 1 Uhr. Bayrische Special-Becken. Rettlich gratis.

Echte Nürnberger Rost-Bratwürste.

Anstich von H. Lichtenhainer und Schwemmbräu.
Dieses ladet ergebenst ein der Deconom 4903

Alexander Müller aus München.

Bock

Elegante Costümröcke

in ganz Wolle; in neuen Façons

vorzüglicher Schnitt, tadelloser Sitz, prima Verarbeitung in allen modernen Stoffen, sämtliche Weiten u. Längen stets in grosser Auswahl vorrätig

3.⁵⁰ Mk., 6 Mk., 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk.

in Damast u. Merveilleux . . . 25 Mk.

Blusen in d. neuest. Fantasiestreifen 1.⁵⁰ Mk., 2.⁵⁰ Mk.

Seidenblusen, entzückende Streifen- und Fantasie-Muster, elegante Façons. 5.⁵⁰ Mk., 7.⁵⁰ Mk., 10 Mk.,

Morgenröcke, Matinées und Jupons 2.⁵⁰ Mk., 4.⁵⁰ Mk., 6 Mk.

Eleg. Strassen- u. Gesellschafts-Kleider 20, 25 Mk.

Weisse Costüm-Röcke, weisse Blusen, in Wasch- u. Wollstoffen 3 Mk., 5 Mk., 9 Mk.

Weisse eleg. Balkkleider u. Organdy-Kleider 8 Mk., 10 Mk., 15 Mk.

Trauerkleider v. 20 Mk. auch n. Maass in 24 Stunden.

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.
Maassanfertigung.

Englischer Hof, Neue Rossstr. 3.
Säle zu Vereinsfestlichkeiten, Hochzeiten u. Versammlungen.
Grosse und kleine Vereinszimmer und Regelbahn. (13005)

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

klein-verkauft. Sehr starke Ware in prächtigen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knopfmühle. Haltbare Pilot-Kaschen. Grosse Hüden umloht. Die Hose

der Umrahme von 6 Stück 25 Mt. **4 Mt. 50**

schönes Reiter-Radlet 1 Rr. 90
schönes Reiter-Radlet . . . 1 Rr. 50
schönes Reiter-Radlet
prima Reiter-Gewebe . . . 2 Rr. 50
schönes Reiter-Radlet . . . 2 Rr. 10
prima Reiter-Gewebe . . . 2 Rr. 50
Reiter-Radlet 8,50, 5,25, 4,25, 3 Rr. 50
Geblüht. Reiter-Radlet 14.-, 9.-
Reise-Reiter-Radlet 3,50, 2 Rr. 75
Reiter-Radlet, Reifig 4,25, 3 Rr. -
Reiter-Radlet . . . 3.-, 2,50, 2 Rr. -
Reiter-Radlet (braun) 3.-, 2 Rr. 40
Reise Leder-Radlets, Reifig 7,50, 3 Rr. 75
Reise Lederhosen . . . 4,50, 2 Rr. 75
Reisehosen, fest u. schön, 3.-, 1 Rr. 75
Die Preise gelten für normale Größen

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseest. 24a/25. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 21. Preisliste 1902 wird kosten los und portofrei zugelandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Radlets und Manteln die Brustweite anzugeben. 2002

— Versand von 20 Rr. an franco. —

Nachdruck verboten!

Prämiiert mit der goldenen Medaille.

Krafft-Rothwein für Blutmarme u. Kranke ärztlich empfohlen

Feurig-Süsser **Fi. 150** u. 2 M. überali zu haben

Unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.

Ernst Riek, Optiker

Berlin G., Alexanderstr. 57
(vis-a-vis der Kasino.)

Neugold-Pincenez

Mathenower Neugold-Brillen und Pincenez, v. Gold **2,50 Mk.** nicht zu unterscheiden
Nickel-Brillen u. Pincenez 1,50 Mk.
Nickel-Brillen u. Pincenez, feinste Qualität 2,00 Mk.
Normal-Pincenez, auf jeder Nase passend, schon zu 2,00 Mk.
Mathenower Stahl-Brillen und Pincenez 1,00 Mk.
Sport-Pincenez 0,75 Mk.
Pincenez ohne Einfassung in allen Façons zu billigsten Preisen.
Brillen und Pincenez in Gold-Doublé zu 5,00 Mk.
Brillen u. Pincenez in echt Gold v. 8,00 Mk. an bis zu den schwersten.
Sämtliche Brillen u. Pincenez sind mit den feinsten Mathenower Kristallgläsern versehen.
Eigne Reparatur-Werkstatt im Hause. Sonntags geöffnet 8-10 u. 12-2 Uhr.

Köpenick. Kottbusser Korn empfiehlt 2972*
Aug. Tauchert, Gastwirt, Müggelheimerstr. 4.

Reinwollene Blusen M. 2.50 im Fabrik-Gesch. Kaiser Wilhelmstr. 40, 1. Etage (Neuer Markt).

Infolge überaus günstiger Waren-Abschlüsse durch Kassa-Zahlung sind wir in der Lage,

Teppiche, Gardinen, Portieren,

zu spottbilligen Preisen zum Verkauf zu stellen.

Teppichhaus Adler & Co.

433L
20-21 Königstrasse 20-21 beim Rathaus
nur im alten bekannten Lokal an der Judenstrasse.

Benötigen Sie Rasier-, Taschen-, Brot-, Schlacht-, Tischmesser u. Gabeln, Scheren, Haushaltungs-Artikel, Waffen, Wangen, Lederwaren, Albums, Bürsten, Pfeifen, Cigarren- und Cigarettenspitzen, so wenden Sie sich direkt an die Stahlwarenfabrik

Gebr. Wolfertz, Wald bei Solingen No. 33.

Katalog mit circa 2000 Abbildungen erhalten Sie gratis und franco.

Gleichz. vers. obige Firma, um jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit ihrer Waren zu überzeugen.

übersetzen, in Silberstahl-Rasiermesser No. 30, wie Zeichnung, mit 5jähr. Garantie, fein hochgeschliffen, mit Etuis, fertig zum Gebrauch **30 Tage zur Probe**, zum Preise von 1,50 Mk. franco. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen obiger Frist ein- oder das Messer retour zu senden. **Also kein Risiko.** Mehr wie ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme!

Cabliou

ohne Kopf
das Pfund **22-25 Pfg.**

In lebendfrischer Ware ist soeben ein grosser Posten **Cabliou** eingetroffen, den wir zu nebenstehendem billigen Preise offerieren. Unser **Kochbuch**, das jeder Käufer gratis erhält, giebt schmackhafte Rezepte.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Haupt-Filiale: Bahnhof Börse, Bogen 9-10.
II. Lüneburgerstr., Ecke Paulstr. III. Prinzenstr. 30 (am Moritzplatz). IV. Madaistr. 22 (im Schlessischen Bahnhof).

	Preis für ein Pfund	im Ansehnit
Adlerlachs	30 Pl.	40 Pl.
Seekarpfen	30 "	40 "
Seehecht	40 "	45 "
Seelachs	25 "	35 "
Schellfische in allen Grössen	20-40 "	
Geräuch. Adlerlachs à la Stör	80-90 "	
" Blauesch	80 "	
" Schellfisch	35 "	
" Rocho u. Seelachs	50 "	

Marinierte Seefische zu billigsten Tagespreisen.
Generalvertreter: **Johs. Skorzzyk.**

Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Zahngeschäft (sofort billig zu verkaufen oder zu vermieten, Charlottenburg, Grünstr. 21. 1442*

Wiederholung billig veräußert, Bogen, Weissenburgerstr. 48. 1779*

Grüntraumgeschäft mit Kasse veräußert, Bodenstr. 30. 1775*

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Aussehen von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ecke Fruchtstr. *

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 14724*

Winterpaletots, Anzüge, Joppen, Hosen, fertig und nach Maß, Große Frankfurterstr. 16, August Köhler.

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stiel 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Kaufhaus, Comptoir, Stallerstr. 25A, früher Bernauerstr. 4 und 5. Sonntags geöffnet. *

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brühl, Gleditscher Markt 4, Bahnhof Böcke. 119/5*

Teppiche, Simillseide, seltener Kunst, Stiel 3 Mark 75, verkauft Julius Neumann, Bellealliancestr. 105. *

Betten, Stand 10 Mark. Ham-burger, Spandauer Brücke 1b. 16596

Pianino, gut erhalten, sofort veräußert, Ritterstr. 120, I. 57/10*

Teppiche mit farbigen Bildern, niedrige Preise Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*

Rähmaschinen kaufen Sie nur beim Fachmann am zweckmäßigsten. Passende Geschenke von 25 Mark an. Labellos: Ringschiff, Bobbin-Schnellnäher, bequeme Leitzählung, wickeltisch und monatlich. Reparaturen billig, angemessen. Diele, Mechaniker, Rähmaschinen u. Specialgeschäft, Brunnenstr. 119. 14498*

1000 neue Rähmaschinen gebe ich Abzahlung, ohne Anzahlung. Lang-schüssigen, hocharmig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, feine Ausstattung, drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Rähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Lieferant hoher Behörden. Ernst Hellmann, Gollnowstr. 29, nahe der Landbergerstr. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 14682*

Eisenfenster, gebrauchte, billig zu verkaufen. Karl Kaufmann, Wälden-hofstr. 16-19, am Urban. 57/12*

Teppiche billig! Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137*

Kanarienhähne verkauft Brandt, Holzmarktstr. 61. 16836

Soja, gebrauchtes, zu verkaufen. Nicolai, Lindenstr. 127, parterre.

Bett, prachtvolles, 17.-, Dresdenstr. 38, I. rechts. 17015

16 Jahre bestehendes Engros-Geschäft der Beleuchtungsbranche, nebst Glas-, Porzellan-Detailsgeschäft, gut gehend, wegen Zurückziehung zu verkaufen. Kaufmann erteilt Briefe, Alexanderstr. 100. 16926

Fahrräder, verfallene, aufklaumt günstigste Einkaufspreis bleibt trotz alledem Leihhaus, Neue Schönhauserstr. 11. Grobartige Gelegenheiten (sämmtlicher Räderarten: Rennräder, Karboras, Duettopäder, Eignerräder, Panteräder, Randeräder, darunter hagelne Exemplare. Billige, keine Verloren, 15,00 an, vorhanden. Leihhaus, Neue Schönhauserstr. 11. 129/5*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte, tadellos, spottbillig. Röh-nickerstr. 60/61, Landbergerstr. 82. 1493*

Zahngeschäft (seit 1893 bestehend) Zahnstellen, Vereine, größerer Unternehmung halber verkauft unter 900 Posten 27. 17875

Kinderwagen (elegant) billig, Goldbaum, Landbergerstr. 22. 57/19*

Gute Kanarienhähne und Weiden verkauft Weidmann, Bergmannstr. 21.

Zehnjährige hochlegante Herren-anzüge, Winterpaletots, Seinfleider spottbillig. Deutsches Versandhaus, Algerstr. 63 I. 16056

Zahngeschäft, feines, nahe Schleißer Bahnhof, billig veräußert, Holzmartstr. 59 bei Eckhardt.

Pianino, Verkon, Standuhr, Bohlenleiten, Spiegel, Stühle, Regulatorspottbillig Leihhaus Neanderstr. 6. 57/16*

Teppiche, Winterpaletots, Betten, Anzüge, Steppdecken, Gardinen, Nähse, Remontoirhosen, Kollimrode spottbillig Leihhaus, Neanderstr. 6. Teppichlager gekauft.

Gebrauchtes Soja 10.-, Bettstellen 9.-, Garderobenspend 25.-, echtes Kleiderstiel 88.-, diverse Möbel billig. Dirichowitz, Mariannenstr. 7a.

Rechtsbureau Jählich, Berliner Weg vierundzwanzig (Rindfleischpl.), Gerichtsbestand, Eingangsgebäude, Mieteübernahme. 16456*

Rechtsbureau, Gollnowstr. 44. Gewissenhafter Rat, Anfertigung schriftlicher Arbeiten, Einziehung von Forderungen. Sonntags geöffnet. 16636

Wästen verleiht billig Ferdinand Dente, Demerwitzerstr. 1 (Ecke Silberstr.). 15506*

Brodhandlungen und alle anderen Häuser kauft, beliebt. Ringstr. 108/109, I. Amt VI, 397. *

Alte Goldschmied, Jahngeselle, Blatin, Münzen kauft Schneider, Brunnenstr. 157, Schmiederei. *

Metallbruch, alle neue Lumpen, kauft, gut zahlend, hell ab. Nippling, Oppelnerstr. 11. 1521*

Reisekosten! Wer sich über diese nachfolgende Granularität unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Bundes gegen Diebstahl, welche unentgeltlich verschickt werden vom Berliner Diebstahlverein, Köpenickerstr. 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 1615*

Berline, Saal mit Bühne Sonntag zu vergeben. Ritterstr. 7. *

Sonnabend, 28. Februar frei gemorden, ist für Maskenball an Ver-eine zu vergeben. Buh Salon, Große Frankfurterstr. 85. 4182*

Patentbureau Dammann, Brunnenstr. 57 (Moritzplatz), bis abends neun. 17865*

Saal mit Bühne, Comedie, März frei, Neue Königstr. 7.

Civilmutter, Jucherein, Diensttag: Aufhebung. 17045

Vereinsszimmer noch mehrere Tage in der Woche zu vergeben. Anna Sinte (Weiland), Eitelstr. 66. 17056

Pianino, Gold, Silber, Geblöse, alte Noten, Notgold, Notgold kauft Broch, Weingartenstr. 4. 57/30*

Vermietungen.

Restaurants - Cafés, Remontoir, Wohnung, April 1903, Niddar, Ring-bahnstr. 16, Gastwirt. 16456

Schlafstellen.

Möblierte saubere Schlafstelle. Opitz, Rantowstr. 28 II. 17856

Arbeitsmarkt.

Stellensuche.

Vollwäcker - Gesellschaft Remontoir, Weissenburgerstr. 28.

Bücher Stuhlreiter bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geliehen, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Rantowstr. 27, A. Gläser.

Stellenangebote.

1. **Lehrer** und 1. **Bogenfänger** für Steinbrücker. Lust Friedenau u. Fried. Köpenickerstr. 55. 17826

Kordmacher auf Hochfiguren verlangt Schmidt, Langstr. 91. 17026

Stordmacher auf Kommoden sucht Reiner, Rantowstr. 28. 16956

Jüngerer Vater Gollnowstr. 43.

Silberarbeiter auf Nacharbeiten in oder außer dem Hause werden verlangt Ritterstr. 6. 16945

Schneiderlehrling sucht Valldamm, Quittenstr. 14. 17826

Poliermeister - Handarbeiter, im und außer dem Hause, Lehrlinge verlangt Kiese, Eberwalderstr. 19. (16445)

Kartendarbeiterinnen verlangt sofort B. Blum, Blumenstr. 74.

Arbeiterinnen auf Zedlitz, Wale-tots verlangt Heine, Oberstr. 9.

Im Arbeitsmarkt durch Beförderung Druck herangezogene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Tüchtiger, nüchtern 57/18

Schwarzblech-Klempner auf Anze, Wilmmer, Kohlenhofen, Hochschloß eingearbeitet, aber nur solcher, sofort für Berlin gesucht. Müller, Rohn und Unger, wo bisher auf obige Artikel gearbeitet, unter T. K. 6031 an Rudolf Mosse, NW. Alt-Moabit 139.

Achtung, Holzarbeiter! Geberst sind folgende Werkstätten für Tischler, Einleger, Möbelen-arbeiter und Polierer: Aug. u. Engbrecht, Köpenicker Weg. Schubert, Rantowstr. 10. Witzmann, Köpenicker Weg 9. J. F. Drescher. Große, Holzmärkte. 32. Die Ortsverwaltung.

Klavierarbeiter. Wegen Lohnherabsetzung haben sämtliche Umkleier der Pianofabrik von Kuhl, N. W. 18, die Arbeit niedergelegt. 141/1* Junges streng fernhalten. Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlin und Umgegend.

Stuccateure.

Die Differenzen bei der Firma Schuchardt sind beigelegt und die Sperte hiermit aufgehoben. 173/2 Die Ortsverwaltung.